



Verbindungsstelle Landwirtschaft-Industrie e.V.

Institut für Agribusiness



Bedeutung des AgriFoodBusiness am Standort Deutschland

3. aktualisierte und erweiterte Auflage

**Agribusiness-Forschung
Nr. 24**

Prof. Dr. P. Michael Schmitz

Giessen, April 2010

Preis: 30,- Euro

ISSN 1434-9787

Institut für Agribusiness, Senckenbergstraße 3, 35390 Gießen
www.agribusiness.de

Danksagung

Der vorliegende Beitrag ist auf Anregung und mit finanzieller Unterstützung der Verbindungsstelle Landwirtschaft-Industrie e.V. (VLI), Kassel, entstanden. Wir danken gleichermaßen herzlich den nachstehend verzeichneten und den auf eigenen Wunsch nicht genannten Unternehmen für die Unterstützung bei der Herausgabe dieser Broschüre.



Vorwort zur 2. Auflage

Die 1. Auflage der Broschüre mit dem Titel „Bedeutung des Agribusiness für den Standort Deutschland“ ist im Februar 2005 erschienen. Seitdem haben sich nicht nur die wirtschafts- und agrarpolitischen Rahmenbedingungen verändert, sondern auch die Situation an den Märkten und die Stimmung in der Branche. Agrar- und Ernährungswirtschaft sind zudem mit ganz neuen Themen/Herausforderungen konfrontiert:

- Diskussion zum Health Check und zu den Perspektiven für die Branche ab 2013
- Preisexplosion an den Weltagarmärkten
- Bioenergie und Klimaschutz

In der 2. Auflage werden vor diesem Hintergrund die Zahlen zur Situation der Branche aktualisiert, die oben genannten neuen Themen aufgegriffen sowie Ergänzungen in den einzelnen Kapiteln vorgenommen. Im übrigen ist der Titel angepasst worden, um noch deutlicher zum Ausdruck zu bringen, dass die Nahrungs- und Wertschöpfungskette von den Vorlieferanten über das Hoftor bis zum fertigen Nahrungsmittel im Regal des Lebensmitteleinzelhandels reicht. Der neue Titel lautet deshalb „Bedeutung des AgriFoodBusiness für den Standort Deutschland“.

Giessen, April 2008

Prof. Dr. P. Michael SCHMITZ

Vorwort zur 3. Auflage

Seit der Herausgabe der 2. Auflage im April 2008 sind nur zwei Jahre vergangen und doch hat sich so viel ereignet, dass eine Neuauflage der Broschüre „Bedeutung des AgriFoodBusiness am Standort Deutschland“ notwendig erscheint. So hat die in den USA begonnene **Finanzkrise** weltweit realwirtschaftliche Effekte verursacht, die 2009 in die schwerste Rezession der Nachkriegszeit geführt haben. Davon war auch das AgriFoodBusiness betroffen.

Fast zeitgleich kam es in 2008/09 zu einem dramatischen **Einbruch der Welt-agrarpreise**, die sich erst seit dem Jahresende 2009 wieder langsam erholen. Besonders heftig hat es dabei die Milcherzeuger getroffen, und es wurden große Existenzsorgen ausgelöst. Zugleich kamen Zweifel am marktwirtschaftlichen Koordinationsmechanismus sowie an den Beschlüssen zur EU-Milchmarktpolitik auf, und Forderungen nach strikterer Mengenregulierung und fairen kostendeckenden Milchpreisen wurden laut. Die **Milchkrise** ist somit auch als agrar- und wirtschaftspolitische Herausforderung zu sehen, vor allem für die Zeit nach 2013. Seit dem Sommer 2009 wird auch über dieses Thema intensiv und kontrovers diskutiert. Das Spektrum reicht von „Beibehaltung mit kleinen Anpassungen“ bis zur „umfassenden Neugestaltung“ der **EU-Agrarpolitik nach 2013**. Schließlich haben Zahl und Intensität wettbewerbs-hemmender nationaler Sonderregelungen für das deutsche AgriFoodBusiness erneut zugenommen, so dass Markt- und Handelsanteile verloren zu gehen drohen oder deutlich weniger wachsen können, als es sonst bei EU-einheitlichen Regeln der Fall wäre. Man spricht in diesem Zusammenhang von **Inländerdiskriminierung**.

Allen fünf Aspekten wird in der neuen Broschüre ein eigener Gliederungs-punkt bzw. -abschnitt gewidmet. Darüber hinaus sind alle Zahlen zur Situation und Entwicklung der Branche aktualisiert, verschiedene Anregungen auf-genommen, Ergänzungen in den einzelnen Kapiteln vorgenommen und neuere Erkenntnisse aus der Literatur verarbeitet worden. Nicht zuletzt ist die Zahl der Schaubilder deutlich erhöht worden, um den Text lesbarer und den Inhalt verständlicher zu machen. Alle verbleibenden Ungenauigkeiten und Fehler gehen allein zu meinen Lasten.

Giessen, April 2010

Prof. Dr. P. Michael SCHMITZ

Kurzfassung

Die ökonomische Leistung und der gesellschaftliche Wert des AgriFoodBusiness werden in der Öffentlichkeit und von den politischen Entscheidungsträgern tendenziell unterschätzt. Mit knapp 20 % am Verbraucherbudget (inklusive Außer-Haus-Verzehr) und 11,5 % der Beschäftigten gehört es zu den größten und umsatzstärksten Branchen in der Volkswirtschaft. Das AgriFoodBusiness ist zudem seit Jahrzehnten eine vergleichsweise produktive und innovative Branche mit deutlichen Leistungssteigerungen, strukturellen Anpassungen und einer zunehmend internationalen Ausrichtung. Gesellschaftliche Forderungen nach mehr Qualität sowie nach Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz erfüllt sie in vorbildlicher Weise. Die wirtschafts- und agrarpolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland und der EU erschweren jedoch die Bemühungen der Branche, auf europäischen und internationalen Märkten ihre Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig weiter auszubauen. Zahlreiche nationale Sonderregelungen belasten insbesondere das deutsche AgriFoodBusiness im gemeinsamen Binnenmarkt und stellen ein ernst zu nehmendes Wettbewerbshemmnis dar. Politik sollte zukünftig deshalb mit mehr Augenmaß betrieben werden und die Leistungsfähigkeit der Branche nicht überstrapazieren, gerade auch im Hinblick auf neue Forderungen nach mehr Klimaschutz und Biodiversität. Agrarpolitisch muss die Branche von ihren Fesseln befreit werden, um an der Dynamik der Weltmärkte teilnehmen zu können. Bei zunehmender Flächen- und Wasserknappheit, steigender Weltbevölkerung und wachsender Kaufkraft kann die Antwort nur in einer nachhaltigen Steigerung der totalen Faktorproduktivität liegen. In Abhängigkeit von den standörtlichen Voraussetzungen kann das unterschiedliche Intensitätsgrade, Produktionsverfahren und Faktoreinsätze beinhalten. Es sind alle Register der Weiterentwicklung moderner Betriebsmittel und innovativer Technologien zu ziehen. Vor allem der Landtechnik, dem Pflanzenschutz sowie der Pflanzenernährung und -züchtung kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Eine generelle Ökologisierung der Weltlandwirtschaft führt in die falsche Richtung. Mehr Hunger und Armut sowie zunehmender Flächenverbrauch wären die Folge. Strukturelle Anpassungen, verstärkte Zusammenarbeit in der gesamten Nah-

runungskette und gute Regierungsarbeit sind somit zentrale Voraussetzungen für das deutsche AgriFoodBusiness, um die vorhandenen Marktchancen ergreifen und optimistisch in die Zukunft blicken zu können. Dabei liegt der Vorteil Deutschlands und sicherlich auch der EU eindeutig bei der Produktion und Vermarktung hochwertiger und variantenreicher Nahrungsmittel und weniger bei der Erzeugung homogener Massenprodukte der Bioenergie.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat das deutsche AgriFoodBusiness erstaunlich gut überstanden, ebenso den heftigen Einbruch der Weltagrarpreise nach dem Allzeithoch in 2007/08. Inzwischen sorgen die weltweite Konjunkturerholung und wieder anziehende Preise für Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel für neue Zuversicht in der Branche. Die Markterholung ist dabei vor allem Export getrieben. Auch mittel- bis langfristig wird eher mit einer positiven Preisentwicklung gerechnet, allerdings bei zunehmender Volatilität der Märkte. Professionelle Exportorientierung und verbessertes Risikomanagement werden deshalb in Zukunft eine viel größere Rolle spielen müssen, gegebenenfalls mit staatlicher Begleitung/Unterstützung oder als Private-Public-Partnership. Die Hauptaufgabe kommt dabei aber den Dienstleistern wie Handel, Banken und Versicherungen zu, die den Landwirten und Unternehmern des Ernährungsgewerbes beim Exportgeschäft und Risikomanagement zur Seite stehen. In diesem Umfeld wird auch die Milchwirtschaft ihre Krise überwinden und von der wachsenden Kaufkraft an den Weltmärkten profitieren können. Planwirtschaftliche Gedankenspiele werden dann hoffentlich keinen Nährboden mehr finden.

Allen diesen Herausforderungen muss sich die EU-Agrarpolitik nach 2013 stellen und den Übergang bis 2020 behutsam gestalten. Auf der Basis klarer Zielvorgaben im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit sind unwirksame oder Fehlanreize auslösende Instrumente abzuschaffen und neue, zielgenauere Gestaltungsoptionen mit möglichst geringen Nebenwirkungen zu etablieren. Nur so kann die EU-Agrarpolitik den gesellschaftlichen Ansprüchen gerecht werden und gleichzeitig dem AgriFoodBusiness geeignete Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Zukunft bieten.

Bedeutung des AgriFoodBusiness am Standort Deutschland

Gliederung

Danksagung	I
Vorwort zur 2. Auflage.....	II
Vorwort zur 3. Auflage	II
Kurzfassung	IV
1 Image, Wahrnehmung und Stimmung des AgriFoodBusiness	1
2 Arbeitsteilung und Verflechtung zwischen Partnern.....	6
3 Die Nahrungs- und Wertschöpfungskette	12
4 Innovationen im AgriFoodBusiness	24
5 Nahrungsmittelqualität und Nahrungsmittelsicherheit.....	32
6 Gesellschaftliche Leistungen des AgriFoodBusiness.....	36
7 Bioenergie versus Nahrungsmittel	39
8 Das AgriFoodBusiness in der Finanz- und Wirtschaftskrise	43
9 Volatile Weltagrarmärkte und EU-Agrarpolitik nach 2013	57
10 Die Milchkrise als agrarpolitische Herausforderung.....	66
11 Welternährungssicherung und nachhaltige Entwicklung	75
12 Inländerdiskriminierung des deutschen AgriFoodBusiness	85
13 Zusammenfassung und Fazit	94
Statistische Grundlagen und ausgewählte Literatur	97
Verzeichnis der Schaubilder.....	99
Verzeichnis der Tabellen.....	100

Bedeutung des AgriFoodBusiness am Standort Deutschland

1 Image, Wahrnehmung und Stimmung des AgriFoodBusiness

Das Image von Landwirtschaft und landwirtschaftsnahen Branchen in Deutschland entspricht zweifellos nicht der ökonomischen und gesellschaftlichen Bedeutung des Sektors. Überschussproduktion, Subventionslasten, Umweltprobleme und Lebensmittelskandale haben das ehemals positive Bild des Sektors als Garant für Versorgungssicherheit in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung eingetrübt. Auch wenn der Landwirt als solcher und seine Familie nach wie vor hohes Ansehen genießen, wird doch der Einsatz neuer Technologien und moderner Betriebsmittel in der Pflanzen- und Tierproduktion mitunter heftig kritisiert und für Umweltschäden sowie für den Rückgang der Artenvielfalt verantwortlich gemacht. Mit großem Unbehagen werden auch das betriebliche Wachstum und die Spezialisierung betrachtet (Stichworte: Monokulturen und Massentierhaltung). Die Vorwürfe richten sich auch gegen die vor- und nachgelagerten Bereiche der Landwirtschaft, z. B. gegen die Agrarchemie und die Lebensmittelindustrie. Angst wird geschürt vor genveränderten Pflanzen und Lebensmitteln und immer wieder neue Themen werden reißerisch und medienunterstützt aufgegriffen (z.B. Fleischskandale, Schlachtpraxis, Ferkelkastration, Kühe als Klimakiller und übergewichtige Kinder). Viele Tierschützer, Umweltschützer und Globalisierungsgegner greifen das AgriFoodBusiness als Ganzes an und fordern eine grundlegende Wende. Kürzlich hat sich der selbst ernannte Weltagrarrat in einem Weltagrarbericht der UNESCO skeptisch gegenüber der industriellen Landwirtschaft geäußert und eine Ökologisierung der Weltlandwirtschaft sowie eine Verkürzung der Nahrungskette gefordert.

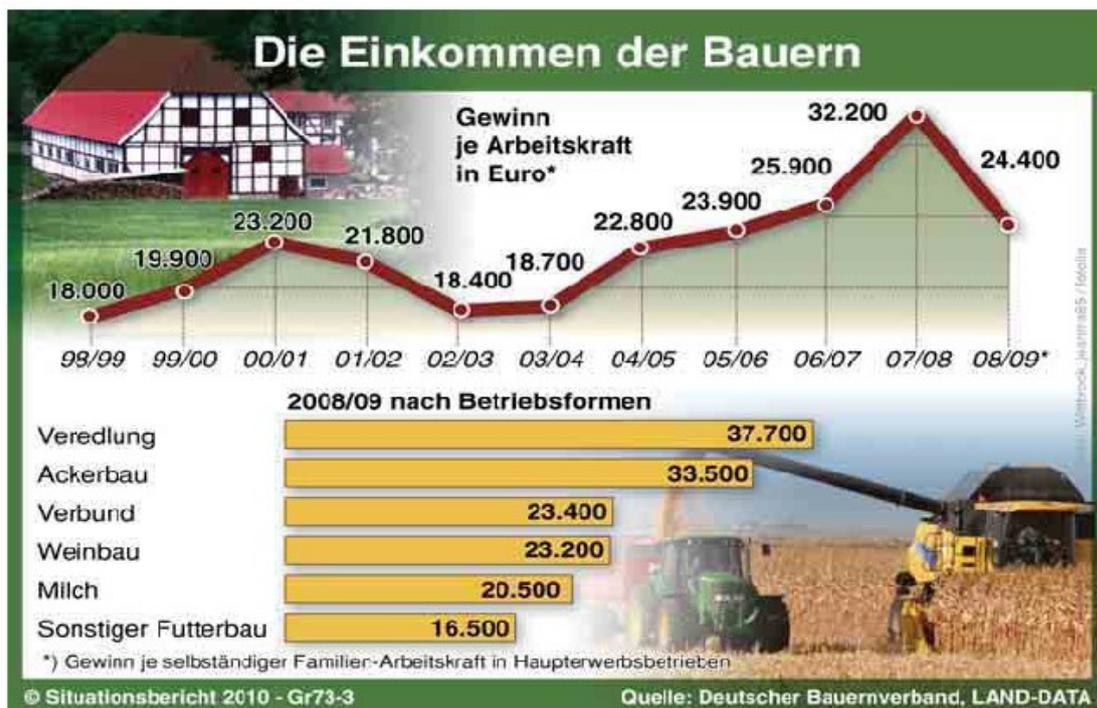
Der Imageverlust des AgriFoodBusiness ist allerdings nicht nur das Ergebnis von Negativschlagzeilen und Fundamentalkritik der Modernisierungsgegner, sondern ist auch die Folge ökonomischer Entwicklungsverläufe, z. B. einer zunehmenden Arbeitsteilung in der Nahrungskette und damit einer Entfremdung des durchschnittlichen städtischen Lebensmittel-Endverbrauchers von den Vorgängen auf landwirtschaftlichen Betrieben und in landwirtschaftsnahen Branchen. Verbraucher kaufen im Supermarkt ein und beziehen ihr Wissen, wenn überhaupt, über selektive Medienberichte zur Branche. Es herrscht im allgemeinen große Unkenntnis über Produktions- und Verarbeitungsprozesse bei Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen. Selbst bei der Zubereitung von Nahrung werden die Wissenslücken immer größer.

Schließlich trägt auch die Politik zum Imageverlust des AgriFoodBusiness bei. So sind Agrarüberschüsse und Budgetbelastungen vor allem das Ergebnis agrarpolitischer Fehlsteuerungen und falsch gesetzter Anreize. Landwirte und ihre Partner haben sich unternehmerisch richtig verhalten. Auch die vor einigen Jahren bewusst kommunizierte Spaltung der deutschen Landwirtschaft in konventionell und ökologisch produzierende Betriebe mit einer gewissen Stigmatisierungsabsicht hat das Ansehen der Branche verringert. Selbst der vorübergehende Imagegewinn durch die Doppelfunktion von Bauern als Landwirt und Energiewirt (potenzielle Klimaschützer und Energiegaranten) scheint inzwischen wieder relativiert zu sein, weil die Konsumenten dem AgriFoodBusiness die Verbraucherpreisexplosion 2007/08 angelastet haben und Umweltschützer negative Folgen der Bioenergieförderung fürchten. Kurzum, in der Bevölkerung, in den Medien und in der Politik wird das AgriFoodBusiness verzerrt und unvollständig wahrgenommen. Sein ökonomischer und gesellschaftlicher Wert wird somit tendenziell unterschätzt, punktuelle Problemfelder werden dagegen systematisch überschätzt.

Hier setzt die vorliegende Broschüre an. Für die Zukunft und die Wettbewerbsfähigkeit des AgriFoodBusiness ist nämlich die gesellschaftliche und politische Anerkennung seiner Leistungen essentiell. Dazu soll das Profil ge-

genüber Verbrauchern, Politik und Medien klarer konturiert und geschärft werden. Die Wahrnehmung der Branche soll erhöht und das allgemeine Klima verbessert werden. Mit einem Kurswechsel in der Politik und einem Meinungsumschwung in der Öffentlichkeit und in den Medien werden dann die Landwirte und ihre Partner in der Nahrungskette die aktuellen Marktchancen noch besser ergreifen können.

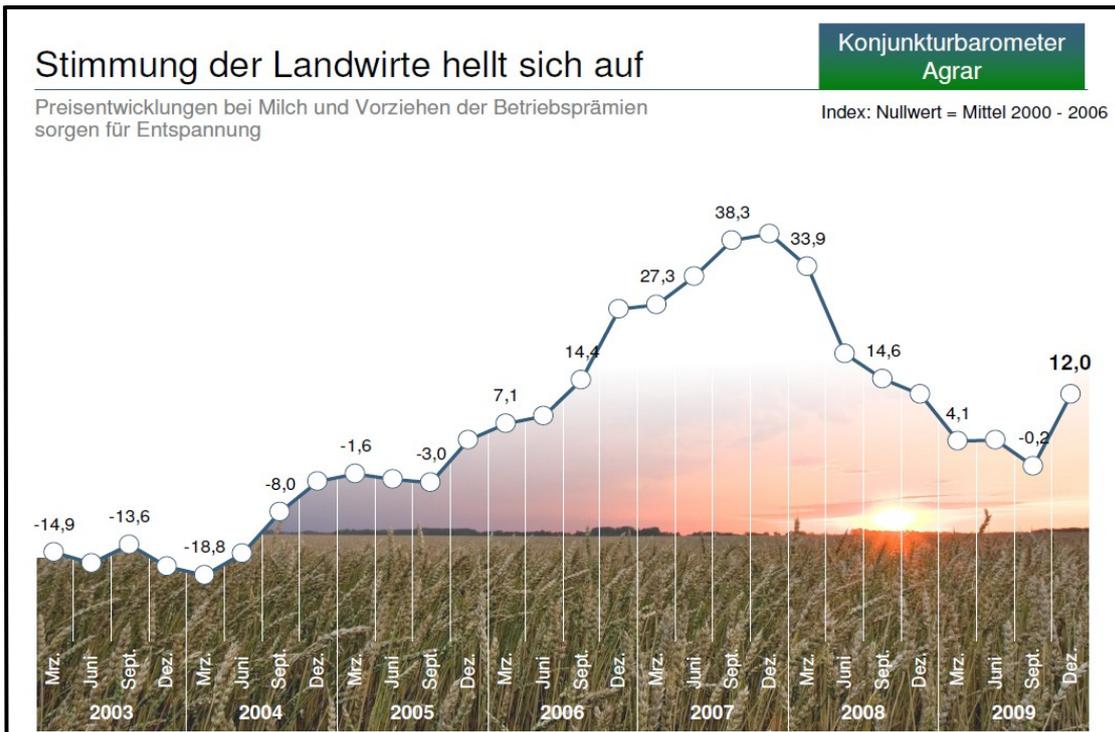
Schaubild 1: Einkommen in der deutschen Landwirtschaft



Quelle: Situationsbericht 2010, DBV

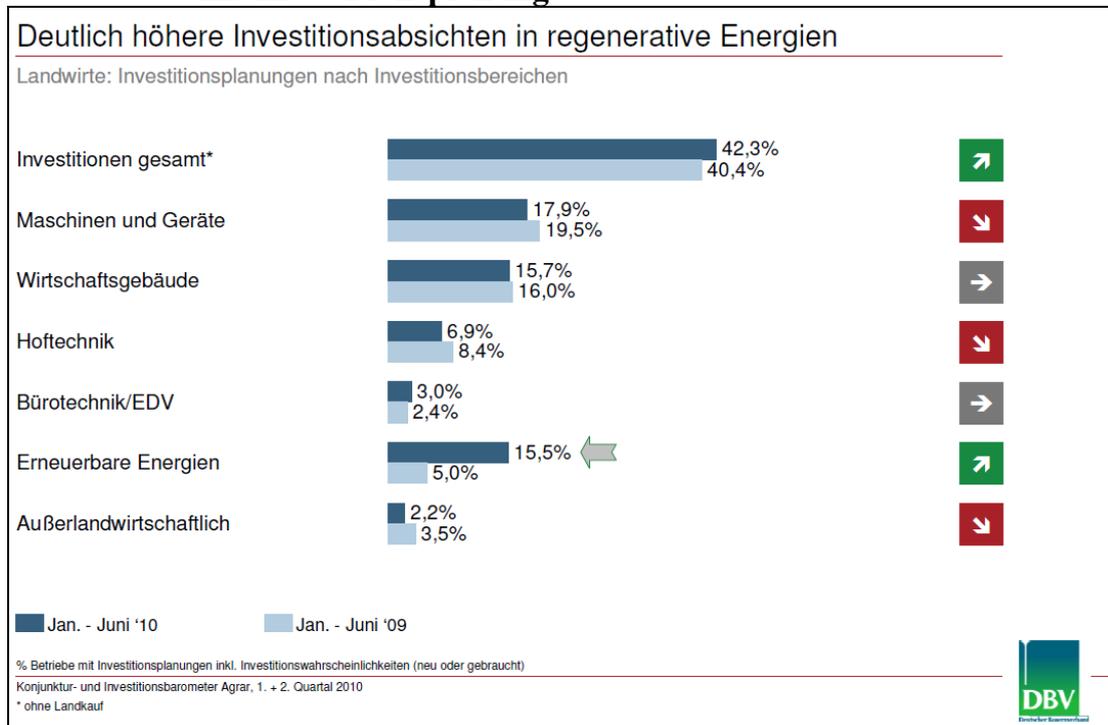
Nach einer von Aufbruchstimmung und Euphorie geprägten Phase der Investitionsbereitschaft infolge eines mehrjährigen Einkommenswachstums (vgl. Schaubild 1) und des unerwarteten Preisanstiegs 2007/08, haben sich Stimmung und Investitionsneigung in der Landwirtschaft aufgrund sinkender Preise und Einkommen deutlich verschlechtert (vgl. Schaubilder 2 und 3). Das Konjunkturbarometer zeigt erst seit Ende 2009 wieder einen leichten Anstieg, die Investitionsneigung nimmt aber nur im Bereich der Erneuerbaren Energien zu. Bei klassischen Investitionen in Maschinen, Gebäude und Hoftechnik üben die Landwirte nach wie vor Zurückhaltung. Die Broschüre soll auch vor diesem Hintergrund das Selbstbewusstsein der Branche weiter stärken, Investition

Schaubild 2: Index des Konjunkturbarometers Agrar



Quelle: Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar Dezember 2009/ Januar 2010, DBV

Schaubild 3: Investitionsplanung nach Investitionsbereichen Januar-Juni 2010 im Vergleich zu Januar-Juni 2009 in % der Betriebe mit Investitionsplanung



Quelle: Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar Dezember 2009/ Januar 2010, DBV,

*ohne Landkauf

und Wachstum fördern helfen und mutigen Unternehmern eine Vision eröffnen.

Mit Blick auf diese Zielsetzung beginnt die Broschüre zunächst in Kapitel 2 mit einer Beschreibung, Erklärung und Prognose der Arbeitsteilung zwischen Landwirtschaft und vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen und befasst sich mit den Konsequenzen für die Koordination zwischen den Marktpartnern. Die Nahrungs- und Wertschöpfungskette mit ihren ökonomischen Leistungskennziffern und ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung steht im Mittelpunkt des Kapitels 3. Anschließend erfolgt eine Zusammenstellung faszinierender Innovationen im AgriFoodBusiness (Kapitel 4), und es werden die außerordentlichen Bemühungen um Lebensmittelqualität und Lebensmittelsicherheit erläutert (Kapitel 5). Kapitel 6 arbeitet die gesellschaftlichen Leistungen des AgriFoodBusiness heraus, d.h. die nicht auf Märkten bewerteten Angebote öffentlicher Güter. Das Kapitel 7 widmet sich der Bioenergieförderung und ihrer Bewertung vor dem Hintergrund knapper Flächen. Das Kapitel 8 beschäftigt sich mit den Ursachen und Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Landwirtschaft und ihre Marktpartner. Die Turbulenzen und langfristigen Trends an den Weltagrarmärkten mit ihren Konsequenzen für Unternehmer und Agrarpolitik nach 2013 sind Gegenstand des Kapitels 9. Von der weltweiten Wirtschaftskrise bei gleichzeitig überproportionalem Einbruch der Weltmarktpreise für Butter, Milchpulver und Käse war vor allem die Milchwirtschaft betroffen. Die Milchkrise und Vorschläge zu ihrer Überwindung werden in Kapitel 10 diskutiert. Schließlich beschäftigt sich Kapitel 11 mit der internationalen Dimension und Verantwortung der Branche und skizziert die Elemente einer guten Regierungsarbeit (good governance) in Entwicklungs- und Industrieländern. Eine gute Regierungsarbeit ist auch eine Forderung an die deutsche Agrar-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik. In einem gemeinsamen EU-Binnenmarkt sollten für die Unternehmen weitgehend einheitliche Wettbewerbsbedingungen gelten und Inländerdiskriminierung sollte

vermieden werden. Dieses Thema wird in Kapitel 12 behandelt. Kapitel 13 fasst die wichtigsten Ergebnisse zusammen und schließt mit einem Fazit.

Unter AgriFoodBusiness wird im folgenden die Gesamtheit aller privatwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft verstanden, die dazu beitragen, die Verbraucher von Nahrungsmitteln, die Konsumenten nachwachsender Rohstoffe und die Nutznießer öffentlicher Güter aus der Landwirtschaft zur rechten Zeit am richtigen Ort mit einem ausreichenden, qualitativ hochwertigen und sicheren Güterangebot zu versorgen. Der ebenfalls verwendete Begriff der Nahrungs- und Wertschöpfungskette wird synonym verwendet.

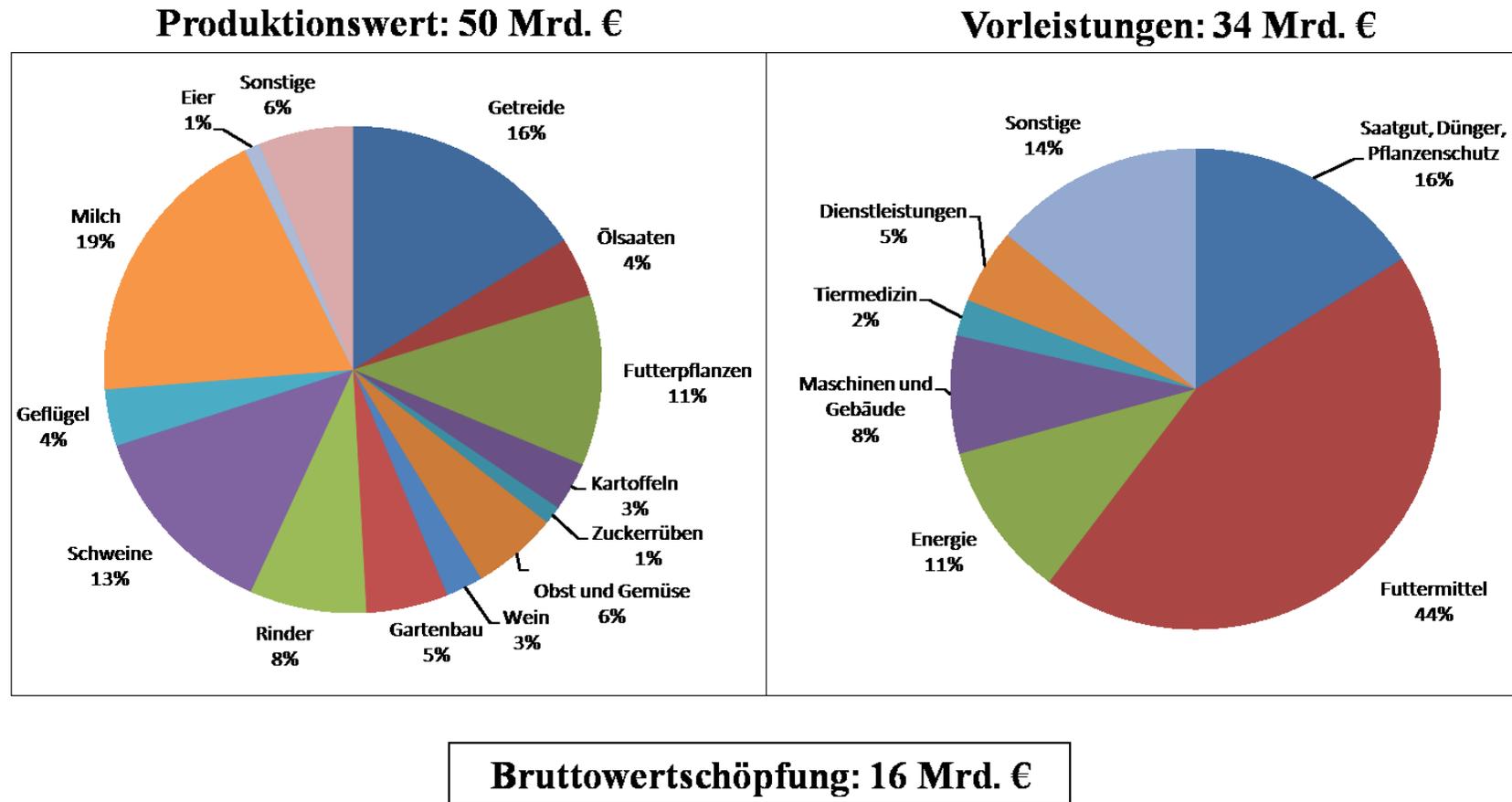
2 Arbeitsteilung und Verflechtung zwischen Partnern

Die Entwicklung der Landwirtschaft in Industriestaaten ist gekennzeichnet durch einen permanenten Prozess der Funktionsausgliederung. Historisch betrachtet wurden zunächst verschiedene Produktionsaktivitäten ausgelagert, um die Vorteile der Massenproduktion in industriellen Anlagen besser ausschöpfen zu können. Hierzu gehören beispielsweise die Herstellung von Milchprodukten in Molkereien, die Mehlerzeugung in Mühlen sowie die Schlachtung von Nutztieren in Schlachtstätten bzw. deren Weiterverarbeitung in speziellen Fleischereibetrieben. In einer zweiten Phase wurden dann Absatz- und Bezugsaktivitäten an Warengenossenschaften und/oder den privaten Landhandel abgetreten. Diese übernahmen für die Landwirte den Verkauf der Ware und den Einkauf von Betriebsmitteln und Produktionsfaktoren und boten zugleich Dienstleistungen in den Bereichen Lagerhaltung, Trocknung, Transport, Beratung etc. an. In der dritten und heute noch andauernden Phase geht es vor allem um die Substitution der betriebsinternen Arbeitserledigung durch Lohnunternehmen. Diese bieten überbetrieblich Maschinenleistungen zur Senkung der Arbeitserledigungs- und Kapitalkosten an.

Diese Phasen der Funktionsausgliederung aus der Landwirtschaft sind gleichbedeutend mit einer verstärkten Arbeitsteilung und bedingen zwangsläufig eine intensivere Verflechtung mit vor- und nachgelagerten Wirtschaftsberei-

chen in der Nahrungskette. Im Zuge der Arbeitsteilung sind zugleich die Arbeitsproduktivität und die Kapital- bzw. Vorleistungsintensität deutlich angestiegen. Inzwischen zählt die Landwirtschaft mit einem Kapitalstock von 284000 Euro je Erwerbstätigen noch vor der Industrie zu den kapitalintensivsten Wirtschaftszweigen in Deutschland. Parallel zur verstärkten Arbeitsteilung der Landwirtschaft mit vor- und nachgelagerten Bereichen hat auch innerhalb der Landwirtschaft eine Spezialisierung stattgefunden. Die typischen Mischbetriebe früherer Zeiten sind in großem Umfang hoch spezialisierten Ackerbau- bzw. Viehzuchtbetrieben gewichen. Vertikal und horizontal hat also die Arbeitsteilung in der gesamten Nahrungs- bzw. Wertschöpfungskette deutlich zugenommen mit potentiellen Vorteilen für alle Glieder der Kette. Schaubild 4 zeigt beispielhaft die Strukturen der Verflechtungen im vor- und nachgelagerten Bereich der deutschen Landwirtschaft für das Jahr 2008. Es fällt auf, dass diese in hohem Maß durch die tierische Produktion (Milch, Fleisch) geprägt ist. Milch und Fleisch dominieren den Produktionswert und Futtermittel die Vorleistungen. Große Bedeutung kommt auf beiden Seiten auch der Getreidewirtschaft zu. 2008 betrug der gesamte Produktionswert 50 Mrd. Euro. An Vorleistungen sind insgesamt 34 Mrd. Euro angefallen, so dass die Bruttowertschöpfung 16 Mrd. Euro ausmachte. Für 2009 wird infolge des dramatischen Preiseinbruchs bei zahlreichen Agrarerzeugnissen und des starken Rückgangs der Exportnachfrage nach deutschen Produkten der Land- und Ernährungswirtschaft mit deutlich schlechteren Zahlen gerechnet. Der Deutsche Bauernverband (DBV) erwartet in seinem neuesten Situationsbericht für 2009 einen Produktionswert von 43 Mrd. Euro (-13% gegenüber dem Vorjahr) und eine Bruttowertschöpfung von nur 12,5 Mrd. Euro (-20%). Die Prognose für 2010 fällt dann aber wegen der sich erholenden Erzeugerpreise wieder freundlicher aus, ohne die Spitzenwerte von 2008 schon wieder zu erreichen. Die Verflechtungen der Landwirtschaft mit anderen Wirtschaftszweigen gelten aber nicht nur für die Haupterwerbsbetriebe. 55% der deutschen Betriebe ar-

Schaubild 4: Produktionswert, Vorleistungen und Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft in Deutschland im Jahr 2008



Quelle: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 2009

beiten im Nebenerwerb (2007) und sind mit ihren nicht-landwirtschaftlichen Einkommensquellen eng mit der Gesamtwirtschaft verbunden.

Mit der verstärkten Arbeitsteilung und Verflechtung innerhalb der Nahrungskette ergibt sich allerdings auch ein steigender Koordinationsbedarf. In marktwirtschaftlichen Systemen wird dieser in der Regel über funktionierende Märkte befriedigt. Diese stimmen Angebots- und Nachfragepläne über bewegliche Preise aufeinander ab und sind bei symmetrischer Informationsverteilung und vollkommener Konkurrenz in der Lage, eine an den Kundenwünschen orientierte effiziente Faktorallokation bei niedrigsten Transaktionskosten zu gewährleisten. Herrscht keine vollkommene Konkurrenz, sind die Informationen zwischen Anbietern und Nachfragern asymmetrisch verteilt und fehlt den Preisen aufgrund wirtschaftspolitischer Eingriffe oder rechtlicher Rahmenbedingungen die Beweglichkeit, kann es zu Faktorfehlenkungen und zu hohen Transaktionskosten kommen. Der klassische Marktmechanismus kann dann seine Überlegenheit gegenüber anderen Koordinationsmechanismen eines marktwirtschaftlichen Systems innerhalb von Segmenten der Nahrungskette verlieren.

Solche Alternativen stellen die hierarchische Koordination in Unternehmen oder unternehmensübergreifende enge Kooperationsformen dar. Vertikale und horizontale Integration sind die Stichworte hierzu. Diese Form der Koordination weist bei Vorliegen der genannten Marktversagensgründe in der Regel die geringeren Transaktionskosten auf. Beide Formen der Koordination, die marktliche und die hierarchische, kommen in der Nahrungskette vor. Man gewinnt allerdings den Eindruck, dass die hierarchische Koordination als vertikale Integration in den Nahrungsketten der westlichen Industrieländer an Bedeutung zunimmt. Die viel diskutierten Ansätze des „Supply Chain Managements“ oder des „Efficient Consumer Response“ (ECR = Optimierung der Prozesse zwischen Industrie und Handel mit dem Ziel, Kundenwünsche besser zu erfüllen) sind ein Beleg dafür. Gerade in Nordamerika ist dieser Prozess schon weiter vorangeschritten, und auch in der EU gibt es verstärkte Bemü-

hungen. In Zukunft werden nicht einzelne Glieder der Nahrungskette im internationalen Wettbewerb stehen, sondern die jeweiligen Nahrungsketten insgesamt treten in Konkurrenz gegeneinander an. Jene Lebensmittel werden sich überregional und international durchsetzen, deren Prozesskosten relativ gering und deren Produkt- bzw. Prozessqualität gleichzeitig relativ hoch sind. Liberalisierung und Globalisierung der Märkte werden diesen Prozess noch beschleunigen. In Deutschland beobachtet man noch eine gewisse Zurückhaltung gegenüber der vertikalen Integration. Vor allem Landwirte haben Sorge, dass die Vorteile dieser Koordinationsform sehr ungleich verteilt sind und sie in zunehmende Abhängigkeit von marktmächtigen Partnern geraten. Die zweifellos vorhandenen Erfolgsbeispiele z.B. im Schlachtschweine- und Schlachtgeflügelbereich könnten die Zweifel jedoch zerstreuen. Darüber hinaus erleichtern horizontale Integrationsbemühungen den Einstieg in die vertikale Integration. So könnten beispielsweise die Milcherzeuger durch verstärkte Bildung von Erzeugergemeinschaften ihre Verhandlungsposition gegenüber den Molkereien stärken. Ganz wichtig für die Zukunft des AgriFoodBusiness wird es sein, den Lebensmitteleinzelhandel, vor allem die großen Discounter wie Aldi und Lidl, verstärkt in die gemeinsame Interessenfindung und Darstellung der Branche gegenüber der Öffentlichkeit einzubinden. Erst der Schulterschluss in der gesamten Nahrungskette wird das Image nachhaltig zu verändern helfen. In diesem Zusammenhang ist es nicht hilfreich, wenn Kampagnen gegen die Preispolitik der Discounter unternommen werden. Preise spiegeln Knappheiten wider und sollten nicht verteilungspolitisch instrumentalisiert werden. Sofern Marktmacht im Spiel ist, müssen allerdings die Kartellbehörden einschreiten. Nach der neuesten Sektoruntersuchung „Milch“ des Bundeskartellamts konnten jedoch keine konkreten Hinweise auf einen Missbrauch von Marktmacht bzw. wettbewerbswidriges Verhalten durch den Lebensmitteleinzelhandel gefunden werden (vgl. Bundeskartellamt, 2010).

Die vertikale Integration wird aber auch aus anderen Gründen in der europäischen bzw. deutschen Nahrungskette noch voranschreiten. Nach zahlreichen

Lebensmittelskandalen sind die Verbraucher höchst sensibilisiert und verlangen Qualitätsgarantien und Lebensmittelsicherheit. Diese können letztlich aber nur gewährt werden, wenn man den Prozess der Lebensmittelerzeugung bis zu seiner Primärstufe zurückverfolgen kann und sogar noch weiß, welche Rohstoffe und Faktoren dort zum Einsatz kommen. Rückverfolgbarkeit lässt sich nun aber in vertikalen Integrationsformen besser organisieren als über anonyme Märkte. Dies baut zugleich die Informationsasymmetrien ab, die bei den sogenannten Vertrauensgütern (Güter, deren Eigenschaften mit ihren potenziellen Wirkungen dem Konsumenten verborgen bleiben) typisch sind.

Schließlich sind es wirtschafts- und agrarpolitische Eingriffe sowie rechtliche Rahmenbedingungen, die eine stärkere Verflechtung und Kooperation in der Nahrungskette nahe legen. Verschiedene Marktordnungselemente der EU-Agrarpolitik reichen über die Landwirtschaft hinaus in die Verarbeitungsbranchen hinein. Die Intervention von Butter und Magermilchpulver und die Exporterstattungen für Mehl und Zucker sind Beispiele hierfür. Zugleich gehen deutliche Impulse von der Agrarpolitik aus in die Preis- und Mengengerüste der vorgelagerten Wirtschaftsbereiche. Schließlich sind steuerliche und rechtliche Regelungen häufig nicht auf ein Glied der Nahrungskette beschränkt, sondern erstrecken sich auf ganze Abschnitte der Nahrungskette. Das gilt besonders im Umweltbereich. Nachhaltigkeit kann nur in der gesamten Nahrungskette sichergestellt werden.

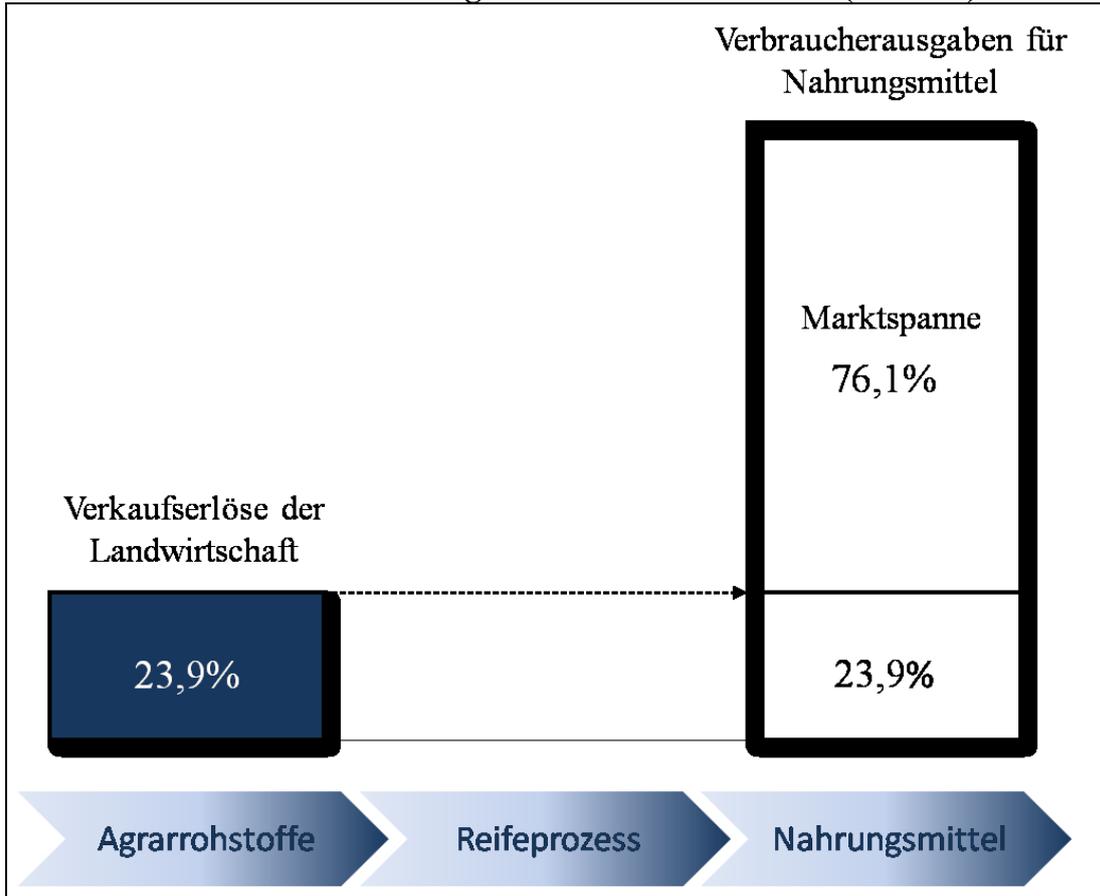
Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass parallel zur marktlichen Koordination zahlreiche Bestimmungsfaktoren auch auf eine zunehmende vertikale Integration und Kooperation im Nahrungsbereich hinwirken. Hierzu gehören ökonomische, wirtschafts- und agrarpolitische, rechtliche und gesellschaftliche Einflussfaktoren. Trotz bestehender Vorbehalte wird sich diese Entwicklung auch in Deutschland noch stärker verbreiten. Nur so können zum einen die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Umfeld gesichert und zum anderen die gesellschaftlichen Ansprüche auf Qualität und Sicherheit erfüllt werden.

3 Die Nahrungs- und Wertschöpfungskette

Die Beschreibung der Entwicklung von Arbeitsteilung und Verflechtung der Landwirtschaft mit vor- und nachgelagerten Branchen hat deutlich gemacht, dass es sich um eine eng verzahnte Aneinanderreihung ökonomischer Aktivitäten mit dem Ziel handelt, Endverbraucher bzw. Zwischennachfrager zur rechten Zeit am richtigen Ort mit einem auseichenden, qualitativ hochwertigen und sicheren Angebot an Nahrungsmitteln bzw. nachwachsenden Rohstoffen zu versorgen. Die einzelnen ökonomischen Aktivitäten können dabei als Glieder einer Kette verstanden werden, die nicht nur unmittelbar mit den benachbarten Kettengliedern in Verbindung stehen, sondern über die Gesamtstruktur auch mit entfernteren Gliedern (=Verarbeitungsstufen). In Analogie zu einer Kette mit vielen Einzelgliedern spricht man beim AgriFoodBusiness deshalb auch von einer Nahrungskette. Von der Primärproduktion ausgehend werden dem Agrarrohprodukt fortlaufend komplementäre Sach- und Dienstleistungen hinzugefügt und somit der Reifegrad erhöht. Es werden zusätzliche Werte geschaffen, die der Endverbraucher honoriert. Es findet demnach Wertschöpfung statt, deshalb der Begriff „Wertschöpfungskette“.

Der wertmäßige Anteil des Agrarrohstoffs an konsumreifen Nahrungsmitteln beträgt in Deutschland durchschnittlich knapp 24%, während die Marktspanne bis zum Endverbraucher etwa 76% ausmacht (vgl. Schaubild 5). Für die einzelnen Produktbereiche ergeben sich natürlich hiervon abweichende Verhältnisse. Bei Brotgetreide und Brotgetreideerzeugnissen beträgt der Anteil der Verkaufserlöse der Landwirtschaft an den Verbraucherausgaben für Nahrungsmittel z.B. nur 4,4%. Bei Milch und Milcherzeugnissen dagegen beläuft sich der Rohstoffanteil auf 38% und bei Eiern auf 40,3% (vgl. Schaubild 6).

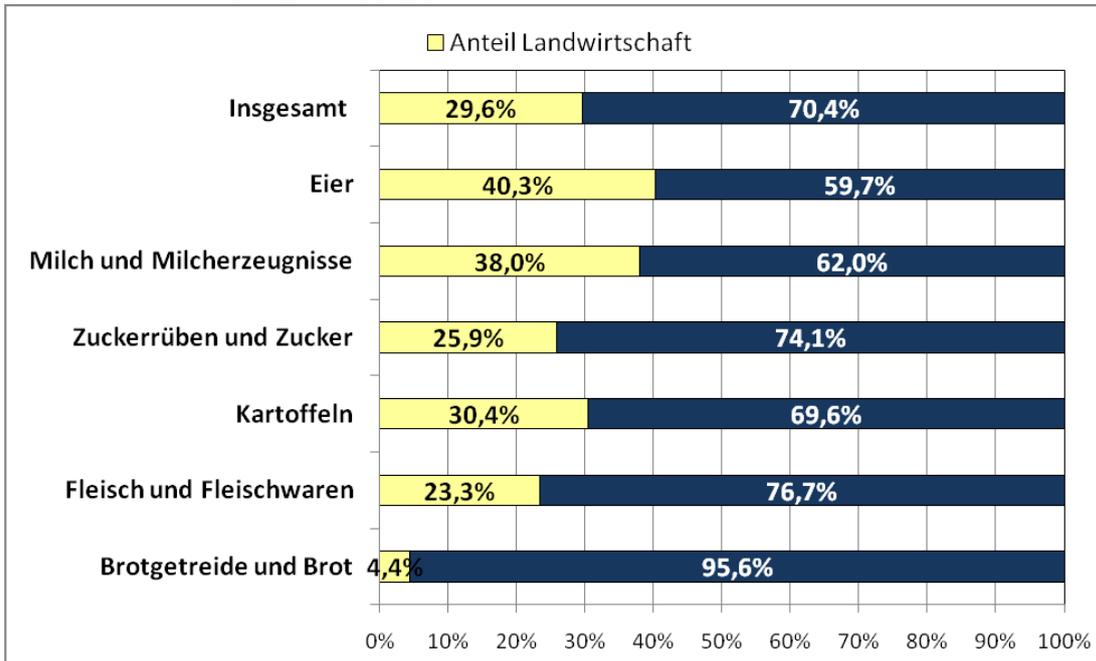
Schaubild 5: Wert von Nahrungsmitteln in Deutschland (2006/07)



Quelle: v. Thünen-Institut, 2010

Die Wertschöpfung beginnt mit dem Einsatz von eigenen und zugekauften Produktionsfaktoren (Boden, Arbeit, Kapital, natürliche Ressourcen) und von industriellen Vorleistungen (u.a. Futtermittel, Agrarchemie, Saatgut, Energie, Landtechnik) in der landwirtschaftlichen Produktion (vgl. Schaubild 7). Dort werden Nutzpflanzen und Nutztiere erzeugt und an den Erfassungshandel bzw. die Ernährungsindustrie zur Verarbeitung weitergegeben bzw. in Grenzen auch direkt vermarktet. Während die landwirtschaftliche Primärproduktion dabei mehr oder weniger flächendeckend in ganz Deutschland erfolgt (auf 50% der Fläche), sind Ernährungs- und Vorleistungsindustrie doch eher räumlich konzentriert, so dass dem Landhandel und den Warengenossenschaften eine wichtige logistische Rolle in Form von Transport und Lagerhaltung zukommt.

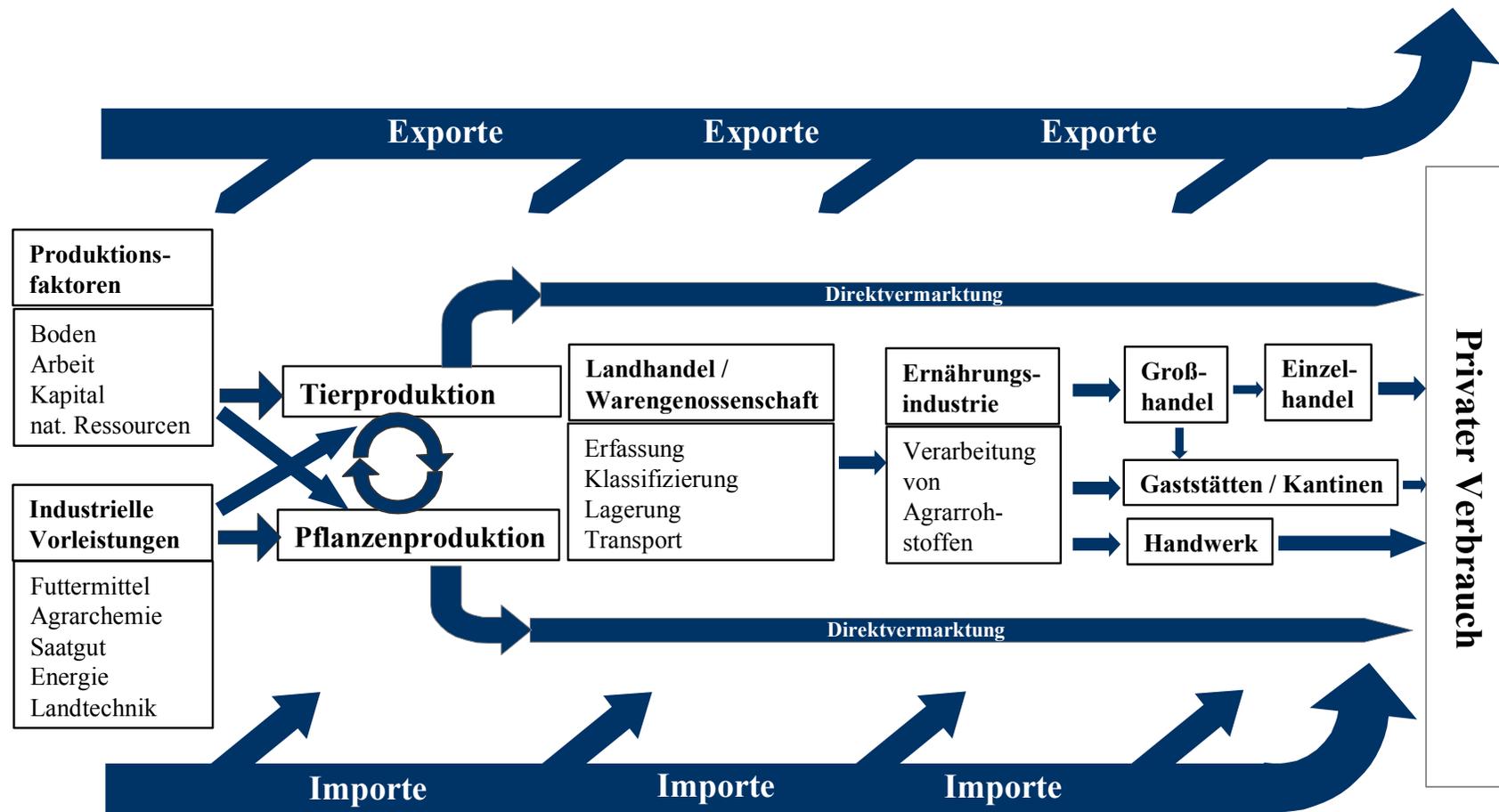
Schaubild 6: Anteil der Verkaufserlöse der Landwirtschaft an den Verbraucherausgaben für Nahrungsmittel inländischer Herkunft in 2006/07



Quelle: v. Thünen-Institut, 2010

Das gleiche gilt auch für den Groß- und Einzelhandel bzw. das Ernährungshandwerk, die am Ende der Nahrungskette die Endverbraucher in ganz Deutschland flächendeckend versorgen müssen. Diese logistische Meisterleistung des AgriFoodBusiness von flächendeckender Primärproduktion über räumlich konzentrierte Verarbeitung bis hin zur breiten Distribution an alle Haushalte (inklusive Außer-Haus-Verzehr) ist insofern bemerkenswert, als es unter einem enormen Zeitdruck geschehen muss. Die im Prinzip verderbliche Ware hat selbst bei spezieller Behandlung nur eine begrenzte Haltbarkeit. In keinem anderen Sektor der Volkswirtschaft wird die Logistik in dieser Weise gefordert.

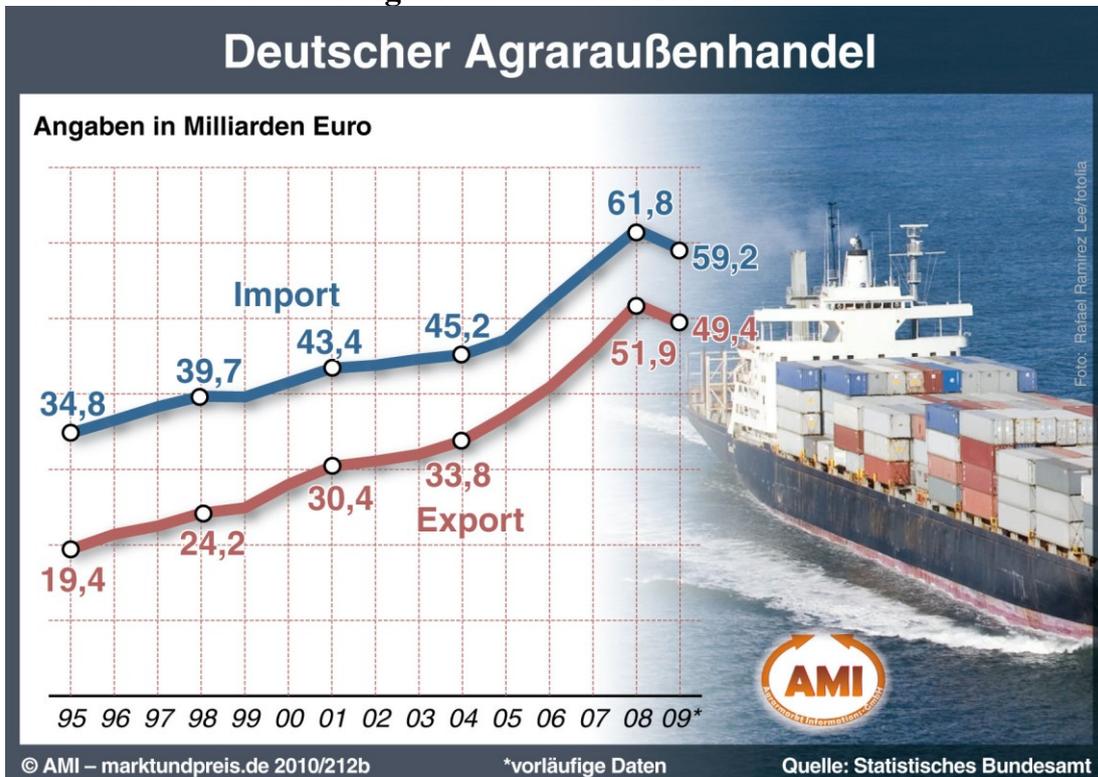
Schaubild 7: Die Nahrungs- und Wertschöpfungskette



<i>Dienstleistungen in der Nahrungskette</i>					
Banken	Tierärzte	Börsen/Messen	Zertifizierungen	Lohnunternehmen	Marktforschung
Berater	Werbung	Steuerberater	Versicherungen	Handelsvermittlung	IT-Branche

Hinzu kommen die Außenhandelsaktivitäten des AgriFoodBusiness, die zunehmend an Bedeutung gewinnen (vgl. Schaubild 8). Ausfuhren aus der Nahrungskette und Einfuhren in die Nahrungskette finden praktisch auf allen Stu-

Schaubild 8: Deutscher Agraraußenhandel 1995-2009



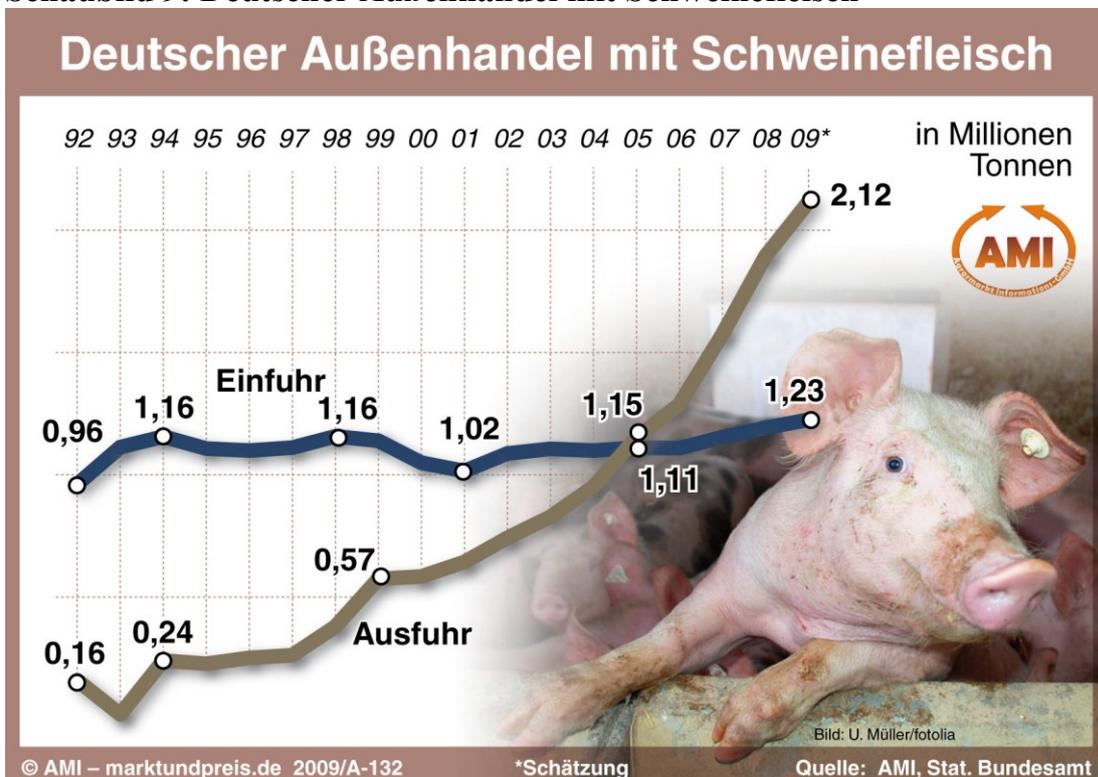
Quelle: AMI, 2010

fen statt, die Nahrungskette ist somit offen. Allein die Ausfuhr von Ernährungsgütern und Agrarrohstoffen betrug im Jahr 2008 knapp 50 Mrd. €, das sind etwa 5% der Gesamtausfuhren Deutschlands und fast ein Drittel des Gesamtumsatzes der Ernährungsbranche. Im selben Jahr wurden Ernährungsgüter im Wert von fast 59 Mrd. € eingeführt. 68% des Imports und 80% des Exports werden mit der EU-27 abgewickelt. Unsere Haupthandelspartner in der EU mit Agrargütern sind die Niederlande, Frankreich und Italien. Den größten Anteil am deutschen Agrarexport machen Fleisch und Fleischerzeugnisse aus, dicht gefolgt von Milch und Milcherzeugnissen. Danach folgen Backwaren und Getreideerzeugnisse sowie Zucker, Zuckerwaren und Süßwaren. Besonders außenhandelsorientiert in der Nahrungskette sind darüber hinaus gemessen an

der Exportquote die Hersteller von Ölen und Fetten, von Säften, von Malz und von Stärke bzw. Stärkeerzeugnissen.

Die Exportquote der Ernährungsindustrie insgesamt betrug 2008 knapp 19% mit wachsender Tendenz, vor allem auch in Richtung Osteuropa. Rechnet man zum einen die besonders intensiven Außenhandelsbeziehungen der Vorleistungsindustrie noch hinzu und zum anderen die umfangreichen Direktinvestitionen von Ernährungs- und Vorleistungsindustrie, muss man feststellen, dass die Außenwirtschaftsbeziehungen des AgriFoodBusiness bedeutend sind und sich sehr dynamisch entwickeln. Bemerkenswert ist beispielsweise die Entwicklung des deutschen Außenhandels mit Schweinefleisch (vgl. Schaubild 9), wo Deutschland seinen Handelsstatus vom Nettoimporteur zum Nettoexporteur gewechselt hat. Unter den Top Ten des internationalen Agrarhandels lag Deutschland 2008 auf Platz 3 bei den Exporten und auf Platz 2 bei den Importen (vgl. Schaubild 10).

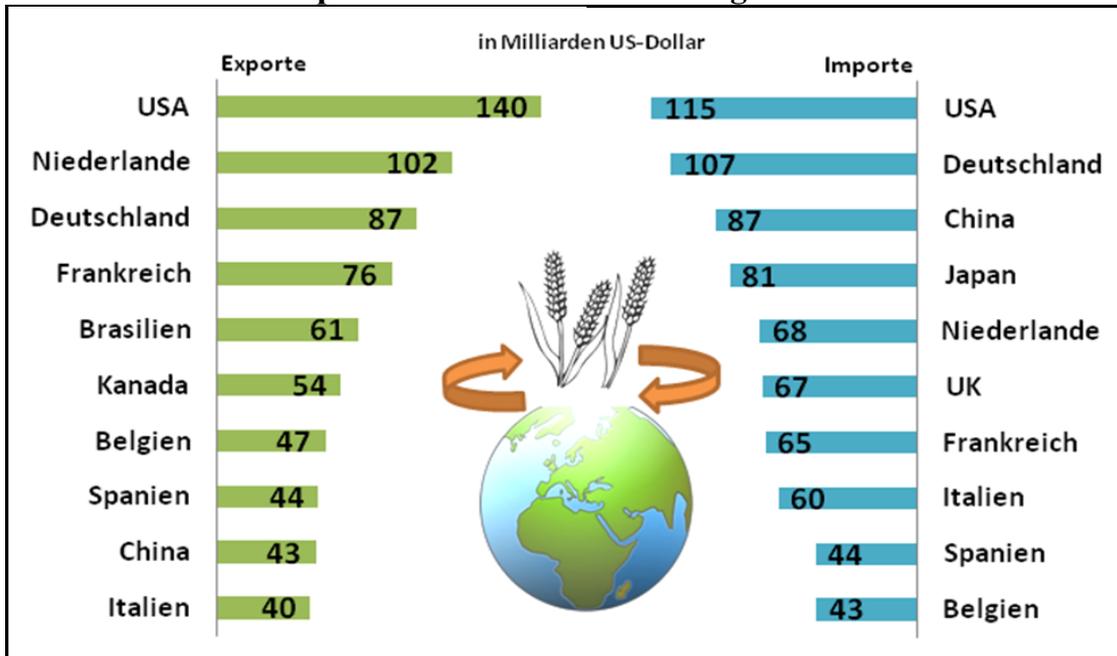
Schaubild 9: Deutscher Außenhandel mit Schweinefleisch



Quelle: Situationsbericht 2010

Das alles wäre nicht vorstellbar ohne ein funktionierendes und höchst effizientes Dienstleistungsnetz, das die Nahrungskette umhüllt. Das reicht von den Bankkrediten über Versicherungsleistungen bis hin zur sektorspezifischen IT-Branche. (vgl. Schaubild 7).

Schaubild 10: Die Top Ten des internationalen Agrarhandels 2008



Quelle: Eigene Darstellung mit Daten der WTO, 2010

Erfahrungen in Entwicklungs- und Transformationsländern zeigen, dass ein schlecht funktionierendes oder nicht ausreichendes Dienstleistungsangebot die Agrar- und Ernährungswirtschaft oder eine ganze Volkswirtschaft ruinieren kann. Gehen Dienstleister, Landwirte, Verarbeiter und Händler Hand in Hand und arbeiten effizient, ergeben sich große Synergieeffekte. Die heimische Nahrungskette ist allerdings nicht nur durch Offenheit gekennzeichnet, sondern auch durch potenzielle Austauschbarkeit einzelner Kettenglieder, die im Wettbewerb mit ausländischen Akteuren stehen. So können beispielsweise inländische Rohmilch leicht durch Rohmilchimporte bzw. Milchproduktimporte oder Milchfett/ Milcheiweiß durch pflanzliche Fette und Eiweiße ersetzt werden. Permanenter Wettbewerbsdruck und Arbeitsteilung halten die Branche somit leistungsfähig.

Die gewaltige Leistungssteigerung der Landwirtschaft durch Arbeitsteilung im AgriFoodBusiness wird im Vergleich zur Situation von vor rund 50 bzw. 100 Jahren besonders deutlich (vgl. Tabelle 1). Trotz Rückgang des Erwerbstätigenanteils der Landwirtschaft von 38,2% auf 2,1% und des Wertschöpfungsanteils von knapp 30% auf 0,9% ist ein Landwirt heute in der Lage, 133 Personen zu ernähren, statt 4 Personen im Jahr 1900. Die Betriebsgröße hat sich in 100 Jahren fast verneunfacht und der Arbeitseinsatz ist auf ein Zehntel des Niveaus von 1900 zurückgegangen. Gleichzeitig haben sich die Getreideerträge mehr als vervierfacht und die Zuckerrüben- bzw. Milcherträge mehr als verdoppelt bzw. verdreifacht. Auch das landwirtschaftliche Produktionsergebnis Deutschlands innerhalb der EU kann sich sehen lassen (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 1: Ein Jahrhundert der Leistungssteigerung im deutschen Agribusiness

Kriterium	1900	1950	2000	2008
Anteil der Landwirtschaft an den Erwerbstätigen (%)	38,2	24,3	2,5	2,1
an der Wertschöpfung (%)	29,9	11,3	1,2	0,9
Durchschnittliche Betriebsgröße (ha)	5,5	7,0	37,2	48,5
Arbeitskräftebesatz AK/100 ha LF	30,6	29,2	3,6	3,1
Getreideertrag dt/ha	16,3	23,2	64,6	71,2
Zuckerrübenenertrag dt/ha	265,0	361,6	616,6	622,9
Milchleistung kg/Kuh/Jahr	2165	2480	6112	6827
Ein Landwirt ernährt ... Personen	4	10	119	133

Quelle: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, versch. Jahrgänge

Tabelle 2: Anteile Deutschlands an der mengenmäßigen EU-27-Agrarproduktion in % und Veränderung in Prozentpunkten

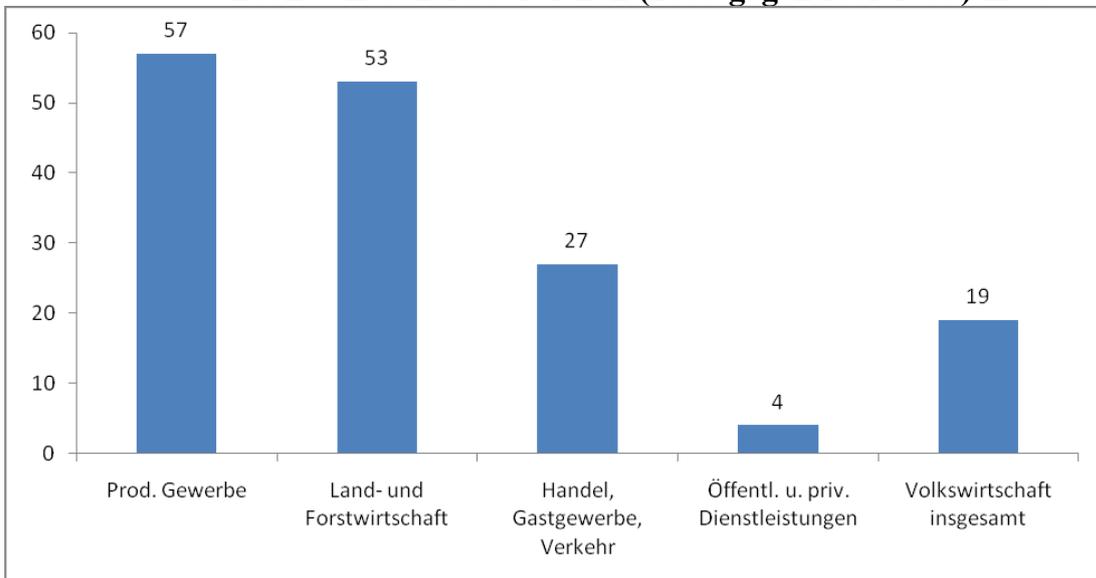
	Ø 1996-1998	Ø 2006-2008	Zunahme (+) Abnahme (-)
Getreide	15,5	16,0	0,5
Raps u. Rübsen	27,2	30,8	3,6
Hülsenfrüchte	8,3	10,0	1,7
Kartoffeln	14,6	18,1	3,5
Zucker	20,9	21,1	0,2
Gemüse	5,6	4,0	-1,6
Wein	4,8	5,5	0,7
Rindfleisch	16,6	14,1	-2,5
Schweinefleisch	16,7	21,0	4,3
Geflügelfleisch	7,1	12,3	5,2
Milch	19,0	20,1	1,1
Eier	12,8	11,2	-1,6

Quelle: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 2009, S. 489

Nicht nur die Produktionsanteile als solche sind imponierend, sondern auch die Veränderungen der Anteile über die letzte Dekade. Bei den in der Tabelle aufgeführten Produktionen hat die deutsche Landwirtschaft ihre Position sogar in neun Bereichen noch ausgebaut. Besonders beeindruckend sind die Zuwächse bei Schweine- und Geflügelfleisch. Lediglich bei Rindfleisch, Eiern und Gemüse gab es Verluste an Produktionsanteilen. Vergleicht man die Leistungssteigerung der Landwirtschaft mit derjenigen anderer Sektoren in der deutschen Volkswirtschaft (vgl. Schaubild 11), wird ebenfalls ihre Spitzenstellung deutlich. Die reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen hat sich in Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei von 1993 bis 2008 um 53% fast so wie im produzierenden Gewerbe erhöht und liegt damit deutlich über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt von 19%. Dabei sollte unterstrichen werden, dass die herausragende Leistung der Landwirtschaft nur durch die enge Zusammenarbeit mit den Partnern im vor- und nachgelagerten Bereich der Nahrungskette, also durch intensive Arbeitsteilung zustande kommt. Das Ausmaß an Arbeitsteilung und funktionierender Kooperation in der Nahrungskette wird

häufig ebenso unterschätzt, wie die Bedeutung des AgriFoodBusiness insgesamt als Teil der Volkswirtschaft.

Schaubild 11: Entwicklung der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen (2008 gegenüber 1993) in %

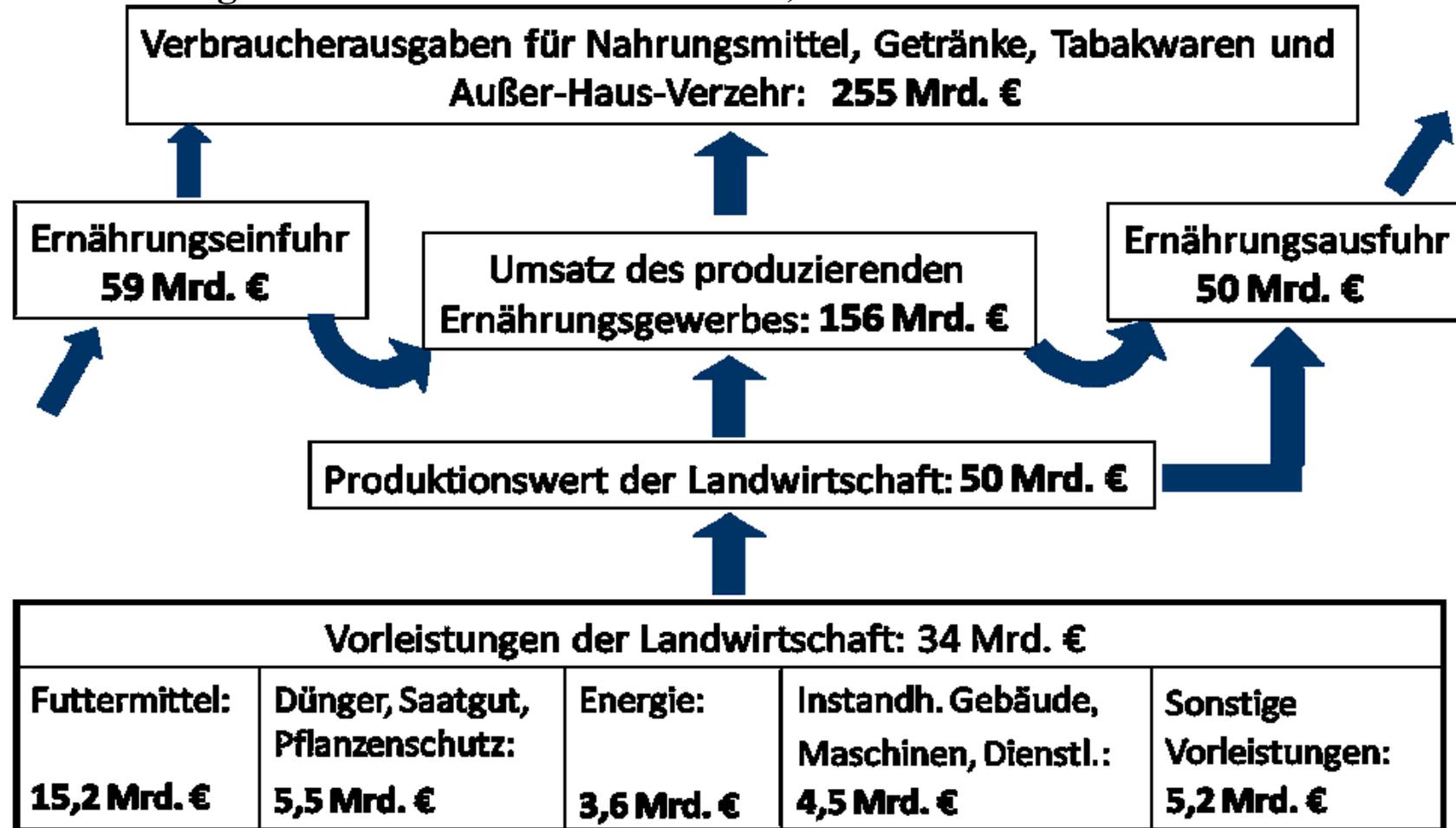


Quelle: Statistisches Jahrbuch für Landwirtschaft, Ernährung, Forsten, 2009

Rechnet man vom Endverbraucher aus, dann gibt ein durchschnittlicher deutscher Haushalt 14,5% (2008) seiner privaten Konsumausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren aus. Das sind insgesamt 193 Mrd. Euro. Zusätzlich fallen 62 Mrd. Euro oder 4,6% für den Verzehr in Kantinen, Gaststätten u.ä. an. Zusammen ergibt das 19,1% des privaten Verbrauchs oder 255 Mrd. Euro (vgl. Schaubild 12). Jeder fünfte Euro wird somit für Nahrung und Ernährung ausgegeben. Das ist der zweitgrößte Posten im Verbraucherbudget nach den Ausgaben für Wohnen und Wohnungsinstandsetzung.

Auch hinsichtlich der Beschäftigung gehört das AgriFoodBusiness zu den führenden Sektoren der Volkswirtschaft (vgl. Tabelle 3). In der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei arbeiteten im Jahre 2008 ca. 856.000 Personen. Das sind 2,1% aller Erwerbstätigen. Das produzierende Ernährungsgewerbe wies 2008 einen Stand von 535 000 Beschäftigten auf. Hinzu kommen 290 Tausend Erwerbstätige im Kleinhandwerk und etwa 1,2 Mio. Beschäftigte im Ernährungs groß- und Ernährungseinzelhandel sowie 1,4 Mio. Beschäftigte im

Schaubild 12: AgriFoodBusiness in Deutschland, 2008



Quelle: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 2009

Gastgewerbe, wovon mindestens die Hälfte ausschließlich mit Nahrung, Ernährung und Getränken zu tun hat.

Tabelle 3: Beschäftigung im AgriFoodBusiness 2008 [1000 Personen]

Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	856
Produzierendes Ernährungsgewerbe einschl. Handwerk ab 20 Beschäftigte	535
Handwerk unter 20 Beschäftigte	290
Ernährungs groß- und Ernährungseinzelhandel	1239
Außer-Haus-Verzehr (Gastgewerbe)	1384
Vorleistungsindustrie	156
Dienstleister	160
AgriFoodBusiness insgesamt	4620

Quelle: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2009; Statistisches Jahrbuch 2009, DBV Situationsbericht 2010, BVE 2009

Zählt man noch die gesamte produzierende Vorleistungsbranche mit ca. 156 000 Beschäftigten hinzu sowie sämtliche agrarnahen Dienstleistungsanbieter (u.a. Landhandel, Lohnunternehmer, Berater, Banken, Versicherungen, Vermittlungsdienste, Marktforschung/Werbung, Tierärzte, Steuerberater) mit geschätzt 160 000 Personen, ergeben sich über 4,6 Mio. Beschäftigte im gesamten AgriFoodBusiness. Das sind 11,5% aller Erwerbstätigen im Inland. Allein das Ernährungsgewerbe zählt bezogen auf Umsatz und Beschäftigung zu den drei bzw. vier bedeutendsten Branchen in Deutschland (vgl. Tabelle 4). Die öffentliche Wahrnehmung des Beschäftigtenstandes im AgriFoodBusiness und seiner Änderungen im Zeitablauf ist gleichwohl gering. Arbeitsplatzabbau und Arbeitslosigkeit in der Auto-, Bau- und Maschinenindustrie sowie bei großen Konzernen (Siemens, Telekom, Nokia) finden ungleich größere Aufmerksamkeit als im weitgehend mittelständisch geprägten und sehr heterogenen AgriFoodBusiness.

Tabelle 4: Wichtige volkswirtschaftliche Sektoren in Deutschland im Vergleich (2007)

Sektor	Umsatz Mrd. €* [*]	Zahl der Un- ternehmen	Beschäftigte (1000)	Investition Mrd. €	Umsatzan- teil der 10 Größten (%)
Ernährungs- gewerbe	151	5156	623	4,7	10,1
Chemische Industrie	173	1419	437	6,4	30,5
Maschinenbau	215	6079	1002	6,6	11,2
Autoindustrie	364	1007	833	10,7	74,6

Quelle: Statistisches Jahrbuch, 2009; *ohne Umsatzsteuer

Abschließend ist festzuhalten, dass im internationalen Wettbewerb nicht mehr allein der Vergleich von einzelnen Gliedern der Kette, also beispielsweise der Kostenvergleich zwischen deutscher und amerikanischen Landwirtschaft zählt, sondern es auf die Qualität und die gesamten Prozesskosten des Endprodukts ankommt. Es konkurrieren deshalb nicht einzelne Kettenglieder, sondern ganze Nahrungsketten miteinander. Es nützt somit einem Land als potentiellm Anbieter von Nahrungsgütern auf dem Weltmarkt wenig, wenn seine Landwirtschaft höchst produktiv ist und wirtschaftlich arbeitet, aber gleichzeitig die Dienstleistungs-, Verarbeitungs- und Vermarktungssektoren völlig ineffizient sind und mit zu hohen Kosten arbeiten. Ein solches Land kann kein ernst zu nehmender Exportanbieter werden. Es zählt somit letztlich das vollständige Ergebnis am Ende der Pipeline. Qualität und Preis des fertigen Endprodukts müssen stimmen, um international wettbewerbsfähig zu sein.

4 Innovationen im AgriFoodBusiness

Um aber bei internationaler Konkurrenz dauerhaft wettbewerbsfähig zu bleiben, sind permanente Innovationen notwendig. Das AgriFoodBusiness in Deutschland weist seit Jahrzehnten ein hohes Innovationspotential und –tempo auf. Es schlägt sich in der Entwicklung qualitativ verbesserter Agrarroh-, Zwischen- und Fertigprodukte nieder sowie in der Einführung neuer effizienterer Produktionsverfahren. Die Ausgaben der Branche für Forschung und Entwick-

lung liegen auf hohem Niveau. Der Antrieb für diese dauerhaften Anstrengungen resultiert zum einen aus dem Wettbewerbsdruck in der Nahrungskette und zum anderen aus gesellschaftlichen Forderungen nach Umwelt-, Gesundheits-, Tier- und Verbraucherschutz. Zudem kann auch das seit einigen Jahren stark an Bedeutung zunehmende Spannungsverhältnis zwischen Energie- und Nahrungsmittelproduktion nicht ohne Innovationen gemeistert werden. Somit kann das hohe Innovationspotential und –tempo als Antwort auf ökonomische Zwänge und gesellschaftliche Wünsche einer eher mittelständisch geprägten Branche verstanden werden.

Am Anfang der Nahrungskette stehen die Landwirte selbst im Mittelpunkt des Innovationsgeschehens. In Zusammenarbeit mit ihren forschenden Partnern auf der Bezugsseite, aber auch mit wissenschaftlicher Begleitung und Beratungshilfe, haben Landwirte beeindruckende Produkt- und Prozessinnovationen eingeführt, die in der breiten Öffentlichkeit wenig bekannt sind. Dort herrscht noch ein ganz anderes Bild von der Landwirtschaft vor, eines, das eher demjenigen von vor 100 Jahren entspricht. Mitunter ist dieses Bild bewusst gepflegt worden, so dass die moderne arbeitsteilige Landwirtschaft noch nicht im Bewusstsein der Bürger angekommen ist. Dabei sind die technischen Fortschritte in den verschiedenen Bereichen der Landwirtschaft faszinierend.

Die **Landtechnik und die Technik der Tierproduktion** beispielsweise erzielen seit Jahren Höchstleistungen der Wirtschaftlichkeit und der Umweltfreundlichkeit. Gleichzeitig wird dem Tierschutz zunehmend Rechnung getragen. Beispiele hierfür sind



- leistungsstarke energiesparende Schlepper, Erntemaschinen und Bodenbearbeitungsgeräte mit Breitreifen, speziellen Fahrwerken und verfahrenstechnischen Ergänzungen (konservierende Bodenbearbeitung, Mulchsaat usw.) zum Schutz des Bodens; Teleservice bei Mähdreschern;
- die ganzheitliche Optimierung des Mähdruschprozesses mit Hilfe eines maschinengestützten interaktiven Einstellungsassistenzsystems;

- neue Konzepte der Abgasreinigung für Traktoren und selbstfahrende Landmaschinen sowie hochwertige Fahrerentlastungs- und Lenksysteme zur Verbesserung der Arbeitsqualität, Effizienz, Fahr- und Arbeitssicherheit;
- der Präzisionsackerbau mit einer EDV-gestützten fruchtarten- und schlag-spezifischen Nährstoffzufuhr für die Kulturpflanzen sowie deren Schutz gegen Unkräuter, Pilze und Insekten; beispielsweise Düngerstreuer mit Sensor-Technologie;
- tiergerechte und leistungssteigernde Fütterungs- und Melksysteme (Melkka-russell, Melkroboter), die EDV-gestützt auf das einzelne Tier abstellen und somit zugleich ein optimales Herdenmanagement (u.a. Krankheitsbekämp-fung und –vorsorge) erlauben;
- moderner artgerechter Stallbau mit umweltfreundlichen Entsorgungssystemen und tiergerechten Klima- und Belüftungstechniken.

Dabei sind die informationstechnologischen Komponenten der genannten Neuerungen inzwischen so umfangreich geworden, dass es betriebsintern und auch unternehmensübergreifend einer Abstimmung und Schnittstellenüberprüfung bedarf. Nur so kann die verwendete EDV das Betriebsma-nagement optimieren helfen. Vernetzte Systeme statt Insellösungen ist das Stichwort hierfür (Praxiseinführung von ISOBUS).



Die Forschung in der **agrarchemischen Industrie und in der Saatgutwirtschaft** ist heute bedeutender denn je. So können das Welternährungsproblem sowie das Spannungsverhältnis zwischen

Energie- und Nahrungsmittelproduktion nur mit Hilfe innovativer Pflanzen-züchtung gelöst oder zumindest gelockert werden. Auch eine Anpassung an die möglichen Auswirkungen des Klimawandels, kann nur mit gewaltigen In-novationsanstrengungen erfolgen. Die Aufwendungen der Saatgutwirtschaft für Forschung und Entwicklung (F+E) betragen heute im Durchschnitt 15 bis 20% des Nettoumsatzes der Branche. Ähnliche Größenordnungen für For-schung und Entwicklung fallen bei Pflanzenschutz- und Dünge-mitteln an. Die Entwicklung eines Pflanzenschutzwirkstoffes bis zur Marktreife beispielsweise dauert ca. zehn Jahre und kostet



pro Wirkstoff etwa 250 bis 300 Mio. Euro. Für Landwirte und Gesellschaft gleichermaßen relevant sind die folgenden beispielhaften Innovationen der Branche:

- Entwicklung und Formulierung fruchtartenspezifischer standortgerechter Einzel-, Mehrnährstoff und Spezialdünger mit begleitender Anwendungs- und Umweltforschung gemeinsam mit Landwirten, Beratern und Wissenschaftlern;
- Entwicklung einer neuen Generation von Pflanzenschutzmitteln mit geringsten Aufwandmengen, hohem Wirkungsgrad am Zielorganismus, schneller Abbaubarkeit im Boden und Wasser und großer Verträglichkeit für sensible Tier- und Pflanzenarten;
- Einsatz von umwelt- und anwenderfreundlichen Verpackungen und Behältern für Pflanzenschutz- und Düngemittel;
- Züchtung leistungsstarker krankheitsresistenter Sorten mit konventionellen Methoden und mit Hilfe der Genomanalyse (smart breeding) und der Gentechnologie sowie von Sorten, die unter erschwerten Standortbedingungen wachsen (u.a. Wasserknappheit, hoher Salzgehalt) oder speziellen Ansprüchen als nachwachsender Rohstoff genügen müssen (industrielle Grundstoffe, Bioenergie);
- Optimierung von Sorten- und Registerprüfung, um bei intensiver Züchtungsarbeit neue Sorten sicher und zuverlässig von bereits zugelassenen Sorten unterscheiden zu können.

Den größten Posten an den Vorleistungen der deutschen Landwirtschaft ma-



chen die Futtermittel aus. Die **Futtermittelwirtschaft** steht seit den verschiedenen Lebensmittelskandalen, der BSE-Krise und der Vogelgrippe unter verstärkter gesellschaftlicher Beob-



bachtung. Ihre Innovationsaktivitäten richten sich deshalb nicht nur am Effizienzziel und am Produkt selbst, sondern in hohem Maß auch an Qualitäts- und Sicherheitsaspekten im Produktionsprozess aus.

Nach großen Anstrengungen der Mischfutterindustrie konnte die Branche 2003 in das QS-System integriert werden. Zudem wurde 2005 das geltende Rückverfolgbarkeitssystem auf Basis der EU-Lebensmittelbasis-Verordnung eingeführt. Dazu zählen die eindeutige Kennzeichnung der Ware, die Doku-

mentation der Warenströme sowie die Aufbewahrung von Rückstellmustern. Im Bereich der Einzelfuttermittel gilt die Einführung der Positivliste als wesentliches Element der Qualitätssicherung. Dabei werden vor allem die Herstellungsverfahren und die Risikobewertung unter die Lupe genommen. Schließlich werden enorme Aufwendungen für Forschung und Entwicklung im Bereich der Fütterungsarzneimittel und der Zusatzstoffe in der Tierernährung betrieben. Beides erfolgt in enger Kooperation mit der forschenden Pharmaindustrie, mit Tierärzten und Landwirten. Die Leistungsfähigkeit und Gesundheit bzw. das Wohlbefinden der Tiere stehen dabei gleichermaßen im Mittelpunkt. Verstärkte Aufmerksamkeit findet darüber hinaus die Umweltrelevanz des Futtereinsatzes (Exkremate, Emissionen). Nachdem das QS-System mittlerweile erfolgreich übernommen wurde, arbeitet die Branche an einer effizienteren Nutzung der Vorteile sowie der Beseitigung von Schwachstellen des Systems. So läuft seit dem 1. Januar 2008 eine Pilotphase im QS-System mit dem Ziel, das Futtermittelmonitoring effizienter zu gestalten. Zudem arbeitet die Branche intensiv an der Kompatibilität verschiedener Qualitätssicherungs- und Rückverfolgbarkeitssysteme (beispielsweise QS und GMP+). Auch wird die Harmonisierung der europäischen Qualitätssicherungssysteme angestrebt, um Mehrfach- und Parallelzertifizierungen zu beseitigen.

Innovationen finden nicht nur im produzierenden Gewerbe statt, sondern auch im **Dienstleistungsbereich**. Banken, Versicherungen, Händler, Genossenschaften, Börsen, Lohnunternehmer,



Transportwirtschaft, Berater und landwirtschaftsnahe Organisationen haben sich den veränderten Rahmenbedingungen und Strukturen angepasst und bieten der Landwirtschaft und ihren Partnern neue Konzepte und Dienstleistungsprodukte an. Die Vielfalt der Dienstleistungsangebote verbietet aber auch hier eine vollständige Aufzählung für alle Bereiche. Exemplarisch erwähnt seien hier nur die Einführung der Warenterminbörse für landwirtschaftliche Erzeugnisse in Hannover (seit August 2009 an der EUREX in Frankfurt a. M.), die neu entwickelten Mehrgefahren-Versicherungskonzepte der Versicherungs-

wirtschaft und die Agrarbeobachtung per Satellit zur Ernteschätzung und Feststellung von Schäden durch Wetterextreme. Bei allen drei Innovationen handelt es sich um marktgestützte Risikoreduzierungsstrategien, die beim Rückzug des Staates aus den Märkten und Betrieben an Bedeutung zunehmen werden. Erwähnenswert sind auch die Leistungssteigerungen der Warenwirtschaft in den Bereichen Transport und Lagerhaltung. Neue unternehmensübergreifende Logistikkonzepte der Routenkoordinierung, der automatischen Warenerfassung bis hin zur Rückverfolgbarkeit und Qualitätsprüfung der Produkte basierend auf Konzepten wie Telematik oder RFID (= Radio Frequency Identification) sind in der Forschung und Erprobung.

Das mittelständisch geprägte, **produzierende Ernährungsgewerbe (Ernährungsindustrie und Ernährungshandwerk)** gehört zu den zentralen Gliedern der Nahrungskette. Als Mittler zwi-



zwischen Landwirtschaft und Lebensmittelhandel kommt ihr eine besondere Rolle und Verantwortung zu. Sie vor allem garantiert den Landwirten sichere Absatzmöglichkeiten und den Verbrauchern Produktqualität und -sicherheit. Die gleichzeitige Erfüllung von Erzeugererwartungen und Verbraucherwünschen macht permanente Innovationen notwendig. Produkte der Milchindustrie und Molkereiwirtschaft, der umsatzstärksten Branche im produzierenden Ernährungsgewerbe, nehmen dabei traditionell eine Spitzenposition in der Rangliste der innovativsten Warengruppen ein. Neben echten Neuentwicklungen für Milch und Milchprodukte spielen auch innovative Verpackungslösungen eine wichtige Rolle. Im Zentrum zahlreicher Innovationen auch in anderen Branchen des Ernährungsgewerbes, z. B. Fleisch und Fleischprodukte, Backwaren, Süßwaren, stehen zudem Aspekte des Convenience und der Gesundheit. Tiefgefrorene und gekühlte Nahrungsmittel bzw. Fertigprodukte tragen der Knappheit der Zeit von Verbrauchern immer mehr Rechnung. Vor allem das Segment der gekühlten, zubereiteten Nahrungsmittel, dem sogenannten Chilled Food, hat sich als besonders wachstumsstark herausgestellt. Die große Beliebtheit dieses Segments ist auf den Convenience-Charakter dieser Produk-

te bei gleichzeitig hoher Qualität zurückzuführen, so dass Chilled Food auch in Zukunft ein hohes Wachstumspotenzial zugesprochen wird. Schließlich ist die Ernährungsindustrie dabei, funktionelle Nahrungsmittel zu entwickeln, die für bestimmte Zielgruppen (Ältere Menschen, Kinder, Sportler, Kranke, Schwangere) mit bestimmten Inhaltsstoffen ausgestattet sind, oder die generell gesundheitsförderlich sind (z.B. probiotischer Joghurt). Der Trend hin zu gesundheitsfördernden Lebensmitteln wird sich in nächster Zeit noch verstärken. Auch hat sich in den letzten Jahren eine Gegenbewegung zu den international vermarkteten Convenience- und Fast-Food-Produkten herausgebildet. Neben den ökologisch erzeugten Nahrungsmitteln erfreuen sich auch die ursprünglich aus Italien stammende Slow-Food-Bewegung und regional hergestellte Lebensmittel und Spezialitäten wachsender Beliebtheit. Trotz starken Zuwachses der Handelsmarken konnten führende Markenartikelhersteller in der Ernährungsindustrie ihre Position behaupten und ausbauen. Entscheidend für diesen Erfolg waren die Konzentration auf den Markenkern, die Durchsetzung von Produkt- und Prozessinnovationen sowie die zielgerichtete Kommunikation mit dem Verbraucher. Aufgrund der stark steigenden Faktorpreise werden die Produkt- und Prozessinnovationen auch in Zukunft eine zentrale Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit des produzierenden Ernährungsgewerbes spielen. Ziel sollte hierbei die Minimierung der Umweltbelastung (z.B. durch Verpackungen) und der im Produktionsprozess eingesetzten knappen Rohstoffe sein.

Eine besonders hohe Dynamik und ein hohes Innovationspotential sind auch im **Bereich nachwachsender Rohstoffe** zu beobachten, wengleich mit erheblicher staatlicher Förderung.



Deutschland nimmt 2009 mit einem Anbau von nachwachsenden Rohstoffen auf ca. 2 Mio. ha (ca. 17% der Ackerfläche) EU-weit einen Spitzenplatz ein. Seit über einem Jahrzehnt unterstützen Berufsstand und Agrarpolitik diese Entwicklung. Steigende Preise für Öl, Gas und Benzin ließen in den vergangenen Jahren vor allem die Produktion von Wärme, Strom und Kraftstoffen aus

Biomasse an Attraktivität gewinnen. Auch die Diskussion über den Klimawandel und das Vermeiden von Emissionen klimawirksamer Gase trug erheblich zur steigenden Popularität der Bioenergien bei. Hier konzentriert sich die Forschung vor allem auf eine effizientere Gewinnung von Ethanol und Dieseldieselkraftstoffen aus Biomasse, die sogenannten Biokraftstoffe zweiter Generation. Aber auch die nachwachsenden Rohstoffe zur Herstellung von Papier, Pappe, Verpackungsmaterialien, Farben, Waschmitteln und Medikamenten etc. befinden sich auf dem Vormarsch und generieren inzwischen mehr Wertschöpfung und Beschäftigung als die nachwachsenden Rohstoffe zur energetischen Verwertung.

Lebensmittelgroß- und -einzelhandel sorgen dafür, dass die Ware qualitativ unversehrt, in richtiger Menge, zur richtigen Zeit am richtigen Ort ist. Hierzu



bedarf es ausgeklügelter Logistik- und Informationssysteme und einer Vorstellung davon, in welcher Form und in welchem Kaufumfeld der Lebensmittelverbraucher die Ware angeboten

bekommen möchte. Obwohl der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) mit den führenden Discountern Aldi und Lidl oft als hoch konzentriert und marktmächtig wahrgenommen wird, zeichnet er sich tatsächlich durch einen regen Wettbewerb bei kleinsten Gewinnmargen aus. Allein fünf Anbieter weisen Umsätze in zweistelliger Milliardenhöhe aus. Daneben gibt es eine Reihe von weiteren ernst zu nehmenden Wettbewerbern (vgl. Tabelle 5). Um einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der Konkurrenz zu gewinnen, sind die einzelnen Konzerne bestrebt, Kosten zu senken (hier seien exemplarisch das „Efficient Consumer Response“-Konzept und das Radio-Frequency-Identification-System genannt) und zugleich Einkaufslust und -erlebnis beim Konsumenten zu steigern. Zeit- und personalsparende Kaufakte in Discountern gehören dabei ebenso zu den innovativen Lösungen wie der Erlebniseinkauf in Konsumtempeln.

Tabelle 5: Top 15 des Lebensmitteleinzelhandels 2009 nach Umsätzen

Rang	Firma	Gesamtumsatz in Mio. €	Anteil Food (%)*
1	Edeka-Gruppe	43 644	90,8
2	REWE-Gruppe	36 273	72,3
3	Metro-Gruppe	30 960	38,9
4	Schwarz-Gruppe	27 375	81,1
5	Aldi-Gruppe	25 450	80,0
6	Lekkerland	7 900	99,0
7	Tengelmann-Gruppe	7 237	33,6
8	Schlecker	4 700	93,0
9	Globus	4 179	51,5
10	dm-Drogeriemarkt	3 748	90,0
11	Rossmann	3 125	75,2
12	Bartels-Langness	2 710	77,3
13	Norma	2 400	85,0
14	Müller	2 205	41,0
15	Bünting	1 800	85,0

Quelle: Lebensmittelzeitung (März 2010); * zum Food-Sortiment zählen neben allen Nahrungs- und Genussmitteln auch Drogeriewaren (Wasch-, Putz- und Reinigungsmittel, Hygieneartikel, Körperpflegemittel)

Mit diesen ausgewählten Beispielen an Innovationen im Produkt- und Prozessbereich wird deutlich, dass das AgriFoodBusiness eine hochmoderne arbeitsteilige Branche ist, die auf der Basis neuester wissenschaftlicher Analysen die Erkenntnisse von Biologen, Chemikern, Physikern, Ökonomen, Medizinern, Ernährungsfachleuten und Technikern zusammenbringt und sie interdisziplinär für die Bereitstellung von Nahrung und nachwachsenden Rohstoffen nutzt.

5 Nahrungsmittelqualität und Nahrungsmittelsicherheit

Dabei steht außer Zweifel, dass Nahrungsmittelqualität und Nahrungsmittelsicherheit eine immer größere Bedeutung bei den Verbrauchern erlangen. Mit

steigendem Einkommen und größerem Ernährungsbewusstsein steigt die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen, bezahlbaren, gesundheitlich unbedenklichen und mitunter gesundheitlich förderlichen Nahrungsmitteln deutlich an. Sicherheit und Qualität der Nahrung sind Teil der Lebensqualität in entwickelten, aber auch zunehmend in sich entwickelnden Volkswirtschaften.

Nahrungsmittelqualität und Nahrungsmittelsicherheit beschränken sich dabei nicht auf das Endprodukt. Es fängt bei den natürlichen Ressourcen Boden, Wasser und Luft an, die für die landwirtschaftliche Produktion notwendig sind, geht dann über den Einsatz von Futtermitteln, Dünger, Pflanzenschutzmitteln und Landmaschinen, die Verarbeitungsindustrie und den Agrar- bzw. Lebensmittelhandel bis hin zu den Haushalten, die Nahrungsmittel lagern und zubereiten. Auf allen Stufen dieser Nahrungskette ist Qualität und Sicherheit der Nahrungsmittel zu gewährleisten. Risiken sind klein zu halten von den betroffenen Landwirten, Verarbeitern, Händlern, Vorlieferanten, Institutionen und Verbrauchern. Jeder trägt Verantwortung.

Wenn Märkte für Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel richtig funktionieren und bei allen Beteiligten volle Informationen über Qualitäten und Preise vorhanden sind, kann es kein Qualitäts- und Sicherheitsproblem geben. Unsichere Produkte finden dann keine Käufer und qualitativ weniger wertvolle Nahrungsmittel können allenfalls mit Preisabschlägen vermarktet werden. Für Qualität und Sicherheit geben die Verbraucher mehr aus und die Erzeuger passen sich mit ihrem Angebot entsprechend an.

In der Realität sind Märkte oft unvollkommen und Informationen nicht ausreichend vorhanden und/oder asymmetrisch bei Anbietern und Nachfragern verteilt. Märkte drohen dann zu versagen, weil gute Qualitäten nicht mehr ihren Preis finden und sozialschädliches Verhalten bis hin zu kriminellen Handlungen sich breit machen. Die Selbstheilungskräfte des Marktes können dabei überfordert sein. Solche Kräfte sind beispielsweise die Beschaffung zusätzlicher Informationen durch die Verbraucher oder die freiwillige Gewährung von

Garantien/Entschädigungsleistungen bzw. die Schaffung von Transparenz und privaten Qualitätssicherungssystemen durch die Erzeuger.

Wenn alles dieses versagt, ist es Aufgabe des Staates, über wirtschaftspolitische und ordnungsrechtliche Eingriffe die Funktionsfähigkeit der Märkte wieder herzustellen und den Verbraucher vor Irreführung und nachteiligen Folgen unsicherer Nahrung zu schützen. Dabei ist der Instrumenteneinsatz des Staates mit Augenmaß vorzunehmen. Nicht selten sind staatliche Eingriffe kontraproduktiv, verschlechtern also die Situation noch. Oder sie sind ineffizient, weil bestimmte Verbesserungen mit extrem hohen Kosten erkaufte werden. Deshalb gilt: Nicht nur Märkte können versagen, auch der Staat.

Gute Regierungsarbeit besteht deshalb darin, geeignete Instrumente zur Gewährleistung von Nahrungsmittelqualität und -sicherheit auszuwählen. In manchen Fällen reicht es aus, wenn der Staat sich darauf beschränkt, die Funktionsfähigkeit der Märkte wieder herzustellen. Das kann über die Wettbewerbspolitik geschehen, die den freien Marktzutritt und -austritt für Unternehmen sicherstellt. Oder es können Informations- und Beratungsangebote bereitgestellt bzw. gefördert werden. Erst wenn solche weichen Maßnahmen nicht ausreichen, sollte über staatliche Kontrollen, Verbote, Auflagen und Sanktionen nachgedacht werden.

In der Regel profitieren die Verbraucher von solchen Regelungen und die Erzeuger werden mit zusätzlichen Kosten belastet. Der Staat muss die höheren Verbrauchernutzen und die wachsenden Kosten gegeneinander abwägen, wohl wissend, dass absolute Nahrungssicherheit nicht erreicht werden kann und Regelungen nur wirksam sind, wenn sie innerhalb eines Wirtschaftsraums nach einheitlichen Kriterien getroffen werden. Unter diesen Voraussetzungen beinhaltet eine gute Regierungsarbeit folgendes:

- (a) Zusammenarbeit staatlicher Stellen und der Privatwirtschaft zur Gewährleistung von Nahrungsmittelqualität und -sicherheit
- (b) Bereitstellung von Informationen durch staatliche Stellen

- (c) Unterstützung von Ausbildung und Weiterbildung sowie von Forschung und Entwicklung im Nahrungsbereich
- (d) Förderung neuer Technologien zur Lösung der Qualitäts- und Sicherheitsprobleme bei Nahrungsmitteln
- (e) Gewährung gleicher Bedingungen für unterschiedliche Formen des Landbaues (z.B. ökologischer, integrierter oder GVO-Landbau)
- (f) Abstimmung nationaler Regelungen mit EU-einheitlichen Vorgaben zur Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen für das heimische AgriFood-Business.

Die Kernbotschaft einer guten Regierungsarbeit sollte dabei sein, dass Qualitätssicherung vor allem eine unternehmerische Aufgabe ist und der Staat für Mindeststandards der Sicherheit zu sorgen hat, sofern die Märkte versagen.

Das deutsche AgriFoodBusiness hat in vorbildlicher Weise an der Durchsetzung von Nahrungsmittelqualität und –sicherheit mitgearbeitet und selbst im EU-Vergleich überaus ehrgeizige Wünsche von Gesellschaft und Politik zu erfüllen versucht. Dies ist auf verschiedenen Ebenen geschehen, zum einen bei der Vorbereitung des staatlichen Bio-



siegels und zum anderen bei der Etablierung rein privatwirtschaftlicher Prüfsiegel und Systeme für Qualität und Sicherheit (QS-Systeme) und des „Business-to-Business“-Zertifikats EurepGAP in verschiedenen Produktbereichen. Auch die intensiven Vorbereitungen für die seit dem 1. Januar 2005 gültige Lebens- und Futtermittelbasis-Verordnung und die am 1. Januar 2006 in Kraft getretene europäische Futtermittelhygiene-Verordnung einschließlich des HACCP-Konzepts sind hier zu nennen. Unabhängig von solchen Zertifizierungssystemen verfolgen die Unternehmen traditionell auch betriebsindividuelle Qualitätssicherungsstrategien mit großem Erfolg. Man kann sicherlich ohne Übertreibung festhalten, dass Nahrungsmittelqualität und –sicherheit in Deutschland auf hohem Niveau sind.

6 Gesellschaftliche Leistungen des AgriFoodBusiness

Landwirtschaftliche Produktion dient vor allem der Nahrungsmittelerzeugung und der Bereitstellung nachwachsender Rohstoffe für die industrielle und energetische Verwendung.



Diese „Doppelbelastung“ der Landwirtschaft hat die Marktentwicklung im letzten Jahr stark beeinflusst und wird auch in Zukunft an Bedeutung noch zunehmen, wenn man die schnell wachsende Weltbevölkerung, die Endlichkeit fossiler Rohstoffe und die Notwendigkeit CO₂-sparsamer Energiegewinnung in Zeiten des Klimawandels in Rechnung stellt. Unabhängig davon stellt Landnutzung durch Landwirtschaft aber auch einen Eingriff in die Natur dar mit potentiell negativen und positiven externen Effekten, die keiner Bewertung auf Märkten unterliegen, wie das bei Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen der Fall ist. Landwirtschaft ist somit multifunktional und produziert am Markt verwertbare private Güter und gleichzeitig nicht an Märkten gehandelte öffentliche Güter als Koppelprodukte. Für diese können sich in der Regel wegen fehlender Besitzrechte und wegen der Nicht-Ausschließbarkeit der Nutzer und der Nicht-Rivalität im Konsum auch keine Marktpreise bilden. Beispiele für positive externe Effekte der Landbewirtschaftung (public goods) sind die Gewährleistung eines funktionierenden Wasser- und Stoffkreislaufs, das Bereitstellen und die Pflege eines gewünschten Landschaftsbildes bzw. Erholungsraums, der Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und einer standorttypischen Artenvielfalt sowie Hochwasserschutz und die Aufnahme organischer Abfälle. Im weitesten Sinne könnte man auch die wirtschaftliche und soziale Sicherung des ländlichen Raums als öffentliches Koppelprodukt der Landbewirtschaftung betrachten, wenngleich der Nachweis empirisch nicht einfach und erfolgreiche Regionalpolitik auch bei sinkendem Anteil der Landwirtschaft möglich ist. Begründbar ist daher eher der positive Beitrag durch Offenhalten der Landschaft mit den oben genannten Teilkomponenten.

Landbewirtschaftung kann neben diesen positiven Leistungen prinzipiell auch negative externe Effekte verursachen (public bads). Beispiele hierfür sind

stoffliche Belastungen des Grundwassers und der Oberflächengewässer, Wirkstoffrückstände und Schadstoffe in der Nahrungskette, Emissionen klimarelevanter Gase sowie Bodenbelastungen und die Verringerung der Artenvielfalt. Diese treten in der Regel aber nur bei eklatanten Verstößen gegen die gute fachliche Praxis ein, die inzwischen in zahlreichen Verordnungen und Gesetzen präzisiert und verankert worden ist. In vorbildlicher Zusammenarbeit von Gesetzgebung, Landwirtschaft und Industrie sind zahlreiche Innovationen an Produkten und Produktionsprozessen vorgenommen worden, so dass heute von einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft kaum Gefahren für Mensch, Tier, Pflanze und Ökosysteme ausgehen. Gleichwohl wird diesen potentiell negativen externen Effekten nach wie vor größte öffentliche Aufmerksamkeit entgegengebracht und sie nehmen Einfluss auf die aktuelle Politikgestaltung. Befunde an der Nachweisgrenze gelten häufig wider besseres Wissen bereits schon als Belastung bzw. Gefährdung.

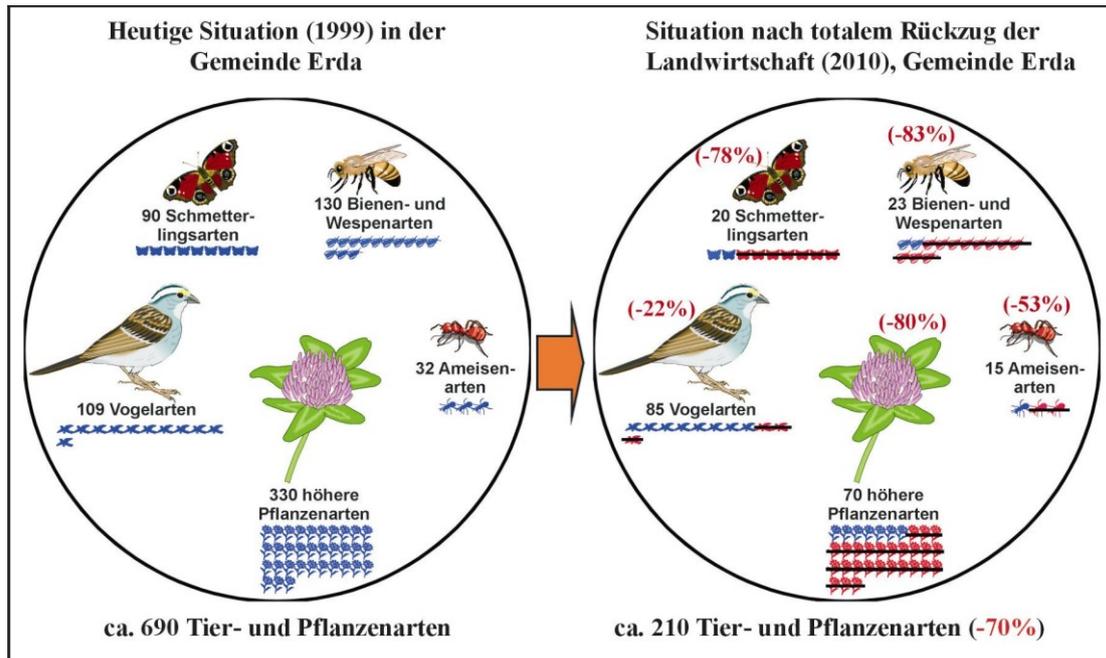
Im Gegensatz zu dieser sensiblen und dauerhaft präsenten Wahrnehmung negativer externer Effekte wird der Wert der von der Landwirtschaft produzierten positiven gesellschaftlichen Leistungen häufig erst dann bewusst, wenn sich Landwirtschaft aus der Region zurückzieht, die Flächen brach fallen und somit die erwähnten Funktionen in ihrer Qualität beeinträchtigt werden. Dann wird deutlich, dass trotz fehlender marktlicher Bewertung die Gesellschaft den Serviceleistungen der Natur sehr wohl eine Wertschätzung entgegenbringt. Mit zunehmendem Umweltbewusstsein und steigendem Einkommen scheint diese Wertschätzung im Zeitablauf sogar noch zugenommen zu haben. Knappheit und Wert der von der Landwirtschaft erbrachten gesellschaftlichen Leistungen werden aber nicht nur nachfrageseitig durch die Präferenzen der Bürger beeinflusst, sondern auch angebotsseitig durch die Art der Landnutzung selbst. Land- und Forstwirtschaft sind mit ca. 80% des Flächenanteils die wichtigsten Landnutzer in Deutschland. Das Land wird aber auch als Siedlungsraum bzw. als Standort für sonstige Wirtschaftszweige genutzt. Nutzungen dieser Art

können in Konflikt geraten mit der landwirtschaftlichen Nutzung und ihrer gesellschaftlichen Koppelproduktion.

In dem Maße, wie gesellschaftlich grundsätzlich erwünschte Serviceleistungen der Natur nun knapp werden, ein Lenkungsmechanismus wie die privaten Gütermärkte jedoch nicht zur Verfügung steht, müssen Überlegungen angestellt werden, wie auf anderem Weg der Preis für Umwelt zu finden ist. Das ist zum einen dringend notwendig, um angebotsseitig entsprechende Signale an private Landnutzer als Hauptanbieter von Landschaftsleistungen zu senden und dort Verhaltensänderungen zu induzieren und zum anderen, um institutionell auch den öffentlichen Entscheidungsträgern beim Abwägen und der Prioritätensetzung zwischen unterschiedlichen Zielen und Umweltmaßnahmen Hilfestellung zu geben. Schließlich kann die Inwertsetzung von Umweltgütern bzw. Landschaftsleistungen verhindern helfen, dass nachfrageseitig Verschwendung und Übernutzung fort dauern. Nur so wird es in Zukunft möglich sein, ein klares und nachvollziehbares Konzept für die nachhaltige Entwicklung einer Region abzuleiten, d.h. die Wirtschaftskraft zu fördern und gleichzeitig die Unterversorgung mit öffentlichen (Umwelt-)Gütern und soziale Defizite zu beheben.

Empirische Untersuchungen im Sonderforschungsbereich 299 der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Landnutzungskonzepte für periphere Regionen) an der Justus-Liebig-Universität Gießen belegen den weitgehend positiven Zusammenhang zwischen einer ordnungsgemäßen Landbewirtschaftung und der Umweltqualität (vgl. Schaubild 13) sowie die Wertschätzung der Bevölkerung für die Aufrechterhaltung einer intakten Umwelt, die sich im Bereich Artenvielfalt auf durchschnittlich 74 € pro Haushalt und Jahr beläuft und im Bereich Trinkwasser auf 82 €.

Schaubild 13: Artenrückgang bei totalem Rückzug der Landwirtschaft im Lahn-Dill-Bergland 1999-2010



Quelle: Wronka, T.C., Ökonomische Umweltbewertung, 2004, S. 114

Für die Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik z.B. in Richtung Vertragsnaturschutz ist das ein wichtiger Hinweis. Pauschale Direktzahlungen an Landwirte werden nämlich bei knappen öffentlichen Kassen politisch immer schwieriger durchzusetzen sein, auch wenn sie von der Produktion entkoppelt sind. Die Gesellschaft wird in Zukunft klar spezifizierte und nachvollziehbare Leistungen von der Landwirtschaft und ihren Partnern verlangen. Dann ist sie offensichtlich auch bereit, ein Entgelt für ökologische oder gesellschaftliche Leistungen zu bezahlen.

7 Bioenergie versus Nahrungsmittel

Trotz eines nach wie vor dominierenden Anteils fossiler Energieträger entwickeln sich die Märkte für Bioenergie weltweit ausgesprochen dynamisch. Seit Anfang der 80er Jahre hat sich die Weltproduktion von Bioethanol verzehnfacht. Bis 2018 wird nochmal eine Verdoppelung gegenüber 2009 erwartet (vgl. European Commission, 2009). Die sehr viel geringere Biodieselproduktion begann erst Anfang der 90er Jahre, hat sich aber in den letzten zehn Jahren

auch schon versiebenfacht und wird schätzungsweise bis 2018 noch um das 1,3-fache ansteigen. Während die Bioethanolproduktion zu fast 70% von Brasilien und den USA dominiert wird, findet die Biodieselproduktion immer noch überwiegend in der EU statt. Der neuerliche Preisanstieg für Erdöl und die instabile politische Lage in vielen Erdölländern haben zudem viele Regierungen veranlasst, über alternative Energiekonzepte nachzudenken und dabei den Anteil erneuerbarer Energien noch weiter auszubauen. So wollte bereits der ehemalige amerikanische Präsident die Abhängigkeit der USA vom Nahost-Öl bis 2025 um 75% verringern und Energie vermehrt aus sauberer Kohle sowie aus nuklearen und erneuerbaren Quellen beziehen. Auch der Europäische Rat und die EU-Kommission haben ehrgeizige Pläne entwickelt, wonach bis 2020 20% des Primärenergieverbrauchs und 10% des Kraftstoffverbrauchs aus erneuerbaren Quellen stammen sollen. Neben diesen EU-Vorgaben sind zahlreiche Förderprogramme auf nationaler Ebene entwickelt bzw. weiterentwickelt worden. Auch für Deutschland sind mit dem Integrierten Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung ehrgeizige Ziele festgelegt worden, die über Beimischungsgebote, Steuererleichterungen, Investitionszuschüsse und höhere Einspeisungsvergütungen realisiert werden sollen. Energie-, umwelt-, agrar- und arbeitsmarktpolitische Gründe werden angeführt, um eine nationale Bioenergie- bzw. Biokraftstoffpolitik zu rechtfertigen, die den Anteil erneuerbarer Energien deutlich anheben soll. Auch für die Bioenergiepolitik sollten jedoch bei aller Euphorie die Maßstäbe der Effizienz, der ordnungspolitischen Kompatibilität und der Subsidiarität angelegt werden. Das heißt im einzelnen:

Die Förderung der Bioenergie muss mit Augenmaß betrieben werden. Eine Überförderung ist sowohl wegen innergemeinschaftlicher und internationaler Wettbewerbsverzerrungen als auch wegen der Diskriminierung anderer Lösungen des Energieproblems nicht zu verantworten. Eine zeitliche Befristung der Förderung wäre zudem empfehlenswert, um die Schaffung eines neuen Dauer-Subventionstatbestands zu verhindern.

In einem gemeinsamen Binnenmarkt sollten einheitliche EU-weite Förderregeln gelten, die Wettbewerbsverzerrungen vermeiden und auf das ordnungspolitisch ausgesprochen bedenkliche Instrument des Beimischungsgebots verzichten sollten. Damit wird die Wahlfreiheit der Bürger in extremer Weise verletzt. Konsum- und Verbrauchlenkung dieser Art sollten in unserem Wirtschaftssystem keinen Platz haben.

Sofern die heimische Kraftstoffproduktion aus Biomasse noch stärker gefördert werden sollte, ist zu bedenken, dass die EU im weltweiten Maßstab kaum wettbewerbsfähig ist. Die Produktionskosten für Bioethanol z.B. liegen hier mit durchschnittlich 55 Eurocent/l weit über den Kosten von Brasilien (Ø 21 Eurocent/l) und von den USA (Ø 33 Eurocent/l). Hohe Dauersubventionen wären notwendig, um diesen Nachteil auszugleichen, selbst wenn man technische Fortschritte unterstellt.

Im übrigen ist kaum vorstellbar, dass Biokraftstoffe bei den Welthandelsgesprächen nicht auch einem Zollabbau unterworfen werden, der den derzeit hohen Außenschutz von knapp 20 Eurocent/l Bioethanol (entspricht einem Zollsatz von 41%) infrage stellen würde. Biokraftstoffimporte werden deshalb für die EU eine wichtige Rolle spielen. Sollte die EU sich gleichwohl abschotten und die erneuerbaren Energien massiv fördern, tritt die Biokraftstoffproduktion in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion. Statt der Biokraftstoffe würden dann vermehrt die Nahrungsmittel importiert. Man tauscht dann lediglich eine Abhängigkeit gegen eine andere. Ökonomisch erscheint das unsinnig zu sein, weil die EU mit Sicherheit komparative Vorteile in der Produktion qualitativ hochwertiger, variantenreicher Nahrungsmittel hat, aber komparative Nachteile bei der Produktion homogener Massenware an Bioenergie.

Darüber hinaus sind die Treibhausgasvermeidungskosten an Standorten außerhalb der EU sehr viel niedriger, so dass die klimapolitischen Ziele effizienter

erreicht werden können, wenn Biokraftstoffe vornehmlich dort produziert werden.

Das alles ist kein Plädoyer gegen die Förderung erneuerbarer Energien bzw. erneuerbarer Kraftstoffe. Die Endlichkeit fossiler Rohstoffe und die hohe Importabhängigkeit der EU bzw. Deutschlands gebieten es, über langfristig tragfähige Konzepte der Energiesicherung auch auf der Basis von Biomasse nachzudenken. Politiker sind gefordert, die richtigen Rahmenbedingungen dafür zu entwickeln und Forscher bzw. Unternehmer, die geeigneten technischen und Vermarktungslösungen zu finden. Wichtig dabei ist allerdings, dass die Förderung

- bislang bestehende Wettbewerbsnachteile der Bioenergie nicht überkompensieren darf;
- nicht andere Lösungen (z.B. saubere Kohle, Atomenergie, Wasserstoffproduktion, Energieeinsparung, effizientere Nutzung etc.) verdrängen darf;
- nicht im nationalen Alleingang betrieben werden sollte, sondern im europäischen, wenn möglich sogar im internationalen Gleichklang;
- mit den ordnungspolitisch richtigen Instrumenten durchgesetzt (z.B. CO₂-Emissionszertifikate) und zeitlich befristet sowie auf Forschung und Entwicklung und allenfalls auf befristete Markteinführung ausgerichtet werden sollte;
- nicht mit der Nahrungsmittel- und Futtermittelproduktion sowie mit der stofflichen Verwertung nachwachsender Rohstoffe in Konflikt geraten sollte, bei der die EU komparative Vorteile hat;
- WTO-konform sein und sich nicht auf einen dauerhaft hohen Zollschatz für Biokraftstoffe verlassen sollte.

Werden diese Aspekte bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen berücksichtigt, wird der Anteil erneuerbarer Energien aus Biomasse bei Einhaltung gesellschaftlicher Zielvorgaben eher über die Marktkräfte gesteuert werden als über bürokratische Detailregelungen. Das dürfte vor allem auch im ureigenen Interesse der Bioenergiebranche selbst liegen, ist doch das Politikrisiko bei steigender Regulierungsdichte unvermeidbar hoch, wie Erfahrungen in anderen Politikbereichen zeigen. Risiken ergeben sich allerdings derzeit noch eher infolge der Finanzkrise, die im folgenden zu diskutieren ist.

8 Das AgriFoodBusiness in der Finanz- und Wirtschaftskrise¹

Die in den USA mit dem Zusammenbruch des Immobilienmarkts begonnene Finanzkrise hat mittlerweile weltweit realwirtschaftliche Effekte nach sich gezogen, die in die schwerste Rezession der Nachkriegszeit geführt haben. Gerade auch die deutsche Wirtschaft ist davon hart getroffen worden. So ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) vom 2. Quartal 2008 bis zum 1. Quartal 2009 deutlich mehr als in den fünf Vorgänger-Rezessionen und zum Teil stärker als in anderen Ländern zurückgegangen und hat sich erst seit dem 2. Quartal 2009 wieder leicht erholt. Gleichwohl lag das BIP 2009 auf Jahresbasis gerechnet um 5% unter dem Vorjahreswert. Somit zeichnet sich die Finanzkrise nicht allein durch ihre globale und synchrone Ausweitung aus, sondern auch durch ihre Durchschlagskraft auf die deutsche Wirtschaft, was bislang nicht in dem Maße der Fall war.

Aus diesem Befund ergeben sich für die nachfolgenden Überlegungen vor allem drei Fragestellungen

- Was sind die Übertragungspfade externer Schocks auf die Realwirtschaft in Deutschland und was bestimmt ihre Wirkungsstärke gemessen an den Effekten auf makroökonomische Variable wie das BIP, die Wechselkurse, die Inflation, die Zinsen und die Arbeitslosigkeit?
- Wie ist hiervon die Agrarbranche im Vergleich zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft betroffen, d.h. welchen Einfluss haben die Makrovariablen ihrerseits auf wichtige Sektor-Indikatoren, wie die Agrarexporte, die Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft sowie die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise pflanzlicher und tierischer Herkunft?
- Welchen Anteil an der Volatilität der Weltagrarmärkte bzw. der Sektor-Variablen hat die Finanz- und Wirtschaftskrise und was ist auf eine eigenständige „Agrarkonjunktur“ zurückzuführen?

¹ Kapitel 8 ist eine gekürzte, aktualisierte und leicht korrigierte Fassung folgender Publikation: Schmitz u.a., 2010

Diesen drei Fragestellungen wird im folgenden nachgegangen. Zunächst erfolgt aber ein Überblick über den Verlauf und die Ausprägung der Finanzkrise.

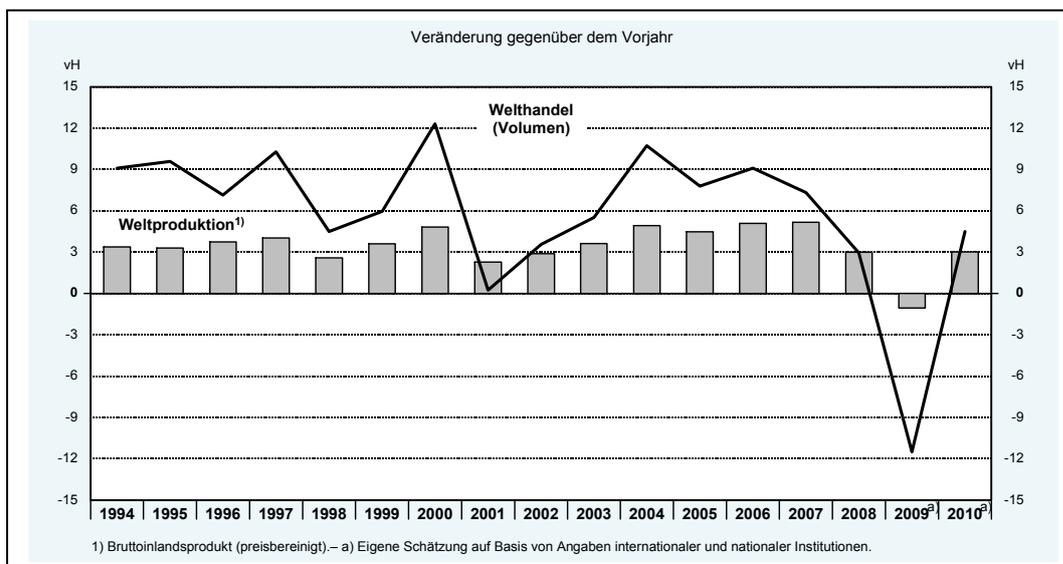
Entstehung, Ausbreitung und Folgen der Finanzkrise

Die Finanzkrise hat ihren Ausgangspunkt in den USA genommen. Die expansive US-Geldpolitik, eine mehr als großzügige Wohnungsbauförderung, ein Versagen von Aufsichtsgremien und Ratingagenturen sowie Fehlanreize durch mangelnde Eigenkapitalvorschriften und beim Abschluss von Kreditgeschäften sind als Hauptursachen für die Entstehung der Finanzkrise in den USA verantwortlich zu machen. Ein Schneeballeffekt für die Weltfinanzen insgesamt hat sich dann vor allem durch die Verbriefung und Weitergabe von subprime Hypothekenkrediten ergeben, bei deren Wertberichtigung infolge des Zusammenbruchs des US-Immobilienmarkts und der sprunghaft ansteigenden Zahlungsrückstände zahlreiche Banken in Turbulenzen gerieten. Besonders dramatisch war dann schließlich im September 2008 die Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers, die in der Bankenwelt einen erheblichen Vertrauensverlust ausgelöst hat. Interbankenkredite wurden weitgehend ausgetrocknet, Liquidität gehortet, Kredite an die Wirtschaft zurückgeführt und die Risikoaufschläge erhöht. Trotz zahlreicher Milliarden schwerer Rettungsmaßnahmen verschiedener Regierungen zur Stabilisierung der Finanzmärkte – was auch weitgehend gelungen ist – konnte jedoch ein Überschwappen auf die Realwirtschaft nicht verhindert werden.

So kam es im Winterhalbjahr 2008/09 zu einem einmalig abrupten und synchronisierten Einbruch der Wirtschaftsaktivität in allen Weltregionen. Die OECD-Produktion beispielsweise ist im 1. Halbjahr 2009 gegenüber dem Vorjahreswert um knapp 5% zurückgegangen und der Welthandel im Jahr 2009 um fast 12% (vgl. Schaubilder 14 und 15). Auffallend ist, dass offensichtlich Länder mit überhitzten Immobilienmärkten (Spanien und Irland), mit hohen Wertschöpfungsanteilen bei Finanzdienstleistungen (Großbritannien) und mit hohen Handelsbilanzüberschüssen (Deutschland und Japan) besonders betrof-

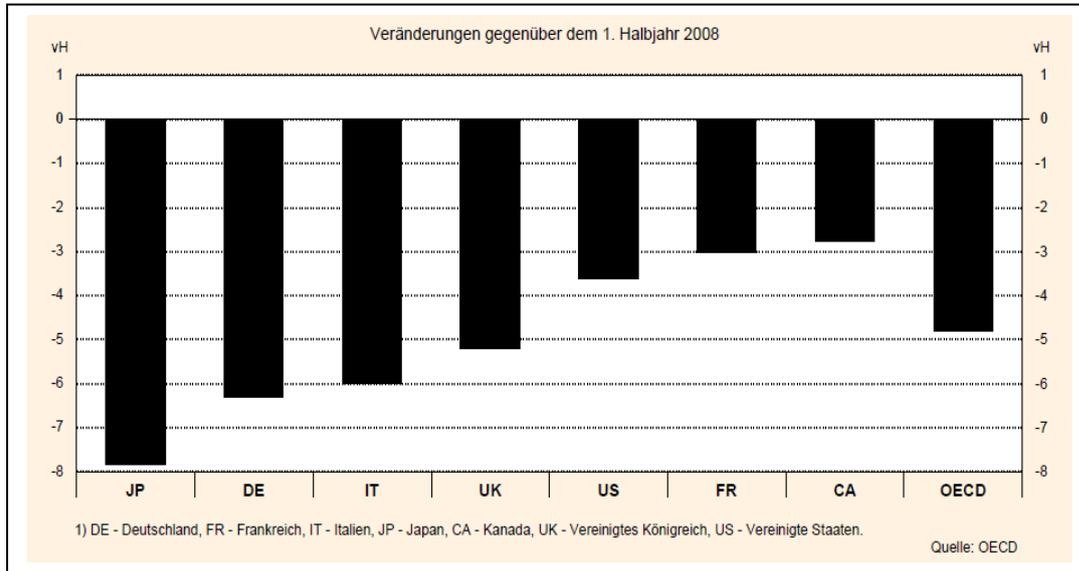
fen sind. Letzteres trifft vor allem auch auf Deutschland zu, das im 1. Halbjahr 2009 einen Rückgang des BIP um über 6% gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen hatte. Dabei haben die im Ländervergleich stabilen und zuletzt sogar ansteigenden Konsumausgaben der privaten Haushalte Schlimmeres verhindert (vgl. Schaubild 16). In Japan, den USA, in Großbritannien und Spanien ist der private Konsum dagegen deutlich eingebrochen. Der Produktionseinbruch Deutschlands, der übrigens stärker ausgefallen ist als bei den beiden Ölkrisen 1974/75 und 1980/82 sowie beim Platzen der IT-Blase, ist demnach vor allem mit dem Rückgang des Exports bei nachlaufendem und viel weniger ausgeprägtem Importrückgang zu erklären. Das Minus bei den Ausfuhren von Maschinen, chemischen Erzeugnissen und Kraftwagen betrug beispielsweise im 1. Quartal 2009 zwischen 20% und 40% (vgl. Schaubild 17). Mit signifikant zunehmender Integration in die internationale Arbeitsteilung (siehe den Offenheitsgrad Deutschlands im Vergleich zu den G7-Ländern seit 1991 in Schaubild 18) ist Deutschland somit viel intensiver als bisher auch Teil eines internationalen Konjunktur- und Wachstumsverbunds geworden.

Schaubild 14: Entwicklung der Weltproduktion und des Welthandels



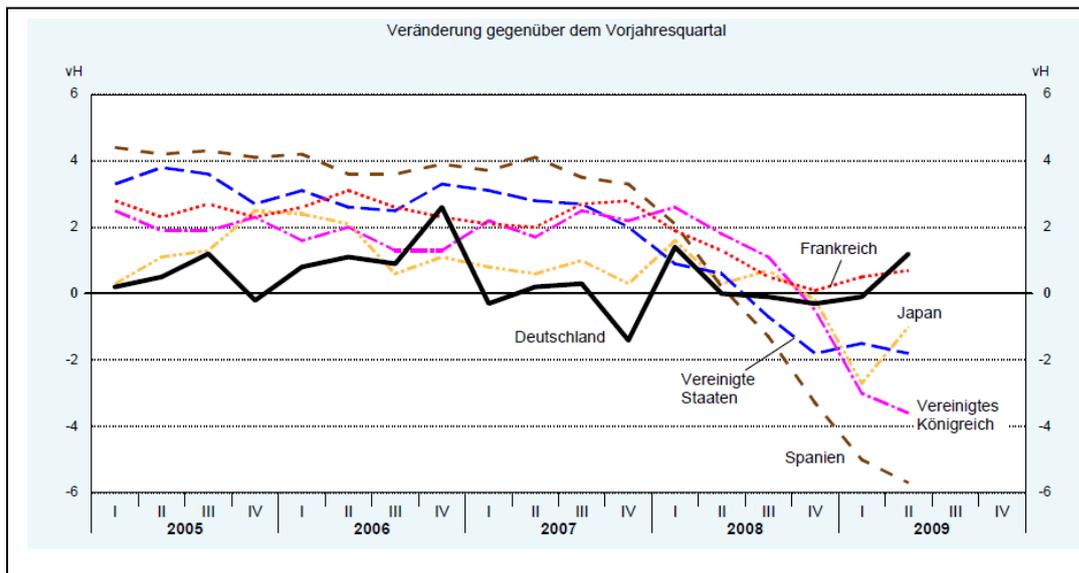
Quelle: Sachverständigenrat (2009b)

Schaubild 15: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den G7-Ländern und der OECD seit Ausbruch der internationalen Wirtschaftskrise im 1. Halbjahr 2009



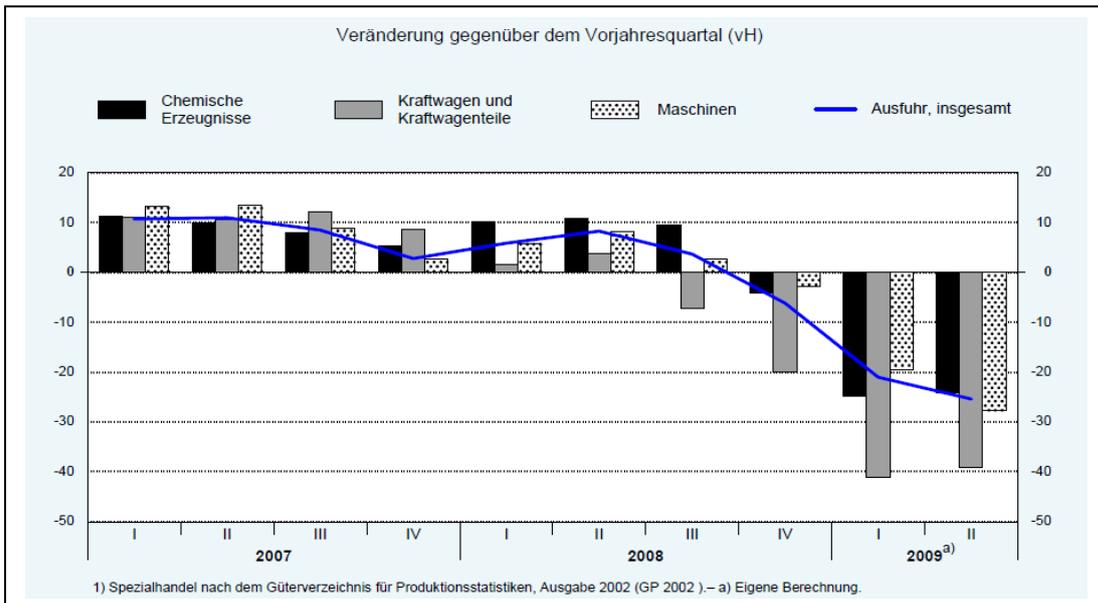
Quelle: Sachverständigenrat (2009b)

Schaubild 16: Entwicklung der privaten Konsumausgaben in ausgewählten Ländern



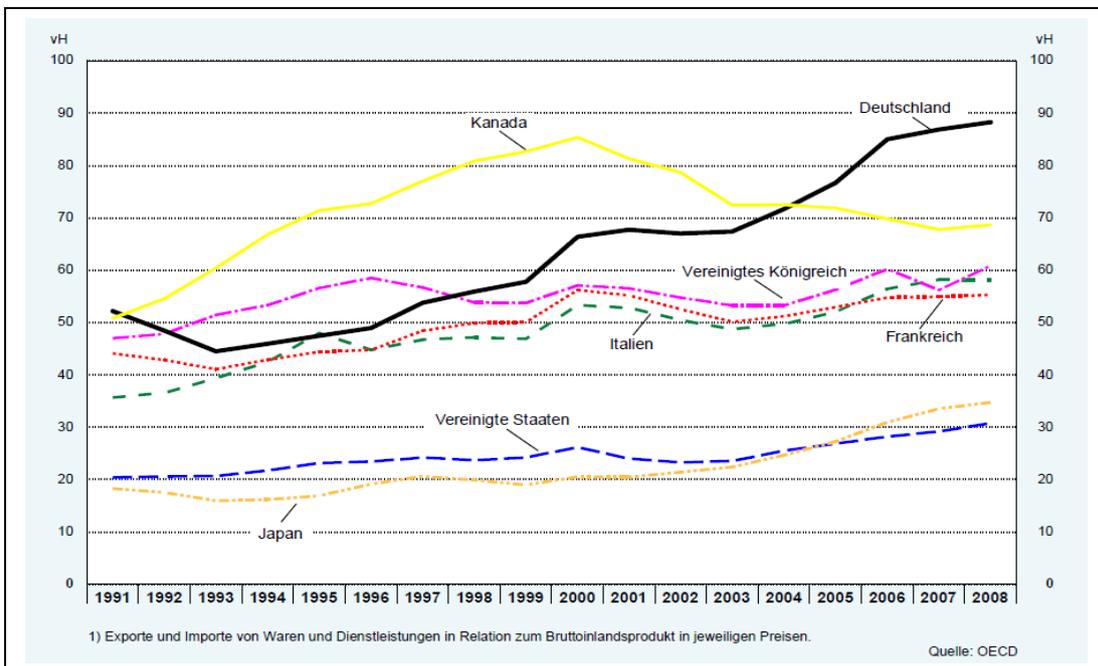
Quelle: Sachverständigenrat (2009b)

Schaubild 17: Deutsche Agrarausfuhr für ausgewählte Gruppen ¹⁾



Quelle: Sachverständigenrat (2009b)

Schaubild 18: Offenheitsgrad ¹⁾ der G7-Länder



Quelle: Sachverständigenrat (2009b)

Bezogen auf den aktuellen Konjunkturunbruch in Deutschland wird geschätzt, dass dieser zu einem Drittel auf das Konto des BIP-Rückgangs sowie des Nachfrageausfalls in den USA geht. Dabei sind nicht nur die direkten Effekte

des Handels zwischen Deutschland und den USA wirksam, sondern es ist fast genauso der deutsche Handel mit Drittländern als indirekter Effekt betroffen. Die amerikanische Konjunktur hat demnach einen maßgeblichen Einfluss auf die Weltkonjunktur und somit vor allem auf die Länder mit hohen Exportanteilen am BIP. Dieser ist in Deutschland von 21% im Jahr 1970 auf 47% im Jahr 2008 angestiegen.

Seit Mitte 2009 hat sich nun die Weltkonjunktur leicht stabilisiert. Auch Deutschland weist seit dem 2. Quartal 2009 mit Unterbrechung zum Jahreswechsel (IV. Quartal 2009 und I. Quartal 2010) wieder ein leichtes BIP-Wachstum auf. Hierzu haben vor allem beigetragen:

- eine expansive Geldpolitik der Notenbanken (Leitzinssenkung der EZB von 4,25% im Oktober 2008 auf 1% aktuell);
- die starke Ausweitung der staatlichen Nachfrage in Form von Konjunkturprogrammen (etwa 84 Mrd. EURO für 2009/10);
- die massive Ausweitung des Kurzarbeitergelds zu Vermeidung von Arbeitslosigkeit;
- die relative ökonomische Robustheit der Schwellenländer mit hohen Währungsreserven;
- ein vergleichsweise niedriger Ölpreis im Durchschnitt des Jahres 2009;
- die sich wieder erholende Risikobereitschaft der Unternehmen und Anleger.

Die aktuelle makroökonomische Situation für Deutschland stellt sich im Moment so dar, dass

- der Euro im Zuge der Griechenland-Krise deutlich an Wert verloren hat, sich aber nach den Hilfszusagen der EU-Länder inzwischen konsolidiert hat;
- sich Inflationsrate und Zinsen auf historischen Tiefständen befinden;
- die Arbeitslosigkeit infolge der Kurzarbeiterregelung nur marginal angestiegen ist;
- die privaten Konsumausgaben von der Krise nur unwesentlich berührt erscheinen;

- die Exporte anziehen und der Geschäftsklimaindex deutlich nach oben zeigt und
- für das Jahr 2010 eine Zuwachsrate des BIP von 1,5% erwartet wird.

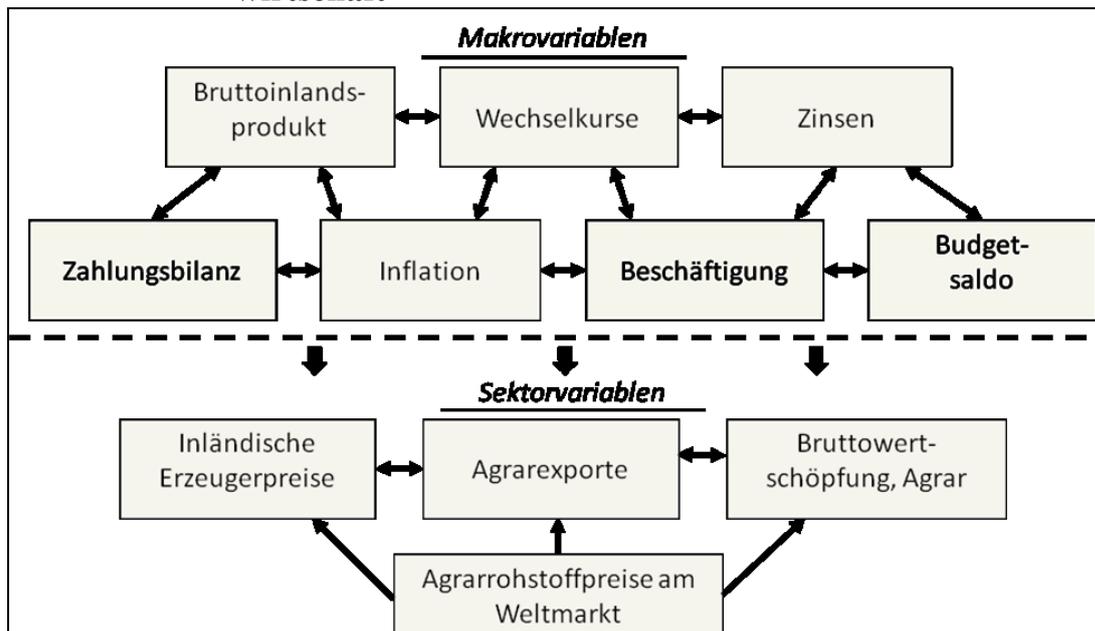
Unsicherheiten gibt es dagegen bezüglich der Arbeitsmarktentwicklung und der Kreditversorgung sowie der überbordenden Staatsverschuldung, die für 2010 mit 86 Mrd. EURO zu Buche schlagen wird. Zusammenfassend kann man festhalten, dass die Anfang 2009 erstellten, überwiegend düsteren Prognosen für die deutsche Wirtschaft so nicht eingetreten sind und die meisten Analysten heute vorsichtig optimistisch in die nähere Zukunft blicken.

Nachdem nun eine hohe Übertragungsintensität von Konjunkturimpulsen in den USA auf die deutsche Wirtschaft festgestellt worden ist, soll jetzt nach der Abhängigkeit der Agrarbranche von der allgemeinen Konjunktur in Deutschland bzw. von den Makrovariablen gefragt werden.

Zum Zusammenhang von Makroökonomie und Agrarwirtschaft

Seit dem Kollaps des Bretton-Woods-Abkommens im Jahre 1973 und der daraus resultierenden Transformation des Dollarwechselkurses vom festen zum gleitenden System haben Agrarökonomien den theoretischen Wirkungszusammenhängen zwischen Makroökonomie und dem Agrarsektor besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die wichtigsten makroökonomischen Schlüsselvariablen, die größtenteils außerhalb der Landwirtschaft determiniert werden und die Wirtschaft als Ganzes betreffen, können wie folgt zusammengefaßt werden: Wechselkurs, Zinssatz, Inflation, reales Einkommensniveau. Im erweiterten Sinne können auch Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite sowie der Beschäftigtenstand entscheidenden Einfluss auf den Agrarsektor als Subsektor ausüben (vgl. Schaubild 19).

Schaubild 19: Zum Zusammenhang von Makroökonomie und Agrarwirtschaft



Quelle: Eigene Darstellung, 2010

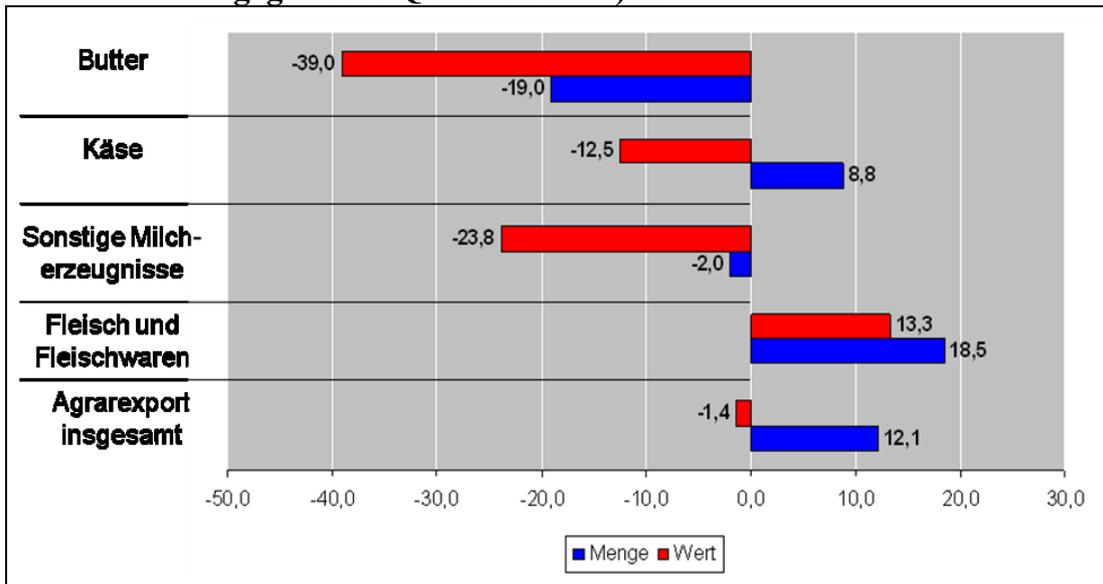
Lässt man die einschlägige Literatur Revue passieren, ergibt sich allerdings ein sehr diffuses Bild zu den Auswirkungen von Makrovariablen auf die Agrarbranche. Fest scheint nur zu stehen, dass es zwar Effekte und einen Zusammenhang gibt, dieser aber theoretisch nicht eindeutig ist und nur empirisch in Abhängigkeit von der betrachteten Zeitperiode, der bestimmten Ländersituation und der jeweiligen Konstellation der Makrovariablen untereinander eindeutig bestimmt werden kann. Ohne der empirischen Frage hier aber vorgreifen zu wollen, auf welche Makrovariablen die deutsche Agrarwirtschaft wohl besonders sensibel reagiert, kann aber doch schon festgehalten werden, dass die Übertragungsintensität makroökonomischer Schocks auf den Sektor Land- und Ernährungswirtschaft im Vergleich zu anderen Sektoren der Volkswirtschaft vermutlich relativ gering ausfällt. Dafür sprechen folgende Gründe:

- Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen ist bis auf Ausnahmen in Hochpreissegmenten relativ einkommensunelastisch, d.h. Einkommensschwankungen schlagen sich kaum in Verbrauchsanpassungen nieder.

- Deutsche Agrarexporte gehen zu 80% in stabile Absatzmärkte der EU, z.B. vor allem nach Frankreich und in die Niederlande, wo die Konjunkturerbrüche moderater ausgefallen sind als in Deutschland bzw. wo der private Konsum wie in Frankreich sogar zugenommen hat.
- Die landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe weisen im Durchschnitt eine Eigenkapitalquote von 74% auf, während diese im gewerblichen Mittelstand lediglich 15% bis 20% beträgt. Darüber hinaus profitiert die Landwirtschaft als einer der kapitalintensivsten Sektoren von den Niedrigzinsen in besonderem Maße.
- Das Kreditausfallrisiko ist gering und Volksbanken und Sparkassen im ländlichen Raum stellen eine solide Kreditversorgung sicher, weil sie nicht oder nur marginal in den Handel mit toxischen Papieren eingestiegen sind. Eine Kreditklemme wird es deshalb in diesem Bereich nicht geben.

Diese vier Argumente gelten vor allem für die Landwirtschaft selbst, zum Teil aber auch für die Ernährungswirtschaft, was die niedrige Einkommenselastizität der Nachfrage nach Nahrungsmitteln und die stabilen Exportmärkte betrifft. Nur im Milchproduktebereich sind auch die deutschen Exportmärkte im 1. Quartal 2009 gegenüber dem Vorjahr drastisch eingebrochen, was sicherlich mit den extrem niedrigen Preisen für Butter, Milchpulver und Käse an den internationalen Märkten zusammenhing. Ansonsten hat der Agrarexport Anfang 2009 insgesamt sogar mengenmäßig um über 12% zugenommen und nur 1,4% an Wert verloren. Insbesondere die Fleischwirtschaft war trotz der Krise auf den Auslandsmärkten erfolgreich (vgl. Schaubild 20). Auch auf das Jahr 2009 insgesamt bezogen verzeichnet der Agrarexport mit -4,8% deutlich weniger Einbußen als der Gesamtexport mit -18%.

Schaubild 20: Entwicklung der deutschen Agrarexporte (Quartal I/2009 gegenüber Quartal I/2008) in %



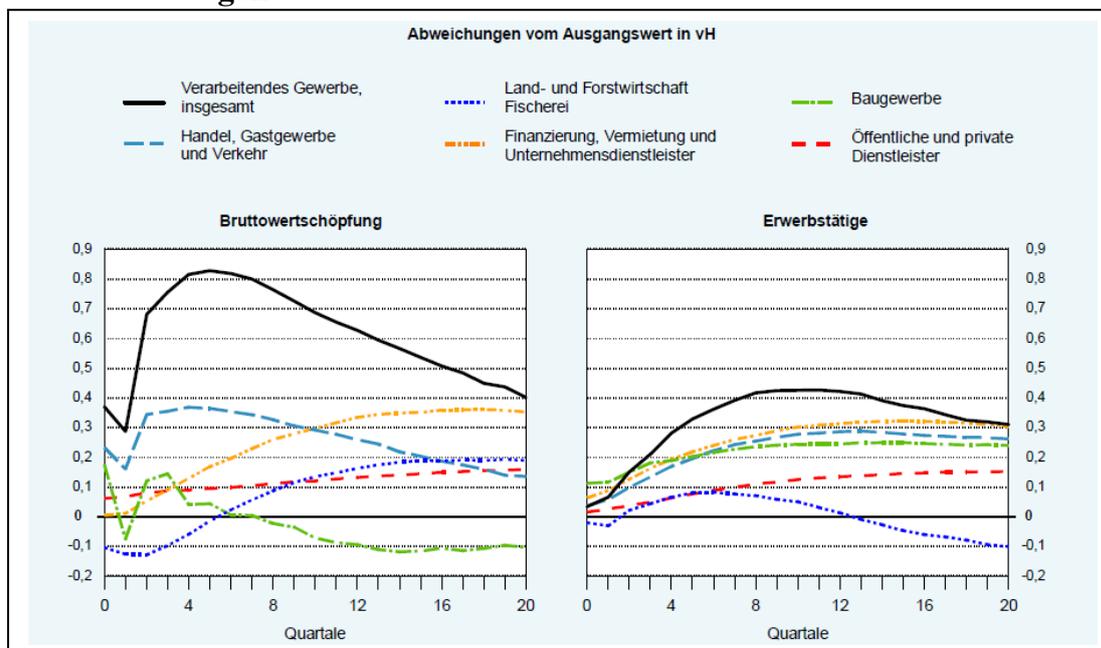
Quelle: Statistisches Bundesamt (2009)

Im Vorleistungsbereich der Landwirtschaft ist das Bild etwas differenzierter zu betrachten. Der Einsatz typischer landwirtschaftlicher Betriebsmittel, wie Futtermittel, Düngemittel, Pflanzenschutzmittel und Saatgut, musste nur unwesentliche Einschränkungen hinnehmen. Etwas schwieriger ist die Situation schon im Warenhandel ausgefallen, wo aufgrund sinkender Erzeuger- und Betriebsmittelpreise sowie infolge verstärkter Abschreibungen der hohen Lagerbestände Umsätze und Ergebnisse deutlich nachgegeben haben. Extreme Einbrüche beim Absatz und Gewinneinbußen verzeichnet schließlich die landwirtschaftliche Investitionsgüterindustrie, vor allem die Landmaschinenindustrie. Je nach Sparte sind im Jahr 2009 Umsatzverluste zwischen 20% und 40% entstanden. Insbesondere die Märkte in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion sind infolge der Wirtschaftskrise mit starken Einkommenseinbußen bei gleichzeitiger Abwertung der Währungen eingebrochen. Allerdings hat die deutsche Landmaschinenindustrie im Boom-Jahr 2008 ihre Umsätze auch um 25% steigern können und liegt 2009 somit etwa wieder auf dem Niveau von 2007.

Mit wenigen Ausnahmen scheint somit die Agrarbranche als Ganzes von der Finanz- und Wirtschaftskrise weniger betroffen zu sein als andere Sektoren der

Volkswirtschaft. Das wird auch durch die ökonometrischen Schätzungen des Sachverständigenrats (SVR) bestätigt.

Schaubild 21: Impulsantwortfolgen für die Übertragung eines US-amerikanischen Nachfrageschocks nach Wirtschaftszweigen



Quelle: Sachverständigenrat (2009 a)

Dazu wurden Quartalsdaten von wichtigen Makrogrößen und Sektorvariablen im Zeitraum 1976 bis 2008 untersucht. Leider konnte das Krisenjahr 2009 noch nicht einbezogen werden. Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass der Sektor Land- und Forstwirtschaft einschließlich Fischerei sowohl bezogen auf die Bruttowertschöpfung als auch auf die Erwerbstätigenzahl vergleichsweise wenig betroffen ist (vgl. Schaubild 21 am Beispiel eines US-Nachfrageschocks). Vergleichsweise starke Ausschläge ergeben sich dagegen für das verarbeitende Gewerbe. Mit diesen Ergebnissen des SVR finden die oben angestellten Plausibilitätsüberlegungen zur geringeren Konjunkturabhängigkeit der Agrarbranche ihre Bestätigung. Trotz der relativ geringeren Konjunkturabhängigkeit hinterlässt die Finanz- und Wirtschaftskrise natürlich auch ihre Spuren in der Land- und Ernährungswirtschaft. Vor diesem Hintergrund und auch mit Blick auf die potenziellen flankierenden Politikhilfen zur

Überwindung der Krisenfolgen erscheint es interessant zu wissen, welche Übertragungspfade von der Makro- auf die Sektorebene speziell in Deutschland und unter Berücksichtigung des Krisenjahres 2009 von Bedeutung sind.

Eigene empirische Schätzung und agrarpolitische Implikationen

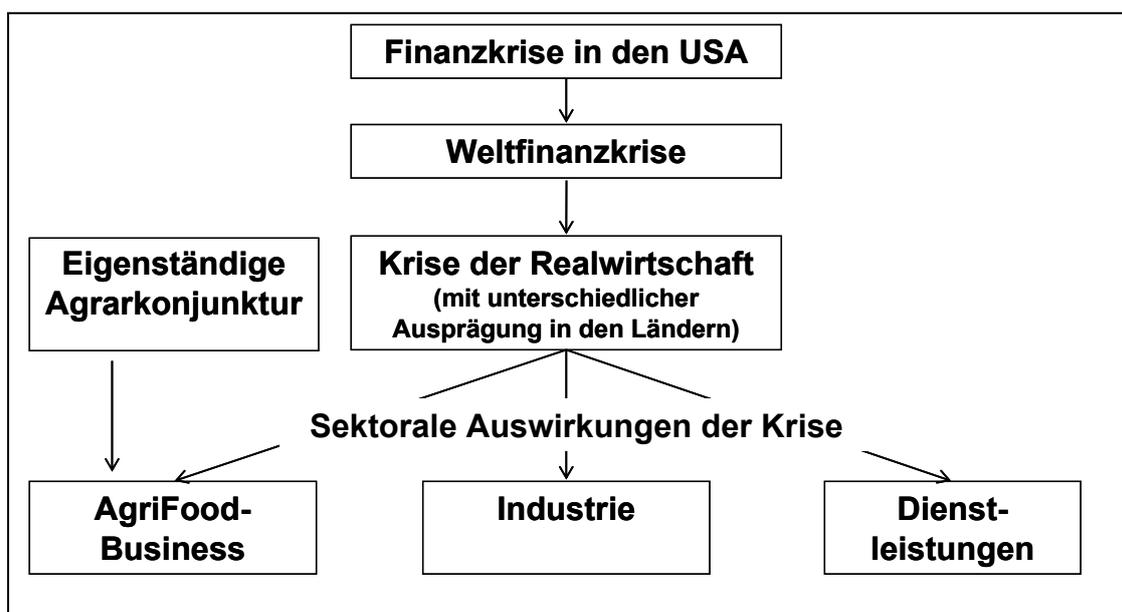
Als Ergebnis eigener makroökonomischer Schätzungen (vgl. SCHMITZ u.a., 2010) kann man festhalten,

- dass vor allem die BIP- und somit Einkommensveränderungen in anderen Ländern auf die deutschen Agrarexporte und Agrareinkommen Einfluss nehmen. Die seit Mitte des Jahres 2009 zu beobachtende allmähliche Erholung der Weltwirtschaft und die nach wie vor kaufkräftige und wieder steigende Nachfrage aus der Golfregion und Asien werden deshalb nachhaltig positiv auf die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft wirken.
- dass an zweiter Stelle die Währungsverschiebungen eine Rolle spielen. So hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber seinen Haupt-Handelspartnern seit 2000 durch eine reale Abwertung des Euro deutlich verbessert und die Exporte beflügelt. Nur in Relation zu den Währungen in Osteuropa und der früheren Sowjetunion hat der Euro real aufgewertet und die deutschen Exporte erheblich erschwert, wie die Agrar- und Landmaschinenexporte in diese Regionen zeigen. Zugleich reagieren Länder mit schwachen Währungen und hohen BIP-Verlusten häufig mit verschärften Importrestriktionen, so dass unsere Exporte in solche Länder doppelt belastet werden. Das trifft zum Beispiel besonders für die Fleisch- und Landmaschinenexporte nach Russland und in die Ukraine zu.
- dass die Entwicklung der Agrarrohstoffpreise am Weltmarkt einen signifikanten Einfluss auf die heimischen Erzeugerpreise und damit die Agrareinkommen ausübt. Infolge zahlreicher Reformschritte in der Agrarpolitik ist somit der Preiszusammenhang von Weltmarkt und deutschem Markt offensichtlich viel enger geworden und dies wird zukünftig noch intensiver der Fall sein.

- dass sich die allgemeine Inflationsrate auch in den Erzeugerpreisen landwirtschaftlicher Produkte niederschlägt, vor allem in den Preisen tierischer Produkte.
- dass das Zinsniveau in allen Simulationsläufen eher einen unbedeutenden Einfluss hat.

Die Teilsegmente des AgriFoodBusiness sind demnach unterschiedlich betroffen, je nachdem in welches Land und in welches Währungsgebiet ihre Exporte gehen und von welchem internationalen Agrarrohstoffpreis sie abhängen. Wichtig ist dabei festzuhalten, dass die Weltagrarpreise natürlich nicht nur von der Finanzkrise beeinflusst werden, sondern in erheblichem Umfang auch einer eigenständigen Agrarkonjunktur folgen (vgl. Schaubild 22). So war die Agrarpriexplosion 2007/08 auch die Folge extremer Witterungsbedingungen in wichtigen Erzeugerländern (z.B. Trockenheit in Australien). Und zwei nachfolgende Jahrhunderternten in Verbindung mit Anpassungsreaktionen auf das vorherige Preishoch sind sicherlich ein Haupterklärungsgrund für den drastischen Preiseinbruch in 2009. Somit kann man davon ausgehen, dass neben langfristig wirksamen Fundamentalfaktoren, wie Bevölkerungswachstum,

Schaubild 22: Übertragungspfade der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise



Quelle: Eigene Darstellung, 2010

Einkommenswachstum und Produktivitäts-fortschritten, vor allem kurzfristige Ertragsschwankungen die Welt-Agrarkonjunktur prägen. Wenn dann Finanzkrise und Agrarkonjunktural gemeinsam auftreten, wie das offensichtlich am Milchmarkt der Fall ist, sind die Verwerfungen besonders groß.

Was sind nun die Politikimplikationen aus diesen empirischen Befunden. Der SVR schlägt in diesem Zusammenhang vor, zwei Politikebenen zu unterscheiden (SVR, 2009 b, S. 175).

- (1) Maßnahmen der Stabilisierungspolitik, die die Strukturen unangetastet lassen, aber die negativen Folgen der Konjunkturschwankungen abfedern.
- (2) Strukturpolitische Eingriffe, die die Fähigkeit der Märkte und Akteure zur Anpassung an Schocks verbessern.

Übertragen auf die Agrarbranche wären deshalb zur Stabilisierungspolitik alle staatlichen Liquiditätshilfen zu zählen, wie sie derzeit von europäischer und deutscher Seite zur Überbrückung von Engpässen gewährt werden. Diese sind richtig und wichtig in der derzeitigen Situation. Streiten kann man sich allerdings über die Verteilung der Mittel auf die Produktionsrichtungen und den Zeitpunkt der Auszahlung. Zur Stabilisierungspolitik gehören zweifellos auch die vorübergehend aktivierten Maßnahmen der Intervention und der Exporterstattung im Milchbereich sowie die Absatz fördernden Maßnahmen im Binnenmarkt.

Strukturell betrachtet geht es in der Agrarbranche Deutschlands vor allem um die Beseitigung von Größendefiziten in der Landwirtschaft selbst und in einigen nachgelagerten Verarbeitungsbereichen, z.B. der Molkerei-, der Mühlen- und der Brauereiwirtschaft. In der deutschen Fleischwirtschaft sind diese Defizite bereits weitgehend beseitigt worden, was zum Teil ihren Exporterfolg erklärt. Essentiell wird auch der weitere Abbau der klassischen Marktordnungsinstrumente und die stärkere Marktorientierung der Agrarpolitik sein. Vor allem die Abschaffung der Produktionsquotenregelung für Milch wird eine ent-

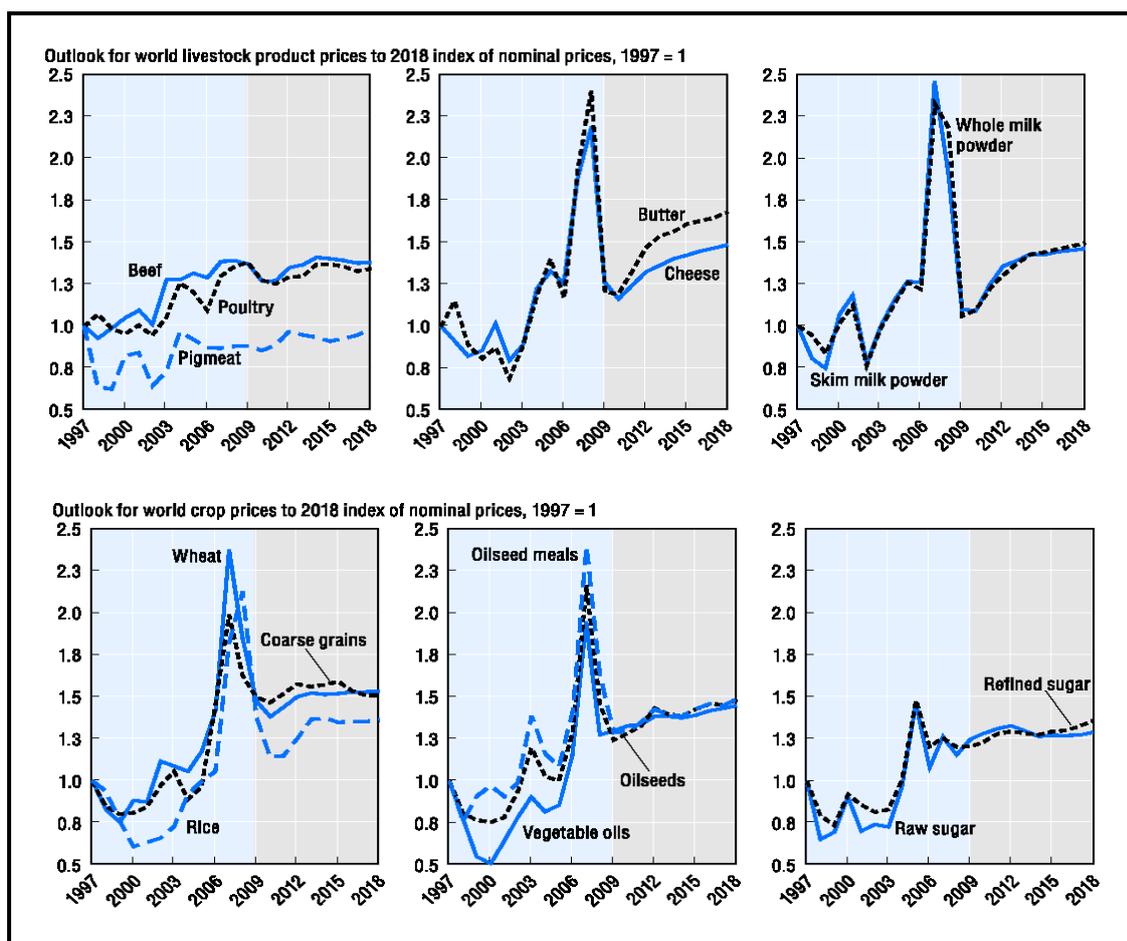
sprechende Flexibilität für Anpassungen an Schocks bringen. Schließlich sind marktnahe Instrumente der Exportförderung und des Risikomanagements zu entwickeln, gegebenenfalls mit staatlicher Hilfestellung. Auch Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie in das Humankapital des Sektors lassen eine hohe gesellschaftliche Rendite erwarten. Nicht zuletzt ist auch die Arbeitsmarktpolitik zu reformieren, um den hohen Sockel der Arbeitslosigkeit abzubauen. Das wäre gerade für die Landwirtschaft wichtig, weil der dauerhaft Arbeitskräfte freisetzende Sektor Landwirtschaft in Form des Ausstiegs oder des Nebenerwerbs auf eine stabile Beschäftigungssituation im ländlichen Raum angewiesen ist. Ein Abwanderungsrückstau würde dagegen das Pro-Kopf-Einkommen in der Landwirtschaft deutlich absenken.

Mit dieser Politikbegleitung können die aktuellen Krisenfolgen abgemildert und die Anpassungskräfte zur Überwindung der Rezession in der Agrarbranche eindeutig gestärkt werden. Zugleich scheint sich die Agrarkonjunktur selbst als separates Phänomen zu erholen. Die Weltagrarpreise zeigen aufwärts, so dass die Branche auch von daher positiv in die Zukunft schauen kann.

9 Volatile Weltagrarmärkte und EU-Agrarpolitik nach 2013

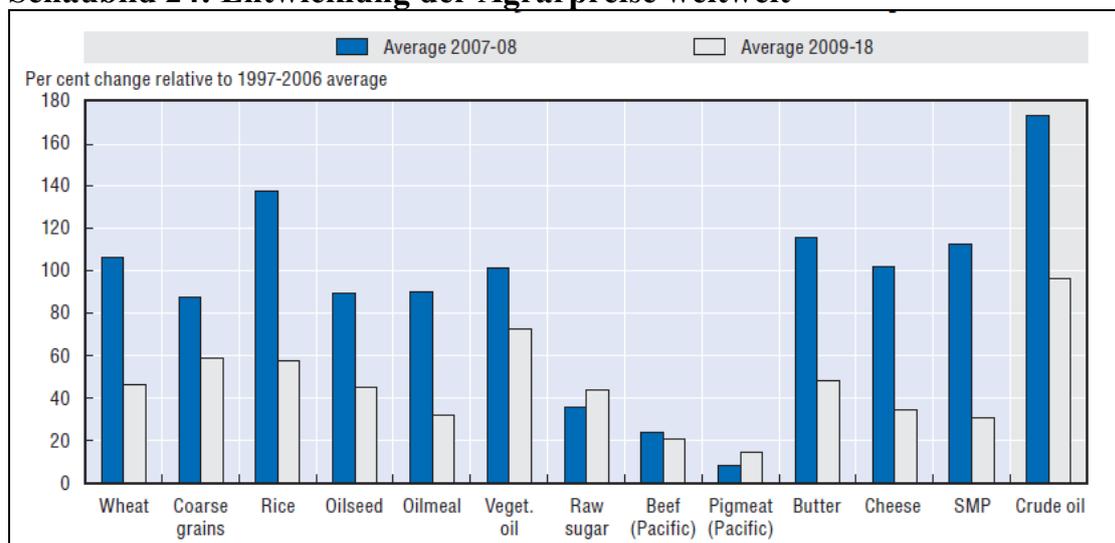
Die Weltagrarmärkte sind in Bewegung geraten. Die Preise wichtiger Agrarrohstoffe sind in den Jahren 2007/2008 explodiert und auf historisch höchste Niveaus angestiegen (vgl. Schaubild 23). Ab Mitte 2008 und im Jahr 2009 kam es dagegen zu einem dramatischen Einbruch, von dem sich die Märkte nur langsam erholen. Für 2010 wird ein erneuter Anstieg vorausgesagt. Experten gehen davon aus, dass dies auch längerfristig bis zum Jahr 2018 so bleiben wird (vgl. Schaubild 24).

Schaubild 23: Bisherige Entwicklung und Prognose der Weltagrarpreise



Quelle: OECD Outlook 2009-2018

Schaubild 24: Entwicklung der Agrarpreise weltweit

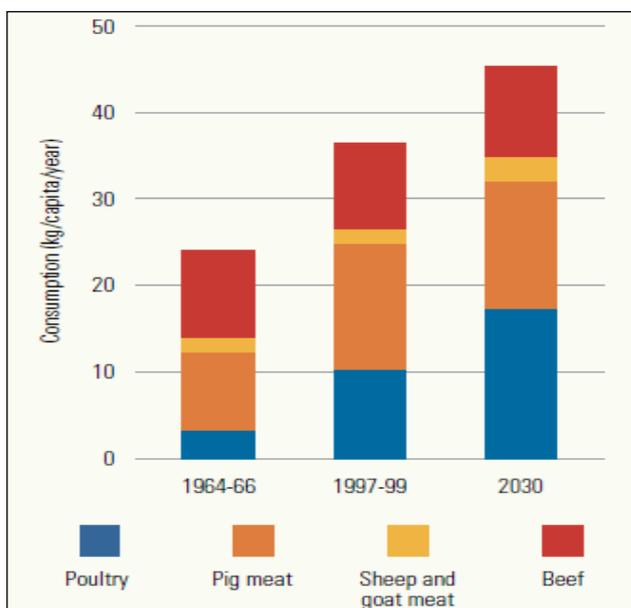


Quelle: OECD und FAO, 2009

Zwar wird zukünftig mit einer größeren Volatilität der Märkte für die meisten Rohstoffe gerechnet, doch insgesamt sieht man die Agrarpreise im Aufwärtstrend. Als Gründe hierfür werden genannt:

- Die steigende Nachfrage nach höherwertigen Nahrungsmitteln (insbesondere Fleisch- und Milchprodukte, vgl. Schaubild 25) am Weltmarkt infolge von Bevölkerungs- und Einkommenswachstum sowie von Urbanisierung in Schwellen-, Erdölexport- und Transformationsländern.
- Eine weltweit zunehmende, massiv staatlich geförderte und durch hohe Energiepreise getriebene Umwidmung von Agrarflächen zur Produktion von Bioenergie anstelle von Nahrungsrohstoffen und Futtermitteln.
- Der bereits erfolgte und noch zu erwartende schrittweise Abbau der Handelsschranken im Rahmen der Welthandelsgespräche, vor allem die Senkung von Protektion und Agrarüberschüssen in Hochpreisländern.
- Das seit vielen Jahren zu beobachtende Absinken der Lagerbestände wichtiger Agrarrohstoffe, die vorübergehend auf einem historischen Tiefstand angekommen waren.

Schaubild 25: Entwicklung des weltweiten Fleischkonsums pro Kopf



Neben diesen eher mittel- bis langfristig wirksamen Fundamentalfaktoren waren in jüngster Zeit aber auch noch weitere Treiber für die extreme Preisentwicklung nach oben und unten verantwortlich. Ausgeprägte Dürreperioden in Australien und Produktionsrückgänge in wichtigen Agrar-

Quelle: FAO

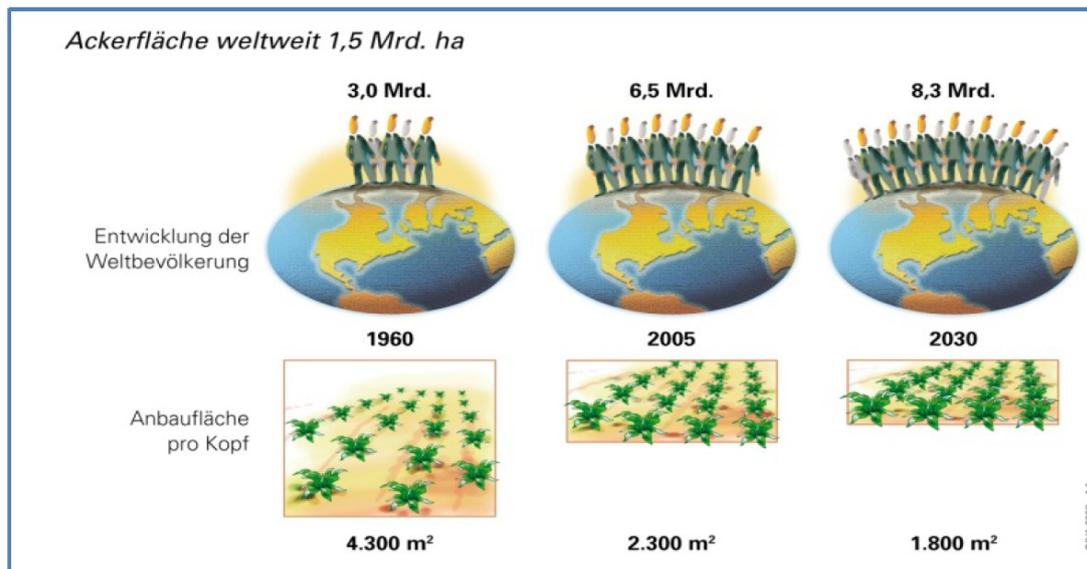
exportländern 2006 und 2007 sowie die zwei Jahrhunderternten in 2008 und 2009 haben zweifellos ihren Beitrag ebenso geleistet wie das neuerwachte Interesse der Kapitalanleger und Spekulanten an Agrarrohstoffen. Mehr als bisher scheinen somit die Agrarmärkte mit den internationalen Energie- und Kapitalmärkten verknüpft zu sein und deren Gesetzmäßigkeiten bzw. Dynamiken zu unterliegen. Dabei ist die Dynamik nicht allein auf die vier neuen großen Spieler am Weltmarkt (BRICs ≡ Brasilien, Russland, Indien und China) beschränkt. Aufsteigende Märkte gibt es auch in Südosteuropa, im mittleren und nahen Osten, im nördlichen Afrika sowie im gesamten Territorium der ehemaligen Sowjetunion, alles Regionen vor unserer Haustür.

Schaubild 26: Wasservorräte werden knapp



Quelle: WHO, DBV Situationsbericht 2010

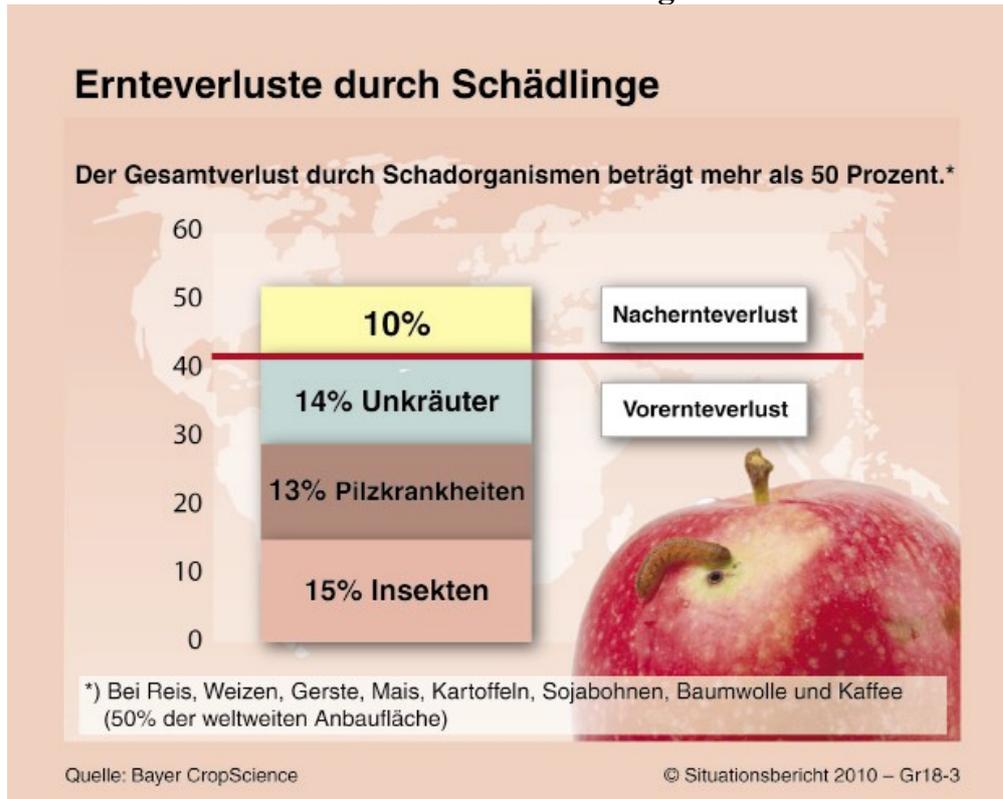
Schaubild 27: Entwicklung der Weltackerfläche pro Kopf



Quelle: Industrieverband Agrar, 2009

Landwirte und ihre Marktpartner müssen sich darauf einstellen. Volatilere Märkte erfordern ein professionelles Risikomanagement und ein sorgfältiges Monitoring. Bei weltweit knapper werdenden Flächen und Wasservorräten muss zudem an zahlreichen Standorten intensiver produziert werden (vgl. Schaubilder 26 und 27). Dass dies nachhaltig geschehen sollte, ist eine Selbstverständlichkeit und kann nur mit modernen Betriebsmitteln und innovativer Technik geleistet werden. Hier sind vor allem die Hersteller von Pflanzenschutz- und Düngemitteln, von Landtechnik und Saatgut sowie von Futtermitteln gefordert. Beispielsweise gehen immer noch über 40% der weltweiten Ernten durch Unkräuter, Pilzkrankheiten und Insektenbefall verloren (vgl. Schaubild 28). Auch Handel und Logistik werden bei offeneren Grenzen eine zunehmende Bedeutung erfahren und neue Konzepte entwickeln. An unternehmerischem Geschick und Gespür mangelt es dabei in der Nahrungskette Europas und Deutschlands nicht. Der Engpassfaktor zur Ausschöpfung der vollen Potenziale liegt vielmehr in der Wirtschafts- und Agrarpolitik. Wirtschaftspolitisch sind es vor allem die vergleichsweise hohen Arbeits- und Energiekosten, sowie Steuern und Abgaben, die die Wettbewerbsfähigkeit der Sektoren beschränken.

Schaubild 28: Ernteverluste durch Schädlinge



Quelle: Situationsbericht 2010

Agrarpolitisch ist zu kritisieren, dass

erstens die Ausdehnung der Produktion bei Milch, Zucker und anderen Teilbereichen durch strikte Quotensysteme nach wie vor begrenzt ist;

zweitens infolge der inzwischen abgeschafften obligatorischen Flächenstilllegung, umfangreicher Extensivierungsprogramme und der den Landwirten abverlangten Bereitstellung von Ausgleichsflächen für den Naturschutz das volle Potenzial der Ackerproduktion nicht genutzt wird;

drittens die Bioenergie EU-weit zu Lasten der Nahrungs- und Futtermittelproduktion und im Übrigen auch der stofflichen Verwertung nachwachsender Rohstoffe massiv gefördert wird;

viertens das für offene Märkte notwendige Instrumentarium zur marktnahen Exportförderung und Risikoabsicherung in der EU noch unterentwickelt ist und

fünftens die Entwicklung bzw. der Einsatz neuer Technologien und moderner Betriebsmittel massiv behindert wird, wie die Beschränkungen bei den Sojaimporten mit drohender Eiweißlücke und bei den Pflanzenschutzmitteln mit drohender Wirkstofflücke zeigen.

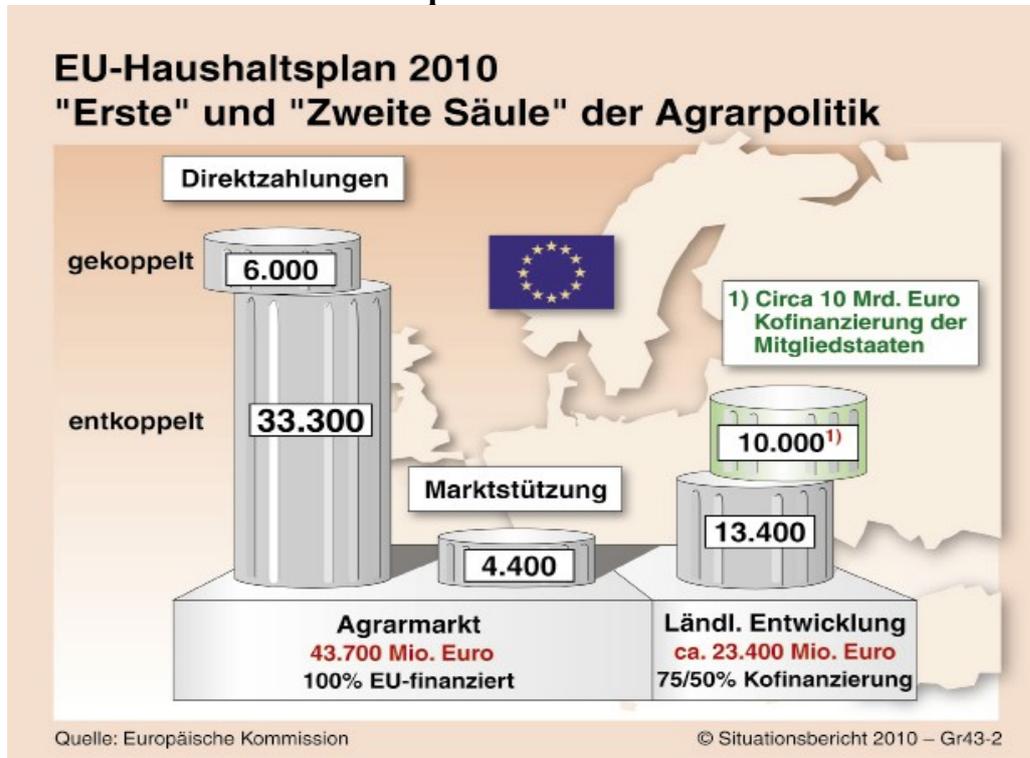
Die Zeit ist also reif und günstig, über einen grundlegenden Wandel der EU-Agrarpolitik nachzudenken, weg von Konservierung und übertriebener staatlicher Alimentierung hin zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation und einer Stärkung der Marktkräfte bei offenen Grenzen. Hierzu gehören vor allem die Aufhebung aller Beschränkungen für die Produkt- und Technologieentwicklungen, ein Abbau der Bürokratie und eine Bioenergiepolitik mit Augenmaß, die auf Konsum- und Investitionslenkung verzichtet und die die Konkurrenzfähigkeit anderer Standorte sowie alternativer Energielinien im Auge behält. Schließlich ist die EU vor allem ein geeigneter Standort für die Produktion hochwertiger variantenreicher Agrarprodukte und Nahrungsmittel. Dort hat sie ihre komparativen Vorteile und auch Exportchancen und nicht in der Produktion homogener Massenware der Bioenergie.

Beim Umbau der Agrarpolitik ist dabei Eile geboten, weil ansonsten andere Spieler die internationalen Märkte besetzen und ausbauen. Einmal verlorene Märkte sind nur schwer wieder zurückzugewinnen.

Mit den Luxemburger Beschlüssen und den nachfolgenden Reformen zum Teilabbau der Marktstützung und zur Entkopplung der Direktzahlungen sind vor diesem Hintergrund zumindest im Hinblick auf die WTO-Konformität die Weichen richtig gestellt worden. Allerdings existieren nach wie vor Reste gekoppelter Prämien (vgl. Schaubild 29) und planwirtschaftlicher Elemente, und bei der Diskussion zur Weiterentwicklung der Direktzahlungen vermisst man klare Zielvorgaben. Sofern man sie lediglich im Sinne des Vertrauensschutzes als Kompensationsmaßnahmen für die verschiedenen reformbedingten Preisbrüche versteht, dann sollten sie für alle betroffenen Betriebe unabhängig von ihrer Größe und Rechtsform gelten und mit einem angemessenen Zeitabstand

zum letzten Preisbruch zeitlich degressiv gestaffelt werden und schließlich auslaufen oder auf einen Grundsockel abgebaut werden.

Schaubild 29: EU-Haushaltsplan 2010



Quelle: DBV Situationsbericht 2010

Will man dauerhaft Einkommenspolitik damit betreiben, ist die Empfehlung zu einheitlicheren Sätzen innerhalb der Regionen aus Sicht der einfacheren Administration zwar verständlich, aber nicht zielführend, weil kollektive Transfers den unterschiedlichen Einkommensverhältnissen weder zwischen noch innerhalb der Regionen gerecht werden. Das gleiche gilt im übrigen auch für die umweltpolitische Begründung von Direktzahlungen. Da die Knappheit von Umweltgütern von Standort zu Standort selbst kleinräumig unterschiedlich ist und an manchen Standorten gar keine Umweltknappheit vorliegt, ergeben einheitliche Prämien selbst innerhalb von Regionen keinen Sinn.

Geht es schließlich um bloße Umverteilung von oben nach unten, dann sind die Direktzahlungen hierfür völlig ungeeignet. Die progressive Modulation ab einer bestimmten Obergrenze an Zahlungen und die Festlegung der Untergrenzen in Hektar als Fördervoraussetzung sind willkürlich und stellen eine völlig

verzerrte, steuertechnisch nicht begründbare Umverteilung dar. Die nationale Einkommensteuerpolitik mit ihrer Progressionskomponente sowie die Sozialpolitik wären die dafür geeigneteren Instrumente der Umverteilung und nicht mit Blick auf die öffentliche Meinung manipulierte Direktzahlungen. Direktzahlungen in der jetzigen Form sind auch deshalb ein wenig geeignetes Instrument der Einkommenspolitik, weil ein überwiegender Teil der Transfers über höhere Pacht- und Bodenpreise an die Grundeigentümer weitergereicht wird. Der Pachtflächenanteil in Deutschland beträgt etwa 70% mit steigender Tendenz, so dass aktive Landwirte nur begrenzt Vorteile aus den Prämienzahlungen ziehen.

Auch mit den schärferen Standards im Vergleich zu den EU-Handelspartnern lassen sich die Direktzahlungen für Landwirte nur schwer begründen, weil diese überwiegend auch für andere Wirtschaftszweige gelten, die keine Kompensation dafür erhalten. Alles in allem fehlt demnach eine überzeugende Begründung für die dauerhafte Fortführung der regional pauschalierten und über das EU-Budget finanzierten Direktzahlungen. Wenn es hierzu bis 2020 keine neuen Ideen gibt, wird sich das agrarpolitische Instrument der Direktzahlungen nicht halten lassen. Etwas einfacher zu beantworten sind die anderen Fragen zur Zukunft der EU-Agrarpolitik. So scheint weitgehend Einvernehmen darüber zu herrschen,

- die Exporterstattungen abzuschaffen,
 - die Abschöpfungen und Zölle im Zuge der WTO-Regelungen moderat zurückzuführen,
 - die Milchquotenregelung endgültig auslaufen zu lassen,
 - das Interventionssystem nur noch als Sicherheitsnetz einsetzen zu wollen,
 - die Modulation abzuschaffen und damit auch die Zusatzbelastung für größere Betriebe sowie die 2. Säule mit einem größeren und eigenständigen Budget auszustatten,
 - die volle Entkoppelung aller Direktzahlungen durchzusetzen
- und

- mehr als bisher Unterstützung für neue Herausforderungen zu gewähren, wie zum Beispiel für Anpassungen an den Klimawandel oder für Instrumente des Risikomanagements.

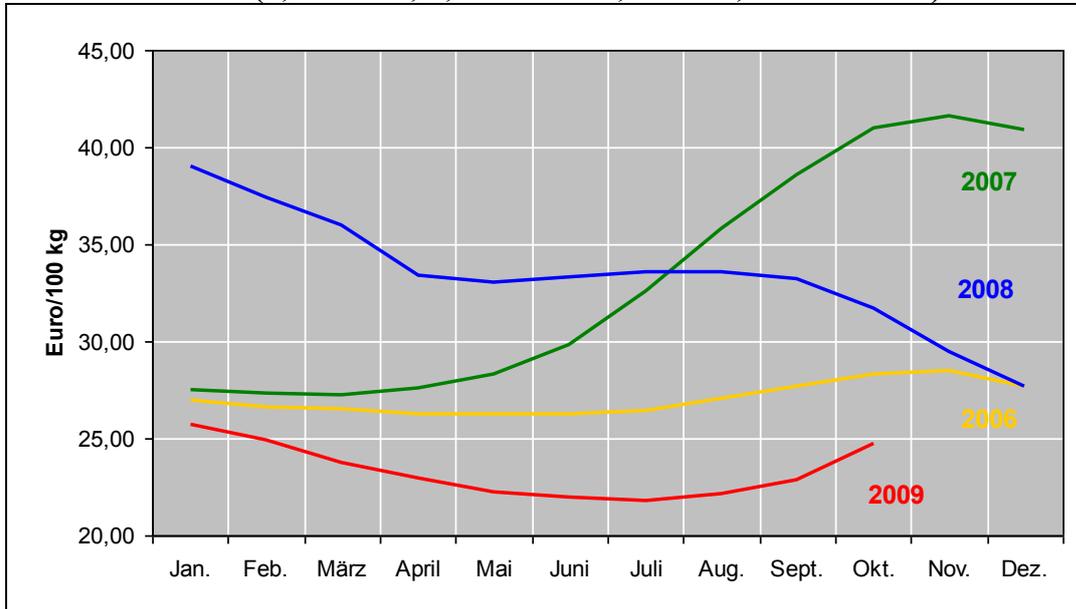
Gerade letzteres wird von Frankreich, Spanien und anderen südlichen EU-Ländern vorangetrieben, die z.B. traditionell hohe Prämiensubventionen für Ernteversicherungen zahlen und dies noch stärker als bisher auch in der EU-Agrarpolitik verankert sehen wollen. Zumindest für systemische Risiken mit unbekannter Wahrscheinlichkeitsfunktion (z.B. extreme Trockenheit oder Überschwemmungen) wäre eine staatliche Beteiligung dabei durchaus denkbar und ökonomisch begründbar. Hinsichtlich der Klimapolitik empfiehlt der Wissenschaftliche Beirat des Finanzministeriums (2010), stärker als in der Vergangenheit auf die Anpassungsstrategie zu setzen und weniger auf die Vermeidungsstrategie, die vor allem bei nationalen Alleingängen wirkungslos und mitunter sogar kontraproduktiv sein kann (vgl. auch Sinn, 2008). Von einer so konzipierten Agrarpolitik nach 2013 könnten auch solche Märkte profitieren, die im Zuge von Wirtschaftskrise und Preisverfall besonders unter Druck geraten sind, wie zum Beispiel der Milchmarkt.

10 Die Milchkrise als agrarpolitische Herausforderung

Nach einem ungewöhnlichen Preishoch bei den Erzeugerpreisen für Rohmilch im Jahr 2007 – mit Spitzen von über 42 Euro/100 kg Milch – kam es im Frühjahr und Frühsommer 2008 zu einem marktbedingten deutlichen Rückgang der Preise auf ein Niveau von knapp über 32 Euro/100 kg (vgl. Schaubild 30). Bis zum Sommer des Jahres 2009 ist der Milchpreis dann noch weiter verfallen, im Durchschnitt Deutschlands auf etwa 22 Euro/100kg, in manchen Regionen sogar bis unter 20 Euro/100kg. Dies hat bei den Milcherzeugern verständlicherweise große Enttäuschung ausgelöst, hatte man sich nach Jahren niedriger Preise doch sehr über das höhere Preisniveau in 2007 gefreut und im Stillen sogar einen weiteren Aufwärtstrend erhofft. Die Enttäuschung wurde noch dadurch verschärft und mitunter zur Existenzsorge gesteigert, dass sich

zeitgleich Futtermittel und Energie drastisch verteuerten und noch bis Juli 2008 auf einem hohen Niveau verharrten.

Schaubild 30: Entwicklung des Milcherzeugerpreises in Deutschland (3,7% Fett, 3,4% Eiweiß, ab Hof, ohne MwSt.)

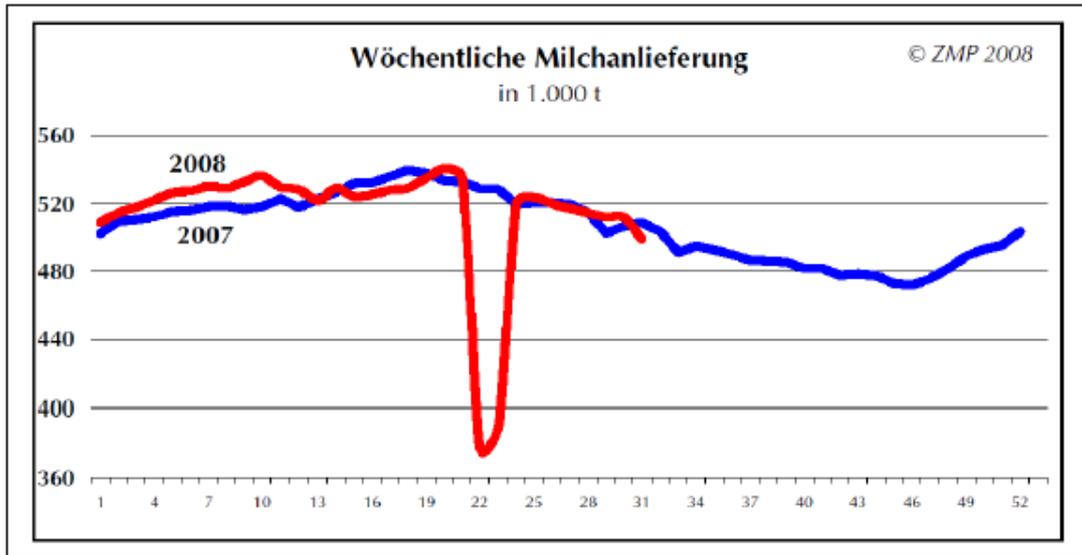


Quelle: ZMP Milchbilanz, v. Jg., AMI Dairy World

In diese Stimmung von Enttäuschung und Existenzangst hinein hat nun der Bundesverband der Deutschen Milchviehhalter (BDM) zum Milchliefrestreik und zu Boykottmaßnahmen aufgerufen, um kurzfristig wieder höhere Erzeugerpreise für Milch und letztlich auch höhere Preise für Milchprodukte am Markt durchzusetzen. Eine flexible Angebotsmengensteuerung in der Hand der Milcherzeuger sollte nach BDM-Aussagen schließlich langfristig dabei helfen, kostendeckende und faire Milchpreise von 0,43 €/kg zu erzielen. Dieser Aufruf zu Streik und Boykott sowie die BDM-Vorschläge selbst haben in der gesamten Milchbranche, in Verbänden, in der Politik, unter den Landwirten und sogar in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit erzielt und zu intensiven, sehr kontroversen Diskussionen geführt.

Kurzfristig wurden bundesweit ca. 30% weniger Milch angeliefert (vgl. Schaubild 31). Im Norden fiel die Beteiligung am Lieferstopp mit 5 bis 10% deutlich niedriger aus als mit 85% der Erzeuger in Süddeutschland.

Schaubild 31: Auswirkung des Lieferstopps auf die Milchanlieferung in Deutschland

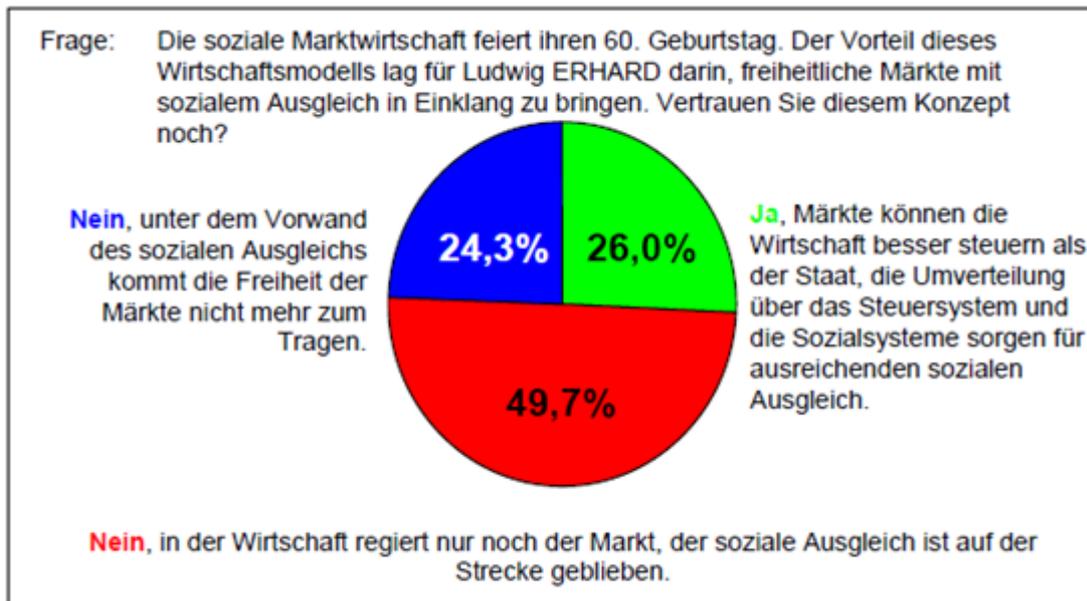


Quelle: ZMP, 2008

Lässt man die Reaktionen von Erzeugern, Verbrauchern und Medien noch einmal Revue passieren, wird zugleich deutlich, dass man direkte Eingriffe des Staates, bzw. vom Staat autorisierter Berufsstände in das Preis- und Mengenrüst einer Volkswirtschaft für etwas Normales hält. Die freie Preisbildung an Märkten entsprechend den Knappheitsverhältnissen zwischen Angebot und Nachfrage wird eher skeptisch gesehen. Es herrscht offensichtlich grenzenloses Vertrauen in die Fähigkeit staatlicher Institutionen oder der Politik, jenseits des Marktes faire Preise definieren und auch durchsetzen zu können. Der marktwirtschaftlichen Koordination wird hingegen großes Misstrauen entgegen gebracht (vgl. Schaubild 32).

Das Scheitern planwirtschaftlicher Systeme scheint in Vergessenheit geraten zu sein. Vor diesem Hintergrund mag es hilfreich und notwendig, die Rolle von Preisen in einem marktwirtschaftlichen System noch einmal kurz in Erinnerung zu rufen und die Folgen einer allein nationalen Preissetzung im EU-Raum nach Gesichtspunkten der Kostendeckung in einem ansonsten handels-offenen System aufzuzeigen.

Schaubild 32: Das Vertrauen in die Marktwirtschaft schwindet



Quelle: Forsa, 2008

Funktion von Preisen in der Marktwirtschaft

Auf wettbewerblich funktionierenden Märkten werden dem Preismechanismus fünf wichtige Funktionen zugeschrieben:

- 1. Knappheitsmesser:** Knappheit ergibt sich aus dem Spannungsverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage. Je größer die Knappheit, desto höher ist der Preis und umgekehrt. Hiervon abzugrenzen ist der Begriff der Seltenheit, der sich nur auf das Angebot bezieht.
- 2. Signalfunktion:** Veränderte Knappheiten (steigende oder sinkende Preise) geben Signale zur Anpassung von Angebot und Nachfrage. Steigende Preise beispielsweise mobilisieren das Angebot und dämpfen die Nachfrage mit dem Ergebnis einer Marktentspannung.
- 3. Abstimmungsfunktion:** Preise koordinieren die Pläne der Marktteilnehmer und bringen Angebot und Nachfrage in Übereinstimmung. Das Gleichgewicht ist dabei nicht an nationale Grenzen gebunden.
- 4. Allokationsfunktion:** Preise lenken Vorleistungsgüter und Produktionsfaktoren in die rentabelste Verwendung und führen damit über strukturelle Anpassung zu einer Maximierung der Wertschöpfung.

5. Verteilungsfunktion: Von den sich auf Wettbewerbsmärkten entsprechend den Knappheiten einstellenden Marktpreisen für Produkte und Produktionsfaktoren gehen selbstverständlich auch Verteilungseffekte aus. Die Einkommen von Unternehmen und Haushalten sind unmittelbar betroffen. Dabei können sich gesellschaftlich unerwünschte Verteilungsergebnisse dieser „funktionalen Einkommensverteilung“ ergeben.

Dies ist häufig Anlass für Eingriffe des Staates in das Preisgeschehen. Eine marktwirtschaftlich erstbeste Politik wäre es allerdings, unerwünschte Einkommensverteilungen durch Transfers an die Marktteilnehmer oder Besteuerung derselben zu korrigieren, den Allokationsmechanismus der Preise aber nicht zu zerstören. Andernfalls sind volkswirtschaftliche Wertschöpfungs- und Einkommensverluste die Folge. Setzt man nämlich den Preismechanismus außer Kraft, werden Knappheiten am Markt nicht mehr korrekt angezeigt, Signale zur Anpassung für Angebot und Nachfrage bleiben aus und es kann zur Unter- oder Überversorgung des Marktes kommen. Beispiele hierfür sind Agrarüberschüsse infolge von Interventionspreisen, Arbeitslosigkeit infolge von Mindestlöhnen, Wohnungsmangel infolge von Mietpreisbindungen und Brotmangel infolge von Höchstpreisen. In jedem Fall werden volkswirtschaftliche Produktionsfaktoren in die falschen Verwendungsbereiche gelockt und vernichten bereits kurzfristig Wertschöpfung. Bei dauerhafter Außerkraftsetzung des Preismechanismus potenziert sich dieser Wertschöpfungsverlust noch, weil langfristig Investitionen in den Kapitalstock und das Humankapital ebenfalls fehlgeleitet werden.

Trotz dieser recht eindeutigen ökonomischen Wirkungszusammenhänge geraten Politiker doch immer wieder in Versuchung, verteilungspolitisch über die Preise, d.h. durch direkte Preissetzung oder indirekte Maßnahmen, Einfluss zu nehmen. Jüngste Beispiele sind die Vorschläge zum Preisnachlass bei Strom für Sozialhilfeempfänger oder die Forderung nach kostendeckenden Preisen für die Milcherzeuger. Aus Sicht von Stimmen maximierenden Politikern hat Verteilungspolitik über Preiseingriffe den Vorteil, dass die Einkommensvorteil-

le der Begünstigten jeweils von der Marktgegenseite aufgebracht werden und nicht aus dem Staatshaushalt bezahlt werden müssen. Dies ist einer der Gründe, warum Politiker lange gezögert haben, die Marktpreisstützungen für Landwirte durch direkte Einkommensübertragungen zu ersetzen.

Abschließend ist darauf zu verweisen, dass die obigen Aussagen nur dann Gültigkeit besitzen, wenn auf den Märkten Wettbewerb und keine Marktmacht herrscht. Marktmacht zerstört ebenso wie Preissetzung durch Politik die vier ersten Funktionen des Preismechanismus mit der Folge von Wertschöpfungsverlusten. Die Verteilung wird zugunsten der Marktmächtigen und zu Lasten der Marktgegenseite verschoben. Populär ist in diesen Fällen, nach dem Staat zu rufen und ihm statt dem Monopolisten die Preisfindung bzw. -setzung zu übertragen. Nach allen Erfahrungen wird aber dadurch das Problem allokativ verzerrter Preise – bzw. der Missbrauch von Preisen für verteilungspolitische Absichten – nicht gelöst. Eine erstbeste Politik wäre deshalb in solchen Fällen, staatlicherseits Wettbewerbsbeschränkungen zu bekämpfen bzw. aktiv den Wettbewerb zu fördern. Dafür sind Wettbewerbsgesetze geschaffen worden. Wichtig dabei ist, dass Wettbewerbspolitik erst bei Feststellung tatsächlicher Marktmacht aktiv wird und nicht „gefühlte“ Marktmacht zu politischen Reaktionen führt. So konnte die generelle Ausübung von Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels gegenüber den Molkereien bislang nicht nachgewiesen werden. Der jüngste Preisrückgang für Milch und Milchprodukte scheint denn auch eher das Ergebnis funktionierender Marktkräfte zu sein und nicht durch Ausnutzung von Marktmacht zustande gekommen zu sein.

Folgenabschätzung und Bewertung des BDM-Vorschlags

Zunächst ist festzuhalten, dass die Forderung nach kostendeckenden Preisen dem marktwirtschaftlichen Prinzip diametral widerspricht, weil die Nachfrageseite ausgeblendet wird. Man kann nicht einmal von „fairen“ Preisen sprechen, weil dem möglichen Einkommenszuwachs der Milcherzeuger eine Einkommensminderung der Nachfrager und Konsumenten von Milchprodukten gegenübersteht, was vor allem ärmere Haushalte und Bevölkerungsschichten

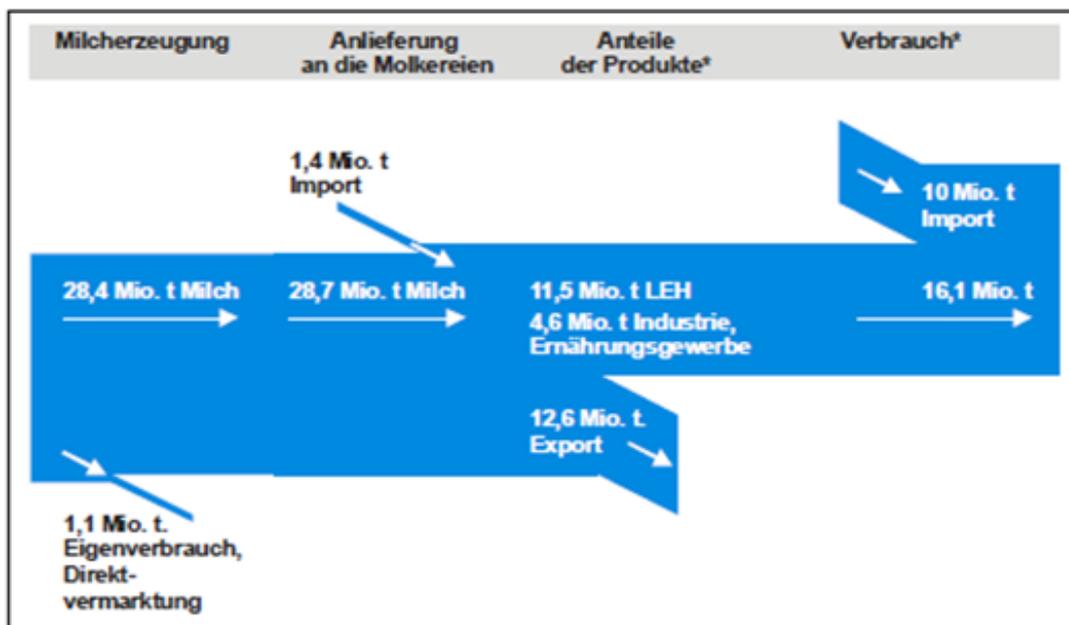
trifft. Im Übrigen ist selbst der Einkommenszuwachs bei den Erzeugern nicht sichergestellt, weil hohe Produktpreise in der Regel auf Betriebsmittelpreise, Pachtpreise sowie Lohn- und Kapitalkosten überwältigt werden und somit den erwünschten Einkommenszuwachs abschmelzen. Jahrzehntelange Erfahrungen mit der EU-Agrarpolitik haben denn auch zu der Erkenntnis geführt, dass man Einkommensziele besser mit direkten Einkommensübertragungen erreicht als mit einer Produktpreisstützung, die zudem erhebliche Allokationsverluste generiert. Von den Einzelbausteinen aus betrachtet läuft der BDM-Vorschlag auf ein ähnliches Quotensystem hinaus, wie man es bisher in der Milchmarktordnung hatte und in wichtigen Teilen noch hat. Der Unterschied besteht darin, dass

- das System privatwirtschaftlich verbandsseitig organisiert und auf nationaler Ebene umgesetzt werden soll;
- die künstliche Angebotsverknappung noch strikter ausfallen soll, um den Milchpreis auf einem Niveau von 0,43 €/kg anheben zu können;
- entsprechend höhere Zölle den Import preisgünstigerer Produkte aus dem Ausland verhindern soll;
- die Mengensteuerung in Absprache zwischen Milcherzeugerorganisation und Molkereiwirtschaft flexibel an die Marktlage angepasst werden soll.

Die Kritik an der bisherigen Milchmarktordnung gilt grundsätzlich auch für den BDM-Vorschlag, sogar noch in verstärktem Maß, weil es im Kampf um die knappen Lieferrechte keine einvernehmlichen Allokationspläne geben wird, die expliziten oder impliziten Quotenkosten sogar noch steigen werden und eine Zollanhebung gegen die WTO-Regeln verstößt. Nachdem auch viele Landwirte die bisherige Milchmarktpolitik als gescheitert ansehen und einem Auslaufen der Quotenregeln im Jahr 2015 prinzipiell zustimmen, verwundert es doch sehr, dass der BDM-Vorschlag eine solche Resonanz gefunden hat. Nüchtern betrachtet müsste nämlich auch der BDM-Vorschlag bei seiner Umsetzung scheitern, weil er das alte System lediglich in strikterer Form und etwas anderer Organisation fortschreibt.

Trotz dieser eher grundsätzlichen Kritik am marktfernen Mengensteuerungsmodell des BDM soll im folgenden der Frage nachgegangen werden, welche Folgewirkungen sich ergäben, wenn es tatsächlich zu einer Umsetzung des Vorschlags käme und ein Erzeugerpreis von 0,43 €/kg Milch in Deutschland durchgesetzt werden könnte. Wichtig ist in diesem Zusammenhang zu wissen, dass die Nahrungskette Milch im Prinzip eine offene Kette darstellt mit Zuflüssen von Milch und Milchprodukten aus dem Ausland sowie mit Abflüssen (sprich Exporten) in das Ausland (vgl. Schaubild 33).

Schaubild 33: Milcherzeugung und Verwendung im Jahr 2007 in Deutschland



* Angaben in Milchäquivalent

Quelle: Eigene Darstellung nach ZMP, 2008

In Milchäquivalenten gerechnet fließen 44% der von Molkereien verarbeiteten Milch ins Ausland ab, 16% werden an die Industrie und das Ernährungsgewerbe zwecks Weiterverarbeitung geliefert und nur 40% gelangen in die Regale des deutschen Lebensmitteleinzelhandels. Würde nun ein Erzeugerpreis gegenüber den Molkereien von 0,43 €/kg durchgesetzt ergäben sich zahlreiche unerwünschte Anpassungs- und Substitutionseffekte:

- Grenznahe Molkereien würden vermehrt auf Rohmilchimporte aus dem benachbarten Ausland zurückgreifen.

- Bei dem Versuch der Molkereien, die Erzeugerpreisanhebung in der Nahrungskette weiterzugeben, gäbe es erheblichen Widerstand. Nachfragerückgänge auf allen Absatzmärkten (Ausland, Weiterverarbeitung und LEH) wären ebenso zu erwarten, wie die Substitution tierischer Fette und Eiweiße durch pflanzliche Inhaltsstoffe.
- Vor allem das starke deutsche Exportgeschäft bei Milch und Milchprodukten würde darunter leiden, weil ausländische Nachfrage innerhalb und außerhalb der EU auf die preiswerteren Produkte anderer Länder zurückgreifen würde.
- Schließlich würden auch vermehrt Importe von Milchprodukten aus dem Ausland nach Deutschland gelangen, weil der LEH im harten Preiswettbewerb die Produkte deutscher Molkereien auslisten müsste.

Letztlich wären von diesen Anpassungs- und Substitutionsvorgängen, die in einem offenen EU-Binnenmarkt nicht zu vermeiden wären, vor allem die Molkereien selbst betroffen. Sie würden Marktanteile nicht nur an die europäische Konkurrenten verlieren, sondern auch EU-externe Absatzmärkte aufgeben müssen. Bei sinkendem Absatzvolumen müssten dann auch die Lieferquoten erneut gekürzt werden, was letztlich die Milcherzeuger trifft.

Diese negativen Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Milchwirtschaft wären nur dann zumindest EU-intern zu vermeiden, wenn es ähnlich strikte Systeme auch in anderen Mitgliedsländern gäbe. Dies ist aber eher nicht zu erwarten, weil wichtige Milcherzeuger und Milchexportländer in der EU ganz klar auf eine marktwirtschaftliche Strategie setzen. Danach orientiert sich die Branche an Wachstum, Innovation und Marktdynamik und möchte über diese Wege Mehreinkommen und Wertschöpfung generieren und nicht über Begrenzung der Produktion und planwirtschaftliche Zuteilung knapper Lieferrechte. Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Durchsetzung kostendeckender Preise entsprechend dem BDM-Vorschlag

- dem marktwirtschaftlichen Prinzip widerspricht und als ordnungspolitischer Sündenfall gesehen werden kann;

- im nationalen Alleingang bei offenen Handelsgrenzen nicht funktionieren kann und vor allem zu Lasten der deutschen Molkereien und deren Existenzfähigkeit gehen würde;
- zu drastischen Marktanteilsverlusten und Wettbewerbsnachteilen der deutschen Milchwirtschaft insgesamt führen und damit eines der wichtigsten Exportzweige des Agribusiness schwächen würde;
- zu Substitutionsvorgängen zu Gunsten pflanzlicher Fette und Eiweiße in der Nahrungskette beitragen würde;
- bei entsprechender Weitergabe an die Verbraucher vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten treffen würde;
- nicht zwangsläufig zu höheren Erzeugereinkommen führt, weil erstens Überwälzungsvorgänge beim Betriebsmittel- und Faktoreinsatz die Kosten treiben und zweitens die zu erwartenden Absatzeinbußen in der Nahrungskette auf die Erzeuger zurück schlagen.

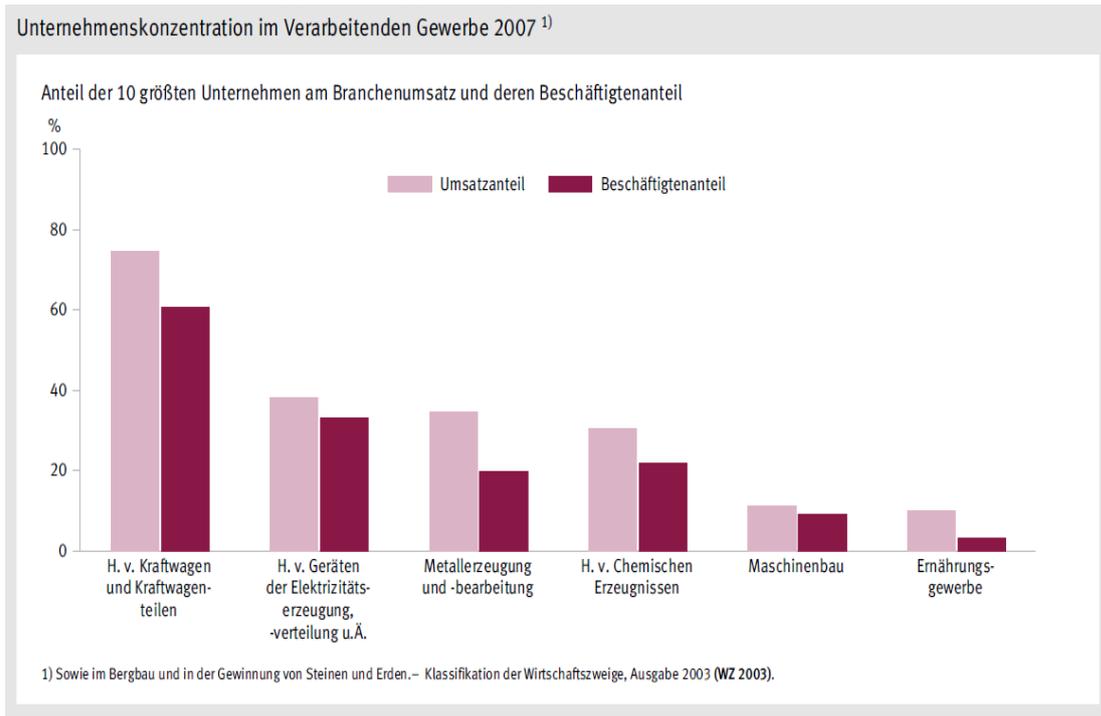
Vor allem hat die Diskussion um kostendeckende Preise und den BDM-Vorschlag die Milchbranche entzweit. Statt Einigkeit zwischen Erzeugern, Verarbeitern und Kunden herrscht Zwietracht. Gegenseitige Vorwürfe und Anfeindungen sind an der Tagesordnung. Auch dies ist ein Wettbewerbsnachteil für die deutsche Milchbranche, weil in anderen Ländern besser kooperiert wird, eine einheitliche marktwirtschaftliche Strategie verfolgt wird und die Nahrungskette als Ganzes auftritt.

11 Welternährungssicherung und nachhaltige Entwicklung

Aus den bisherigen Ausführungen ist deutlich geworden, dass das deutsche AgriFoodBusiness auch international, vor allem natürlich im Großraum Europa, engagiert und vertreten ist. Im Zuge der Globalisierung wird sich dieser Prozess noch verstärken. Zukünftige geschäftliche Erfolge des AgriFoodBusiness werden vor allem von zwei Bestimmungsfaktoren abhängen. Zum einen muss die strukturelle Bereinigung fortgesetzt werden. Unternehmenszusammenschlüsse, horizontale und vertikale Kooperation/Integration

werden an der Tagesordnung sein und dabei helfen, das strukturelle Defizit der deutschen Nahrungsbranche gegenüber wichtigen ausländischen Konkurrenten und gegenüber anderen Sektoren in Deutschland (vgl. Schaubild 34) abzubauen.

Schaubild 34: Unternehmenskonzentration im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2005 in Deutschland



Quelle: Statistisches Jahrbuch 2009

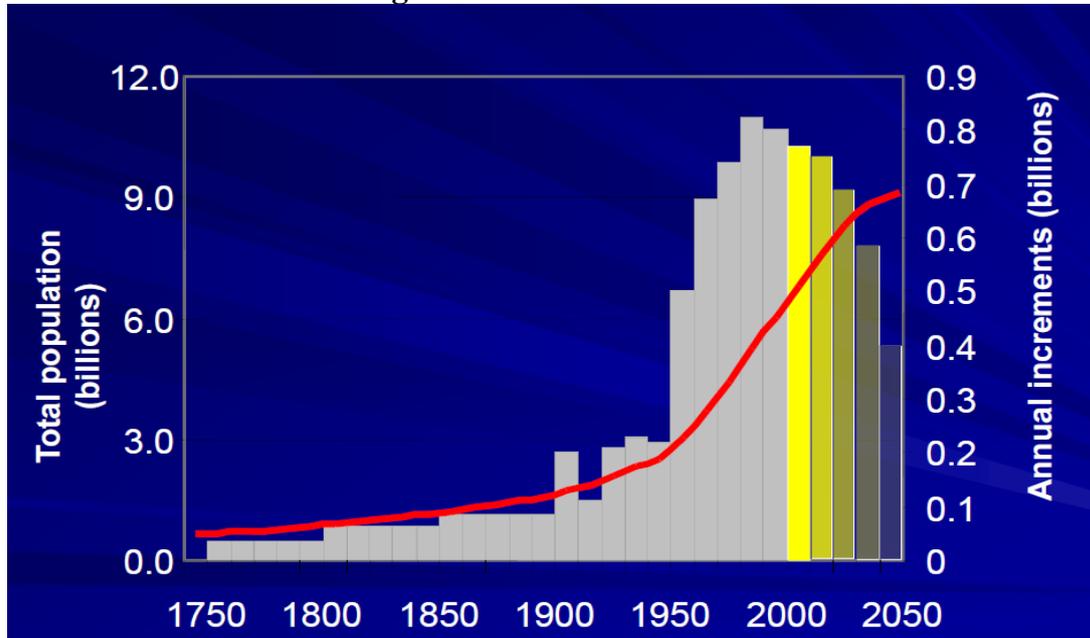
Zum anderen sind es die wirtschafts- und agrarpolitischen Rahmenbedingungen, die entscheidend Einfluss nehmen auf die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen AgriFoodBusiness. Das heißt, gute Regierungsarbeit (good governance) ist gefordert. Sind beide Voraussetzungen erfüllt, stehen die Chancen sehr gut.

Daneben fällt dem AgriFoodBusiness aber auch eine internationale Verantwortung im Hinblick auf die Ernährungssicherung einer wachsenden Weltbevölkerung und eine nachhaltige Entwicklung zu (vgl. Schaubild 35). Dies gehört ganz zweifellos auch zu seinen gesellschaftlichen Leistungen. Die Bekämpfung von Hunger, Unterernährung und Armut kann auch von Europa und Deutschland aus mitgestaltet werden,



erstens in Form von Nahrungsgüterexporten, zweitens von Technologietransfer und Direktinvestitionen und drittens in Form von Protektionsabbau und Deregulierung/Liberalisierung der eigenen Wirtschafts- und Agrarpolitik.

Schaubild 35: Bevölkerungswachstum

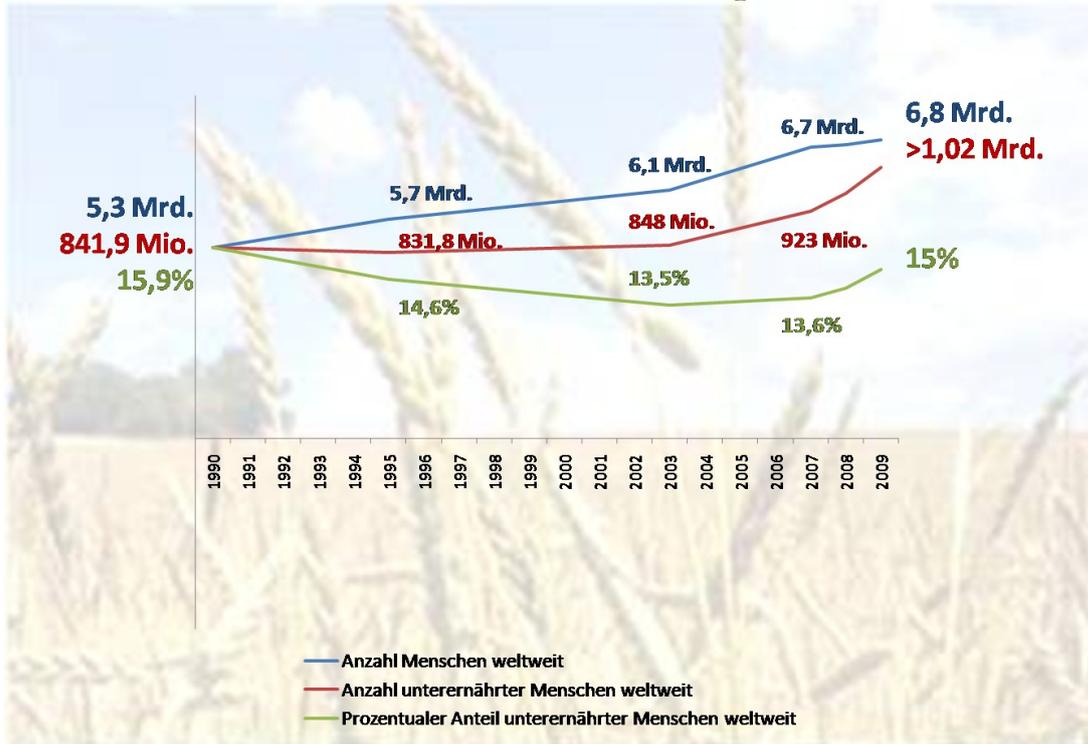


Quelle: UN, World Population Assessment, 2006

Dies gilt umso mehr, als die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise in Verbindung mit der Nahrungsmittelpreisexplosion die Zahl der Hungernden sogar noch erhöht hat. Über 1 Milliarde Menschen leidet derzeit an Hunger, das sind 15 % der Weltbevölkerung (vgl. Schaubild 36).

Über Jahrzehnte hinweg haben Industrieländer ihre Agrarmärkte mit Zöllen vor ausländischer Konkurrenz geschützt, mit heimischen Subventionen die Produktion angekurbelt und die Agrarüberschüsse mit Exporthilfen am Weltmarkt abgesetzt. Dies hat nachweislich zu einer Senkung der Weltagrarpreise beigetragen und zu stärkeren Schwankungen auf den internationalen Märkten. Vor allem exportierende Entwicklungsländer waren von diesen Preiseffekten negativ betroffen und ebenso ihre Landwirte, sofern die Binnenpreise den Weltmarktpreisen angepasst worden sind. Dagegen haben importierende Entwicklungsländer und Verbraucher zumindest von den preiswerteren Nahrungsrohstoffen tendenziell profitiert. Aber auch dort waren die Landwirte die Ver-

Schaubild 36: Immer mehr Menschen leider Hunger



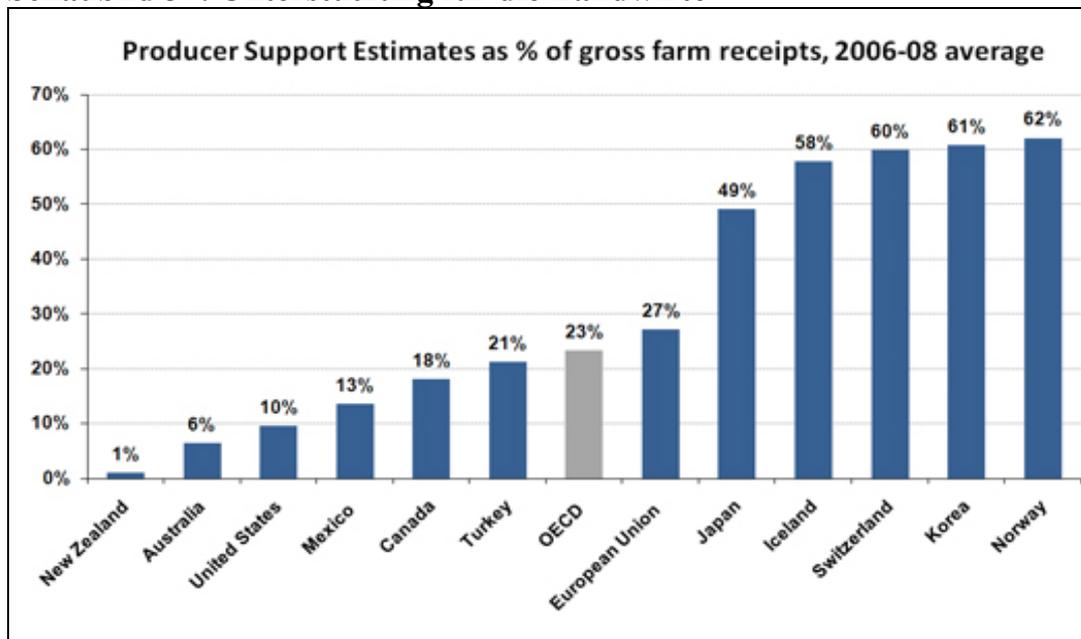
Quelle: DBV Situationsbericht 2010

lierer und es mussten sich die Marktteilnehmer mit höheren Preisrisiken auseinandersetzen. Und schließlich sind einige der Importländer erst durch die Preissenkungen am Weltmarkt zu Agrarimporteuren geworden, während sie vorher den Exportstatus inne hatten. Kurzum, die Agrarprotektion der reichen Länder hat die Weltmärkte verzerrt und destabilisiert und die Eigenproduktion in den Entwicklungsländern geschwächt.

Erst mit Beginn der Uruguay-Runde hat ein Umdenken eingesetzt und sind zahlreiche Reformschritte in den Industrieländern eingeleitet worden. Die Verbesserung des Marktzugangs durch Zollabbau und Präferenzabkommen, die Rückführung der Exporterstattungen sowie die Verringerung der heimischen Subventionen waren und sind Schritte in die richtige Richtung. Gleichwohl kam der Protektionsabbau bis zur Preisexplosion im Jahre 2007 nur langsam voran. Die Agrarprotektion der OECD-Länder – gemessen als jährlicher monetärer Transfer von Konsumenten und Steuerzahlern an Landwirte als Prozentsatz ihres Produktionswertes – ist von 37% in den Jahren 1986-1988 auf nur 23% zwischen 2006-2008 abgesunken. Für die EU gab es einen Rück-

gang von 41% auf 27%, für die USA von 22% auf 10% und für Australien von 8% auf 6% (vgl. Schaubild 37).

Schaubild 37: Unterstützung für die Landwirte



Quelle: OECD, 2009

Entscheidender für die Entzerrung der Weltmärkte waren aber zweifellos die Tarifizierung der nicht-tarifären Handelshemmnisse und die teilweise Entkopplung der Agrarsubventionen von der Produktion. Letzteres hat insbesondere die EU vorangetrieben, wo bereits knapp 40% des Protektionsmaßes entkoppelte Zahlungen sind. Während die Entkopplung Produktionsanreize mindert, führt die Tarifizierung als solche zu einer Stabilisierung der Weltmarktpreise, weil das weltweite Pufferungsvolumen zunimmt und Schocks besser abgefedert werden können.

Wenn die Industrieländer auf diesem Weg des allmählichen Protektionsabbaus, der Rückführung der Zolleskalation (= Anstieg des Zollniveaus mit dem Verarbeitungsgrad von Produkten), der Tarifizierung nicht-tarifärer Handelshemmnisse und der Entkopplung der Direktzahlungen weiter voranschreiten und die Doha-Runde erfolgreich abschließen, wird das für die Landwirtschaft in Entwicklungsländern eindeutig von Vorteil sein. Nach Schätzungen der Weltbank steigen die Agrarrohstoffpreise in Folge einer vollen Handelsliberalisierung um durchschnittlich 5,5% und für verarbeitete Nahrungsmittel um

1,3% (vgl. Weltbank, 2008). Besonders starke Preisschübe sind für Baumwolle (+21%), Ölsaaten (+15%), Milchprodukte (+12%) und für Futtergetreide (+7%) zu erwarten. Auch für die Handelsanteile der Entwicklungsländer werden deutliche Zuwächse erwartet, vor allem bei Baumwolle, Ölsaaten, Weizen und Fleischprodukten. Während die Wohlfahrt der Entwicklungsländer in Folge dieser Liberalisierung insgesamt ansteigt, sind die Auswirkungen auf die Einkommenssituation der Ärmsten nicht eindeutig. Die Einzelergebnisse sind weder mit dem Handelsstatus des Landes, noch mit dem Terms-of-Trade-Effekt korreliert. So kann es in Folge von Liberalisierung mehr Armut in Agrexportländern und weniger in Agrarimportländern geben. Der Nettoeffekt hängt davon ab, wo die Armut verbreitet ist (Stadt oder Land), wie die Armen ihren Lebensunterhalt verdienen und was sie konsumieren. Ganz entscheidend und oft übersehen allerdings ist, wie die Regierungen in den Entwicklungsländern ihre eigenen Landwirte behandeln. Tatsache ist, dass viele Entwicklungsländer ihre Eigenproduktion mit hohen Exportsteuern und Importsubventionen, mit Industrieprotektion und überbewerteten Währungen sowie mit Hilfe staatlicher Vermarktungssysteme diskriminieren. Die Hunger- und Armutsbekämpfung hat deshalb zuallererst in den Entwicklungsländern selbst anzusetzen. Dort liegen die Hauptursachen für Unterernährung und Kaufkraftmangel.

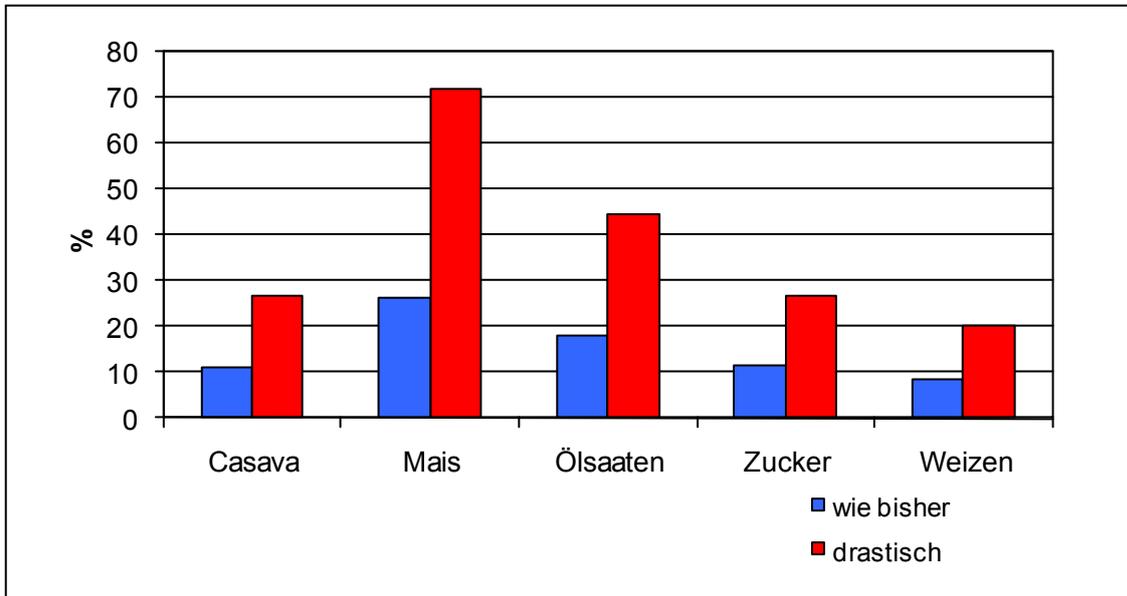
Industrieländer können diesen Prozess durch eigene Anstrengungen begleiten und unterstützen. Die Zeit dafür ist günstig, weil die Weltmarktpreise vermutlich trotz hoher Volatilität zukünftig eher einem positiven Trend folgen werden. Sie sind inzwischen auch häufiger über das Niveau der EU-Marktordnungspreise angestiegen, so dass mitunter keine bzw. immer geringere Exporterstattungen für Getreide- und Milchprodukte gezahlt werden. Lediglich für Rindfleisch und Zucker werden noch Exporterstattungen gewährt bzw. vorübergehend für Schweinefleisch in Folge der desolaten Marktsituation in der EU. Auch die Importabschöpfungen waren schon zum Teil ausgesetzt, so dass zumindest im Handelsbereich bis auf wenige Ausnahmen von offeneren, liberalisierten Märkten gesprochen werden kann. Doch im Binnenmarktbereich

ist die EU-Agrarpolitik noch zu sehr auf die frühere Überschusssituation zugeschnitten. Nach wie vor existierende Produktionsquoten, die breite Förderung von Extensivierungsmaßnahmen, die Überförderung der Bioenergie sowie die zögerliche Haltung bei der Entwicklung und dem Einsatz moderner Technologien und Betriebsmittel verhindern die schnelle Anpassung an dynamische Weltmärkte. Es gehen damit auch Chancen für die heimischen Landwirte verloren.

Schließlich ist es die Bioenergiepolitik der reichen Länder, die vielen Entwicklungsexperten Sorgen bereitet, weil sie in Flächenkonkurrenz zu Nahrungsmittelproduktion steht und somit den Hunger verschärfen kann. Das International Food Policy Research Institute (IFPRI) hatte seinerzeit errechnet, dass die Agrarpreisexplosion im Jahr 2007/08 zu etwa 30% durch die verstärkte weltweite Biokraftstoffförderung zustande gekommen ist und diese Entwicklung auch bis 2020 so anhalten wird, wenn die bisherige Förderung verdoppelt würde (vgl. Schaubild 38). Die Kalorienverfügbarkeit würde sich dann bei diesem Szenario in besonders armen Regionen durchschnittlich um 7 bis 8 % verringern (vgl. Schaubild 39). Nach dieser Einschätzung wäre deshalb etwas mehr Zurückhaltung bei der Bioenergieförderung in reichen Ländern angebracht. Inzwischen liegt allerdings ganz aktuell eine neuere Studie von IFPRI-Forschern vor, die im Auftrag der EU-Kommission erstellt worden ist und zu deutlich geringeren Wirkungen allein der EU-Politik auf Preise, Einkommen und Flächen kommt. (vgl. Al-Raffai u.a., 2010). Auch dort ergeben sich jedoch Realeinkommensverluste für die besonders armen Länder. Es besteht demnach offensichtlich weiterer Forschungsbedarf über die Höhe der Verdrängungseffekte der Bioenergiepolitik. Dass eine solche Konkurrenz zwischen Biomasse für Nahrung einerseits und für Energie andererseits aber besteht, wird man allerdings nicht bestreiten können. Gerade auch in Deutschland klagen viele Landwirte über die Pachtpreiseffekte und den Rohstoffhunger von Bioenergieanlagen. Auch bei der verstärkten Förderung von Bioenergie in Entwicklungs-

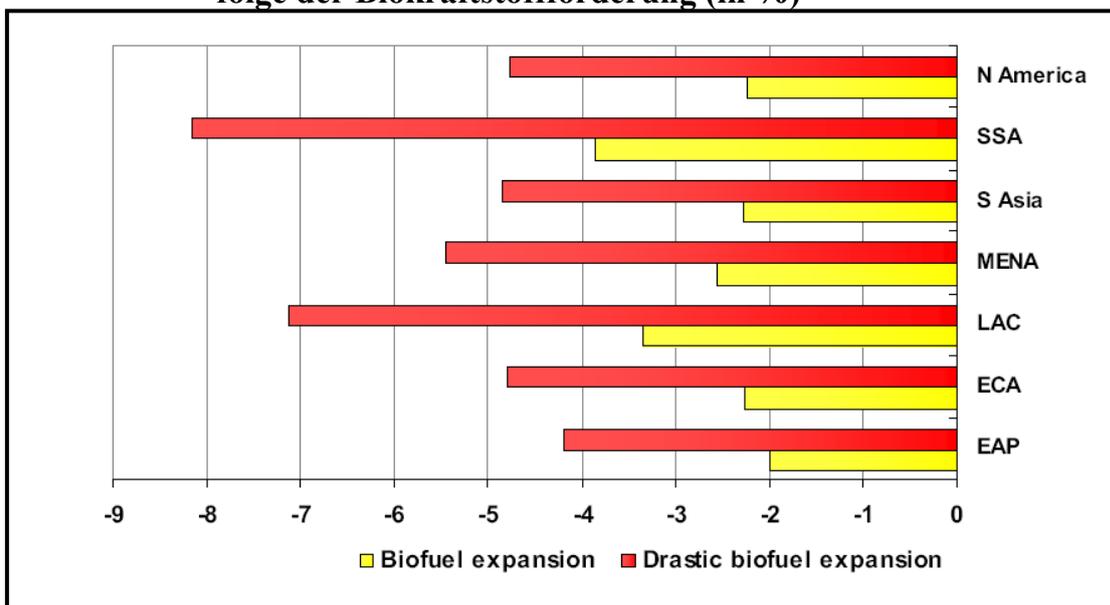
ländern sollte mehr als bisher auf die Folgen für die Ernährungssicherung und die Nachhaltigkeit der Produktion geachtet werden.

Schaubild 38: Weltmarktpreiseffekte verschiedener Biokraftstoffoptionen bis zum Jahr 2020



Quelle: IFPRI, 2007

Schaubild 39: Änderung der Kalorienverfügbarkeit bis zum Jahr 2020 infolge der Biokraftstoffförderung (in %)



Quelle: IFPRI IMPACT Projektionen; N America = Nordamerika, SSA = Subsahara-Afrika, S Asia = Südafrika, MENA = Mittlerer Osten und Nordafrika, LAC = Lateinamerika und die Karibik, ECA = Europa und Zentralasien, EAP = Ostasien und Pazifik

Von einer nachhaltigen Entwicklung einer Volkswirtschaft, einer Region oder eines Sektors spricht man, wenn dauerhaft (a) effizient gewirtschaftet und die Wettbewerbsfähigkeit verbessert wird, (b) die Lebens- und Arbeitsbedingungen sozial akzeptabel sind und Umverteilung mit Augenmaß betrieben wird und (c) Produktions-, Distributions- und Konsumprozesse umweltfreundlich gestaltet werden und somit das Naturkapital in seinem Leistungspotential nicht beeinträchtigt wird. Dynamisch betrachtet geht es also in der Sprache der Ökonomen darum, durch Investitionen in das Sachkapital, das Humankapital und das Naturkapital Abschreibungen auszugleichen und wenn möglich Quantität und Qualität des jeweiligen Kapitalstocks für die nachfolgende Generation zu verbessern. Dieses grundsätzliche und überzeugende Konzept gilt auch und gerade für die Agrar- und Ernährungswirtschaft, in der Fragen der Ökonomie, der Umwelt, und des Sozialen (Gesundheit, Ernährung, Arbeit) in besonderer Weise zusammenspielen. Um aber den Sektor und ländliche Räume nachhaltig entwickeln zu können, müssen die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen stimmen. Als zunehmend in Volks- und Weltwirtschaft integrierter Sektor mit einer überdurchschnittlich hohen Regulationsintensität durch Politik und Bürokratie ist die Agrar- und Ernährungswirtschaft nämlich von den Rahmenbedingungen besonders abhängig. Die Frage lautet deshalb konkret, welche Wirkungen von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen auf die wirtschaftliche Effizienz, den Umweltbeitrag und das soziale Geschehen im Sektor ausgehen bzw. welche Reformen vorgenommen werden müssten, um eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume zu gewährleisten.

Die Antwort auf diese Frage ist nicht leicht zu geben, weil die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (ökonomisch effizient, sozial akzeptabel, umweltfreundlich) nicht unabhängig voneinander sind, jeweilige Teilkomponenten komplementär oder substitutiv miteinander verknüpft und somit Abwägungs- und Bewertungsprozesse notwendig sind, die eine Prioritätensetzung notwendig machen. Dabei ist es notwendig, ein ausgewogenes Verhältnis des ökonomischen

mischen, sozialen und ökologischen Aspekts der Nachhaltigkeit herzustellen und die historische Erfahrung zu berücksichtigen, dass die Verfolgung sozialer und ökologischer Ziele ein gewisses Mindestmaß an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit voraussetzt. Erst dann entwickeln nämlich die Menschen Präferenzen für nicht-ökonomische Güter und erst dann können die Zusatzkosten von der Gesellschaft auch getragen werden. Wird gegen dieses simple ökonomische Entwicklungsgesetz verstoßen, indem Prioritäten falsch gesetzt werden, ist am Ende alles schlechter. Ökonomischer Niedergang, soziale Verwerfungen und Umweltbelastungen sind die Folge. In der deutschen Wirtschaftspolitik beispielsweise scheint nach dem Wirtschaftswunder jahrzehntelang das Soziale überbetont worden zu sein. Die Quittung dafür bekam Deutschland vor einigen Jahren als Wachstumsschlusslicht in Europa mit höchster Arbeitslosigkeit. Nur die Agenda 2010 der Vorgängerregierung und die nachfolgend gute Konjunktur haben diese Situation etwas verbessert. Ein ähnliches Schicksal könnte uns ereilen, wenn nach der Überbetonung des Sozialen nun eine Dekade der Überbetonung des Ökologischen folgen würde, ohne die ökonomischen Folgen dieser Politik ausreichend in Rechnung zu stellen. Um nicht falsch verstanden zu werden: Ökonomische, soziale und ökologische Aspekte sind in der Zielhierarchie sicherlich als gleichrangig zu betrachten, doch sollten bei der operativen Umsetzung historische Erfahrungen und ökonomische Gesetzmäßigkeiten beachtet werden. Das gilt insbesondere auch für die Agrar- und Ernährungswirtschaft und die ländlichen Räume insgesamt.

Mittel- bis langfristig bietet der Weltmarkt für Agrarrohstoffe und Nahrungsgüter gute Chancen vor allem für die Agrar- und Ernährungswirtschaften der Industrieländer. Infolge des Klimawandels wird sich nämlich die Agrarproduktion in Richtung Industrieländer verschieben (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Erwartete Auswirkungen des Klimawandels auf die Weltgetreideproduktion

	1990-2080
	(% Änderung)
Welt	-0,6 bis -0,9
Entwickelte Länder	2,7 bis 9,0
Entwicklungsländer	-3,3 bis -7,2
Südostasien	-2,5 bis -7,8
Südasien	-18,2 bis -22,1
Afrika südlich der Sahara	-3,9 bis -7,5
Lateinamerika	5,2 bis 12,5

Quelle: IFPRI, 2007

Vor allem Regionen mit einer ausreichenden Wasserverfügbarkeit, fruchtbaren Böden und einer kapital- und vorleistungintensiven Landwirtschaft einerseits und leistungsstarken Handels- und Verarbeitungsketten andererseits können sich im Wettbewerb behaupten. Hierzu zählt zweifellos Europa. Voraussetzung ist allerdings, dass die Politik die notwendigen Rahmenbedingungen für eine Integration in die Weltmärkte schafft. Exportsubventionen, hoher Außenschutz mit Zollkontingenten und ein europäischer Sonderweg für die Landwirtschaft sind der falsche Weg.

12 Inländerdiskriminierung des deutschen AgriFoodBusiness²

Was ist Inländerdiskriminierung und warum entsteht sie?

Auf den ersten Blick mag man verwundert sein. In der Regel versuchen nationale Regierungen ihre Unternehmen eher vor ausländischen Konkurrenten zu schützen oder ihnen sonstige Privilegien / Beihilfen zu gewähren, um ihnen einen Wettbewerbsvorteil auf Inlands- und/ oder Auslandsmärkten zu verschaffen. Ließe man diesen Versuchen allerdings freien Lauf, würde es am

² Ergänzte und überarbeitete Fassung eines Beitrages in der „Deutschen Bauernkorrespondenz“, vgl. Schmitz, 2009

Ende ökonomisch allen schlechter gehen. Damit diese tendenziell wohlfahrtsmindernden Protektionsversuche nationaler Regierungen nicht überhand nehmen und somit ausländische Wettbewerber nicht diskriminiert werden, gibt es deshalb supranationale und internationale institutionelle Regelungen (WTO-Abkommen, EU-Beihilferecht), um Protektion abzubauen und einen fairen Wettbewerb zu garantieren. Es geht also im Wesentlichen um die weit verbreitete Tendenz zur Ausländerdiskriminierung durch nationale Regierungen und die Versuche, diese zurückzudrängen.

Dass nationale Regierungen ihre eigenen Unternehmen im Wettbewerb mit ausländischen Konkurrenten nun bewusst schlechter stellen, kann man vor diesem Hintergrund nur schwer nachvollziehen. Tatsächlich trifft das für die deutschen Landwirte und viele ihrer Marktpartner in hohem Maße zu. Unter Inländerdiskriminierung wird dabei die Benachteiligung deutscher landwirtschaftlicher und ernährungswirtschaftlicher Unternehmer im inner-europäischen Wettbewerb auf dem gemeinsamen EU-Binnenmarkt verstanden. Leider gibt es keine supranationalen und internationalen Institutionen, die über Existenz und Ausmaß negativer Protektion (=Inländerdiskriminierung) wachen bzw. diese zurückzudrängen versuchen. Es besteht lediglich die Möglichkeit für die betroffenen Branchen, sich im nationalen politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess Gehör zu verschaffen, auf die innergemeinschaftlichen Wettbewerbsnachteile hinzuweisen, diese möglichst quantitativ zu untermauern und somit Einbußen an Wertschöpfung und Beschäftigung abzuwenden.

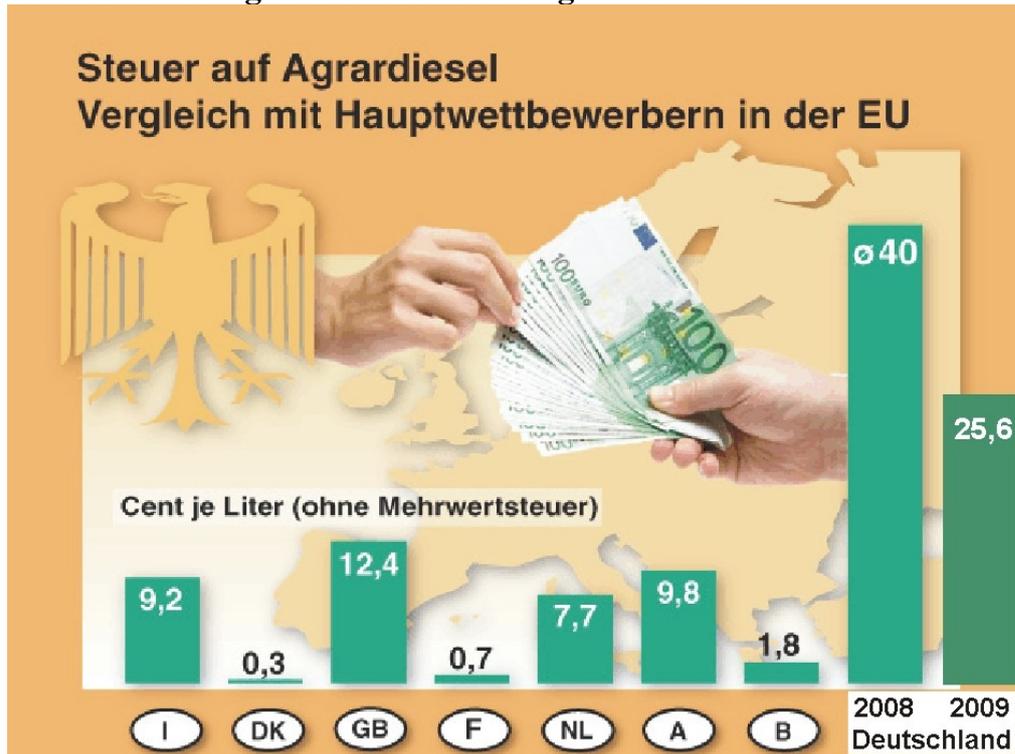
Was sind nun aber die Gründe für die Existenz diskriminierender nationaler Regelungen in einer im Prinzip vergemeinschafteten Sektorpolitik, wie sie die EU-Agrarpolitik darstellt? Zwei Aspekte spielen hierbei eine Rolle. Zum einen gewährt die Gemeinsame Agrarpolitik in beiden Säulen begrenzte Spielräume für nationale Ausgestaltungen, was häufig zu Abweichungen von der 1:1-Umsetzung führt. Zum anderen sind es häufig nicht-vergemeinschaftete Schutzpolitiken (Tierschutz, Umweltschutz, Verbraucherschutz), die nicht di-

rekt der EU-Agrarpolitik zugerechnet werden können, die die Landwirtschaft aber unmittelbar betreffen. Werden dabei strengere Standards verlangt als in anderen EU-Mitgliedsländern, ergeben sich bei offenen Grenzen sofort Wettbewerbsnachteile für die heimischen Unternehmen. Markt- und Handelsanteile können dann verloren gehen. Es gibt somit einen unmittelbaren Trade-off zwischen Tier-, Umwelt- und Verbraucherschutz einerseits und dem Wettbewerbsschutz für inländische Unternehmen andererseits. Oder anders ausgedrückt: Tier-, Umwelt- und Verbraucherschutz werden oft mit direkten Wettbewerbsnachteilen für die Bauern erkaufte. Dies ist bislang vom Berufsstand mehr oder weniger stillschweigend akzeptiert worden, auch weil die EU-Agrarpolitik bisher einen gewissen Schutz geboten und Teilkompensationen gewährt hat. Diese werden nun zunehmend abgebaut und gleichzeitig erreicht die aktuelle Wirtschaftskrise auch die Landwirtschaft. Im Übrigen haben die diskriminierenden inländischen Regelungen inzwischen ein zahlenmäßiges Ausmaß und eine Intensität erreicht, die zur Sorge Anlass geben.

Ausgewählte Beispiele der Inländerdiskriminierung

Als derzeit prominentestes Beispiel ist sicherlich die Agrardieselbesteuerung in Deutschland zu nennen, die mit durchschnittlich 40 Cent je Liter weit über den Steuersätzen in anderen Ländern gelegen hat und auch nach dem Beschluss der Bundesregierung vom 25. Mai 2009 mit jetzt einheitlich 25,56 Cent für alle landwirtschaftlichen Betriebe noch ein deutlich höheres Niveau aufweist als beispielsweise Frankreich mit 0,7 Cent (vgl. Schaubild 40).

Schaubild 40: Agrardieselbesteuerung in EU-Ländern

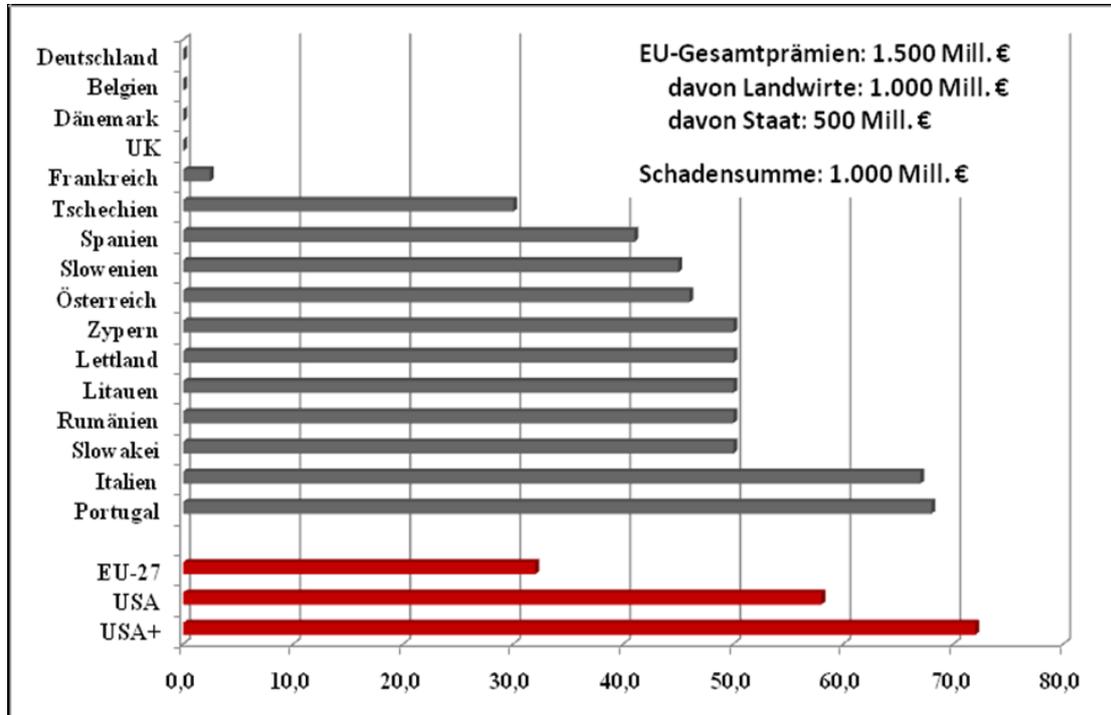


Quelle: DBV Situationsbericht 2009, eigene Ergänzung

Höhere Steuern als wichtige EU-Konkurrenten zahlen deutsche Landwirte mit 19% auch für Versicherungen gegen Mehrgefahren in der Landwirtschaft (Starkregen, Sturm, Auswinterung, Frost) und sie bekommen darüber hinaus keine Prämienzuschüsse für solche Kontrakte, während das in anderen EU-Ländern zum Teil hälftig und mehr bezuschusst wird (vgl. Schaubild 41). Besonders hohe Zuschüsse gibt es mit über 70 % in den USA, wo das versicherungswirtschaftliche Prinzip längst einem reinen Einkommenstransfer-Zweck gewichen zu sein scheint. Ganz aktuell ist auch der Beschluss des Bundesrates zur Einführung eines Tierschutz-TÜVs für die Geflügelhaltung ab 2012. Die neuen Prüf- und Zulassungsverfahren für serienmäßig hergestellte Stalleinrichtungen werden gerade mittelständische Einrichter benachteiligen und damit die Kosten für die Landwirte nach oben treiben. Ein nationaler Alleingang wurde auch bereits beim Verbot der Käfighaltung von Legehennen vorgenommen, das seit Anfang 2009 drei Jahre früher erfolgt als in anderen Mitgliedsländern. Schließlich ist die Tierschutznutztierhaltungsverordnung zu erwähnen, die bei der Umsetzung des EU-Rechts mit erheblichen Wettbewerbsnachteilen für die

deutschen Schweineproduzenten verbunden ist. Vor allem viel höhere Investitionskosten sind zu erwarten.

Schaubild 41: Anteile von Prämiensubventionen 2008 in der EU und den USA



Quelle: Joint Research Centre (IPSC) of the European Commission, 2009
(USA+ unter Einrechnung der staatl. Rückversicherung und sonstiger Hilfen für die Erstversicherten)

Weitere Beispiele für nationale Alleingänge aus den Bereichen Umwelt- und Verbraucherschutz sind

- der Sachkundenachweis beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln;
- die schlaggenaue Aufzeichnungspflicht im neuen Pflanzenschutzgesetz;
- die Durchführung eines Pflanzenschutzspritzen-TÜV;
- höhere Grenzwerte für Mykotoxinbelastungen;
- das niedrigere BSE-Testalter für Rinder in Deutschland (erst kürzlich auf den EU-Durchschnitt von 48 Monaten heraufgesetzt);
- das generelle Verbot der Verfütterung tierischer Fette an Wiederkäuer;
- das Anbauverbot für genverändertes Maissaatgut Mon810, das in 21 EU-Mitgliedsländern zugelassen ist.

Im Bereich der Ernährungsindustrie gehen vor allem die nationale Verpackungsverordnung, das Verbraucherinformationsgesetz und die ständigen Versuche, Verbraucherpolitik über die klassischen Aufgaben des Gesundheitsschutzes und des Schutzes vor wirtschaftlicher Übervorteilung hinaus als Nachfragelenkung zu missbrauchen (Stichwort: Verpflichtende Ampelkennzeichnung) und so im Ergebnis industriell hergestellte Lebensmittel zu diskriminieren, Anlass zu großer Sorge.

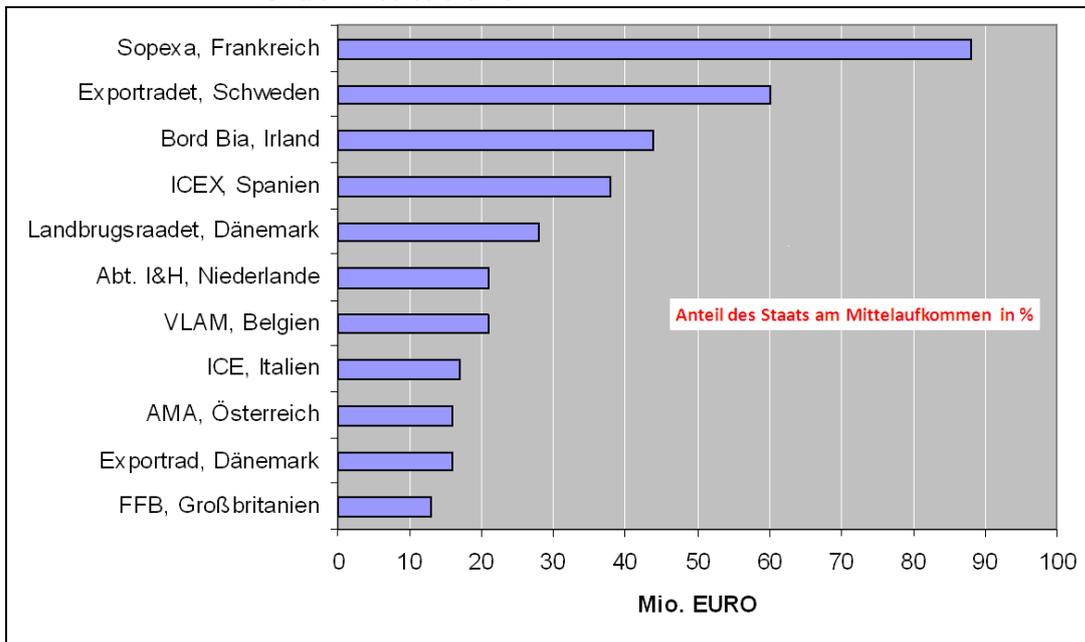
Schließlich sind zwei weitere Belastungen/Nachteile für deutsche Landwirte aus dem beschäftigungspolitischen Bereich und dem Gemeinschaftsmarketing zu erwähnen. Beschäftigungspolitisch sind es die restriktiven Obergrenzen für Erntehelfer aus Osteuropa, die zu Kritik Anlass geben. Alljährlich klagen die Sonderkulturbetriebe, dass sie vom deutschen Arbeitsmarkt zu wenige Arbeitskräfte beziehen können und dass diese die gewünschten Anforderungen nicht erfüllen. Während andere Mitgliedsländer in dieser Frage sehr liberal sind, beschränkt die deutsche Regierung den Einsatz von ausländischen Saisonarbeitern.

Nach dem verfassungsrechtlichen Aus für CMA und ZMP droht darüber hinaus ein Vakuum in den Bereichen Marktanalyse, Markterschließung, Kontaktarbeit, Beratung und Messeorganisation zu entstehen, während andere EU-Länder zum großen Teil eine intensive Exportförderung betreiben, und zwar auch mit Steuergeldern (vgl. Schaubild 42). Um eine annähernd vergleichbare Wettbewerbssituation für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft sicherzustellen, müsste das BMELV noch wesentlich mehr Leadership bei den sich gerade konstituierenden Nachfolgeregelungen zeigen und deutlich mehr finanzielle Unterstützung, gegebenenfalls als Projektförderung, leisten.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit des Absatzfonds kam nicht unerwartet, aber doch in seiner Schärfe überraschend. So hatte man bereits zu Beginn des Jahres 2008 wichtige Reformschritte bei der CMA eingeleitet, um der in großen Teilen berechtigten Kritik an den Absatz-

förderungseinrichtungen entgegen zu kommen. Mit dem nun vorliegenden Urteil muss man allerdings ganz von vorn anfangen, weil die bisherige Finanzierungsgrundlage in Form der nach §10 des Absatzfondsgesetzes erhobenen Abgabe entfällt. Es sei hier noch einmal betont, dass sich das BVG-Urteil nicht gegen ein Gemeinschaftsmarketing als solches richtet, sondern lediglich die Art der Finanzierung für verfassungswidrig erklärt.

Schaubild 42: Umsatz und Mittelaufkommen ausgewählter Absatzförderinstitutionen



Quelle: Schmitz und Hesse (2009), Agribusiness-Forschung Nr. 23

Dass das Gemeinschaftsmarketing auf Inlands- und Auslandsmärkten inklusive der unabhängigen Marktberichterstattung nützlich für die gesamte Nahrungskette einschließlich der Landwirte selbst sein kann, wird allgemein anerkannt und in der empirischen Literatur mit Ausnahmen auch bestätigt. Ob es auch gesamtgesellschaftlich unter Einbeziehung staatlicher Finanzmittel von Vorteil ist, ist zumindest umstritten, allerdings in Deutschland oder für die EU auch kaum quantitativ untersucht. In nur einer Studie mit anspruchsvoller ökonomischer und wohlfahrtsökonomischer Fundierung wird ein gesamtwirtschaftlicher positiver Effekt für das Programm „Qualität aus Bayern“ für den Rindfleischbereich errechnet (vgl. HERRMANN u.a., 2002). Es ist dringend anzuraten, solche Nutzen-Kosten-Analysen für zukünftige Programme oder

Gemeinschaftsaktivitäten vorzunehmen. Unterstellt man allerdings Informationsdefizite und -asymmetrien über die Vertrauenseigenschaften von Nahrungsmitteln, positive externe Effekte beim Verzehr bestimmter Nahrungsmittel und unvollkommenen bzw. verzerrten Wettbewerb innerhalb der EU, dann kann eine begrenzte staatliche Beteiligung am Gemeinschaftsmarketing auf Inlands- und Auslandsmärkten durchaus Sinn machen. Das gilt insbesondere dann, wenn andere Mitgliedsländer in einem offenen Binnenmarkt den Absatz ihrer heimischen Agrarprodukte mit staatlichen Mitteln unterstützen, was offensichtlich der Fall ist. Verzichtet man in Deutschland auf eine solche staatliche Unterstützung und kommt eine privatwirtschaftliche Lösung aus Gründen der Heterogenität des Sektors bzw. der Branchen nicht zustande, wären bei den ohnehin existierenden Sonderbelastungen für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft (Stichwort: Inländerdiskriminierung) erhebliche Produktions- und Marktanteilsverluste zu erwarten, die sich im Zeitablauf noch verstärken würden. Darunter würden vor allem die Landwirte selbst mit drastischen Einkommenseinbußen leiden. Dabei ist nicht einmal sicher, ob die angestrebten gesellschaftlichen Ziele, wie Umwelt-, Gesundheits-, Tier- und Verbraucherschutz auch wirklich erreicht werden und, ob der betriebs- und volkswirtschaftliche Preis dafür in Form von Marktanteilsverlusten und Verlusten an Wettbewerbsfähigkeit nicht zu hoch ist. Gute Regierungsarbeit sollte in Rechnung stellen, dass die anspruchsvollen gesellschaftlichen Ziele moderner Volkswirtschaften nur mit einer gesunden Wirtschaft zu verwirklichen sind. Das gilt selbstverständlich auch und gerade für das AgriFoodBusiness.

Folgen für die Landwirtschaft und Handlungsbedarf

Fasst man alle diese Diskriminierungstatbestände im Vergleich zu EU-Wettbewerbern zusammen, liegt die Vermutung nahe, dass deutsche Bauern im EU-Binnenmarkt benachteiligt sind. Das Problem ist nur, dass diese hausgemachten Wettbewerbsnachteile bislang nicht auf einen quantifizierbaren Nenner gebracht und zusammengezählt worden sind. In der Kumulation liegt aber das Problem. Bislang gibt es nur wenige Untersuchungen zu den Extra-

Kosten von Umwelt- und Sozialstandards sowie von sonstigen rechtlichen Regelungen für die Landwirtschaft. Plankl u.a. (2010) beispielsweise errechnen Zusatzkosten durch Umweltregulierungen für einen ostdeutschen Ackerbaubetrieb von 19 Euro/ha. Zu etwas größeren Belastungen von 54 Euro/ha kommt Hesse (2008) in seiner Untersuchung von überwiegend westdeutschen Ackerbaubetrieben durch Zusatzkosten für Cross-Compliance-Auflagen und Qualitätssicherung. In weiteren Studien wird vor allem die stärkere Belastung Deutschlands infolge höherer Kosten für Arbeit, Boden, Gebäude, Maschinen und Einrichtungen erwähnt, aber weniger durch Umweltstandards. Nicht erfasst werden allerdings in allen diesen Studien diejenigen Kosten, die der Landwirtschaft durch staatliche Regulierungen im vor- und nachgelagerten Bereich entstehen und sich in niedrigeren Erzeugerpreisen bzw. höheren Betriebsmittelpreisen für Landwirte niederschlagen. Auch hier gibt es deshalb noch erheblichen Forschungsbedarf.

Politik reagiert leider auf Kritik an Einzelregelungen nur sehr selten, z.B. wie jetzt auf den Protest zum Thema Agrardieselbesteuerung. Ansonsten verweist sie auf die jeweiligen sonstigen Schutzgüter (Tierschutz, Umweltschutz, Verbraucherschutz, Arbeitsmarktschutz) oder auf ähnliche Regelungen in anderen Sektoren in Deutschland (z.B. in der Besteuerungsfrage). Die politische Gestaltung im Einzelfall ist sicherlich nicht einfach. Entzerrungen zugunsten der deutschen Landwirte im EU-Vergleich einerseits können dabei durchaus einhergehen mit neuen nationalen Verzerrungen zwischen den Sektoren oder zu Lasten der sonstigen Schutzgüter andererseits. Auf jeden Fall ist es ein Gebot kluger Wirtschaftspolitik, sich über den aktuellen Belastungsgrad der Sektoren ein vollständiges Bild zu verschaffen, Übertreibungen bei der Inländerdiskriminierung zurückzunehmen und sonstige Schutzpolitiken mit mehr Augenmaß und vielleicht zielgenaueren Instrumenten zu betreiben, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft zu gefährden.

13 Zusammenfassung und Fazit

Die ökonomische Leistung und der gesellschaftliche Wert des AgriFoodBusiness werden in Deutschland tendenziell unterschätzt. Für die Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Sektors sind jedoch gesellschaftliche und politische Anerkennung sowie ein positives Klima essentiell. Die Branche selbst und die Politik können einen Beitrag dazu leisten, dem deutschen AgriFoodBusiness Hindernisse aus dem Weg zu räumen und die neu entstandenen Marktchancen auf europäischen und internationalen Märkten zu ergreifen. Die Voraussetzungen scheinen gegeben zu sein. Das AgriFoodBusiness erweist sich seit Jahrzehnten als hochmoderne und innovative Branche, der es hervorragend gelingt, interdisziplinäres Wissen zusammenzubringen und erfolgreich in Konzepte und Produktlösungen umzusetzen. Sie bemüht sich darüber hinaus mit großem Erfolg, die Wünsche der Gesellschaft und Politik nach Nahrungsmittelqualität und -sicherheit akribisch zu erfüllen, selbst wenn die Forderungen mitunter überzogen zu sein scheinen. Arbeitsteilung und Verflechtung in der Nahrungskette sind vor allem ökonomisch bedingt, werden aber auch durch wirtschafts- und agrarpolitische, rechtliche und gesellschaftliche Einflussfaktoren in Zukunft noch verstärkt werden. Mit knapp 20 % am Verbraucherwarenkorb, 11,5 % der Beschäftigten und dem viertgrößten Umsatz hinter der Autoindustrie, der chemischen Industrie und dem Maschinenbau, ist das AgriFoodBusiness eines der bedeutendsten Sektoren in der deutschen Volkswirtschaft. Auch die Leistungen und Leistungszuwächse der Branche im nationalen und europäischen Vergleich können sich sehen lassen. Die Untersuchung der gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft und ihrer Partner zeigt zum einen den weitgehend positiven Zusammenhang zwischen einer ordnungsgemäßen Landbewirtschaftung und der Umweltqualität, für deren Verbesserung die Bevölkerung auch entsprechend zu zahlen bereit wäre.

Zum anderen sind die potentiell negativen externen Effekte der Landwirtschaft durch unternehmerische Innovationen und gesetzgeberische Maßnahmen so

weit zurückgedrängt worden, dass von ihnen kaum noch Gefahren mehr ausgehen. Internationale Märkte und Globalisierung bieten dem deutschen AgriFoodBusiness neue erweiterte Chancen. Um diese zu nutzen, sind strukturelle Anpassungen und wirtschaftspolitische Reformen notwendig. Die internationale Option eröffnet aber nicht nur gute Geschäfte, sondern mit ihr ist auch Verantwortung für Ernährungssicherung und nachhaltige Entwicklung verbunden. Die EU-Agrarpolitik und das deutsche AgriFoodBusiness können auch hierbei einen wesentlichen Beitrag leisten, indem die Protektion abgebaut, Technologie- und Wissenstransfer geleistet wird und man sich in Handel und Direktinvestitionen engagiert. Wichtig dabei ist, dass Politik, auch im Hinblick auf ehrgeizige gesellschaftliche Ziele, mit Augenmaß betrieben wird und die ökonomische Leistungsfähigkeit des AgriFoodBusiness nicht überstrapaziert wird. Agrarpolitisch muss die Branche von ihren Fesseln befreit werden, um an der Dynamik der Weltmärkte teilnehmen zu können. Bei zunehmender Flächen- und Wasserknappheit, steigender Weltbevölkerung und wachsender Kaufkraft kann die Antwort nur in einer nachhaltigen Steigerung der totalen Faktorproduktivität liegen. Es sind alle Register der Weiterentwicklung moderner Betriebsmittel und innovativer Technologien zu ziehen. Der Landtechnik, der Pflanzenzüchtung sowie der Pflanzenernährung und dem Pflanzenschutz kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Eine generelle Ökologisierung der Weltlandwirtschaft führt in die falsche Richtung. Mehr Hunger und Armut sowie zunehmender Flächenverbrauch wären die Folge. Gerade für das deutsche AgriFoodBusiness sollte in diesem Zusammenhang die neue EU-2020-Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum gelten und es sollten die Elemente der Inländerdiskriminierung beseitigt werden. Unter diesen Voraussetzungen kann das deutsche AgriFoodBusiness durchaus positiv in die Zukunft blicken und stolz auf das bisher Erreichte sein. Gute Regierungsarbeit, weitere strukturelle Anpassungen, verbessertes Risikomanagement, professionelles Exportmarketing und die verstärkte Zusammenarbeit in der Nahrungskette bis hin zu den großen Dis-

countern sind die Schlüssel für eine Verbraucher orientierte Ausrichtung des deutschen AgriFoodBusiness und somit für eine dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit der Branche. Marktturbulenzen, Finanzkrisen und Anpassungen an den Klimawandel sollten dann keine Sorgen mehr bereiten.

Statistische Grundlagen und ausgewählte Literatur

- Al-Riffai, P., B. Dimaranan und D. Laborde (2010): Global Trade an Environmental Impact Study of the EU Biofuels Mandate. Final Draft report, March 2010. International Food Policy Research Institute (IFPRI, Hrsg.), Washington, DC.
- Bundeskartellamt (2009): Sektoruntersuchung Milch (B2-19/08), Zwischenbericht Dezember 2009. Bonn.
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher (BMELV, Hrsg., 2009): Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2009. Wirtschaftsverlag NW GmbH, Bremerhaven.
- Deutsche Bundesbank (2010): Konjunktur in Deutschland. Monatsbericht Februar 2010, Frankfurt am Main.
- Deutscher Bauernverband (2009): Situationsbericht 2010, Trends und Fakten zur Landwirtschaft, Berlin.
- European Commission (Hrsg., 2009): Agricultural Commodity Markets – Outlook 2009-2018, A comparative analysis of projections published by OECD, FAO, FAPRI an USDA). European Commission, Directorate-General for Agriculture and Rural Development, Brüssel.
- Herrmann, R., S. Krischik-Bautz und S. Anders (2002): Erfolgsmessungen von Vermarktungsaktionen für Rindfleisch – am Beispiel des Qualitäts- und Herkunftsprogramms „Qualität aus Bayern - Garantierte Herkunft“. In: Berichte über Landwirtschaft, Bd. 80, Heft 1, S. 53-84, Landwirtschaftsverlag, Münster.
- Hesse, J. W. (2008): Lebensmittelsicherheit und und Umweltschutz aus Sicht landwirtschaftlicher Unternehmen – Entwicklung eines Informations- und Steuerungssystems zur Wettbewerbsstärkung der Primärproduktion. Dissertation. Gießen.
- Plankl, R., P. Weingarten, H. Nieberg, Y. Zimmer, F. Isermeyer, J. Krug und G. Haxsen (2010): Quantifizierung „gesellschaftlich gewünschter, nicht markt-gängiger Leistungen“ der Landwirtschaft. In: Arbeitsberichte aus der vTI-Agrarökonomie 01/2010, Johann-Heinrich von Thünen-Institut (vTI), Braunschweig.
- Sachverständigenrat (2009a): Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen, Jahrgutachten 2009/10. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden.

- Sachverständigenrat (2009b): Deutschland im internationalen Konjunkturzusammenhang, Expertise im Auftrag der Bundesregierung. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden.
- Schmitz, P. M. (2009): Inländerdiskriminierung der deutschen Landwirtschaft. In: Deutsche Bauernkorrespondenz 6/09, S. 16. Deutscher Bauernverband (DBV, Hrsg.), Berlin.
- Schmitz, P. M. und J. W. Hesse (2008): Analyse und Bewertung des Milchlieferstreiks in Deutschland. Agribusiness-Forschung Nr. 19. Insitut für Agribusiness, Gießen.
- Schmitz, P. M. und J. W. Hesse (2009): Das verfassungsrechtliche Aus des Absatzfonds – Ökonomische Bewertung und Entwurf einer Nachfolgelösung. Agribusiness-Forschung Nr. 23. Institut für Agribusiness, Gießen.
- Schmitz, P. M., M. Kuhl, S. Maas, M. N. Ahmed und J. W. Hesse (2010): Auswirkungen der Finanzkrise und volatiler Märkte auf die Agrarwirtschaft. In: Schriftenreihe der Rentenbank, Band 26. Edmund Rehwinkel-Stiftung der Rentenbank (Hrsg.), Frankfurt am Main.
- Sinn, H.-W. (2008): Das grüne Paradoxon: Warum man das Angebot bei der Klimapolitik nicht vergessen darf. In: ifo Working Paper No. 54, ifo Institute for Economic Research at the University of Munich, München.
- Weltbank (2008): Weltentwicklungsbericht 2008, Agrarwirtschaft für Entwicklung. Droste Verlag, Düsseldorf.
- Wendt, H. (2010): Anteile der landwirtschaftlichen Erzeugererlöse an den Verbraucherausgaben für Nahrungsmittel in Deutschland leicht gestiegen. Insitut für Marktanalyse und Agrarhandelspolitik des Johann Heinrich von Thünen-Insituts (vTI), Braunschweig.
- Wissenschaftlicher Beirat des Bundesministeriums der Finanzen (2010): Klimapolitik zwischen Emissionsvermeidung und Anpassung. Gutachten Januar 2010, Berlin.
- Wronka, T.C. (2004): Ökonomische Umweltbewertung, Vergleichende Analyse und neuere Entwicklungen der kontingenten Bewertung am Beispiel der Artenvielfalt und Trinkwasserqualität. Wissenschaftsverlag Vauk Kiel KG, Kiel.

Verzeichnis der Schaubilder

Schaubild 1: Einkommen in der deutschen Landwirtschaft	3
Schaubild 3: Investitionsplanung nach Investitionsbereichen Januar-Juni 2010 im Vergleich zu Januar-Juni 2009 in % der Betriebe mit Investitionsplanung	4
Schaubild 2: Index des Konjunkturbarometers Agrar	4
Schaubild 4: Produktionswert, Vorleistungen und Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft in Deutschland im Jahr 2008	8
Schaubild 5: Wert von Nahrungsmitteln in Deutschland (2006/07)	13
Schaubild 6: Anteil der Verkaufserlöse der Landwirtschaft an den Verbraucherausgaben für Nahrungsmittel inländischer Herkunft in 2006/07	14
Schaubild 7: Die Nahrungs- und Wertschöpfungskette.....	14
Schaubild 8: Deutscher Agraraußenhandel 1995-2009	16
Schaubild 9: Deutscher Außenhandel mit Schweinefleisch	17
Schaubild 10: Die Top Ten des internationalen Agrarhandels 2008.....	18
Schaubild 11: Entwicklung der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen (2008 gegenüber 1993) in %	21
Schaubild 12: AgriFoodBusiness in Deutschland, 2008	21
Schaubild 13: Artenrückgang bei totalem Rückzug der Landwirtschaft im Lahn-Dill-Bergland 1999-2010.....	39
Schaubild 14: Entwicklung der Weltproduktion und des Welthandels.....	45
Schaubild 15: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den G7-Ländern und der OECD seit Ausbruch der internationalen Wirtschaftskrise im 1. Halbjahr 2009.....	46
Schaubild 16: Entwicklung der privaten Konsumausgaben in ausgewählten Ländern	46
Schaubild 17: Deutsche Agrarausfuhr für ausgewählte Gruppen ¹⁾	47
Schaubild 18: Offenheitsgrad ¹⁾ der G7-Länder	47
Schaubild 19: Zum Zusammenhang von Makroökonomie und Agrarwirtschaft.....	50
Schaubild 20: Entwicklung der deutschen Agrarexporte (Quartal I/2009 gegenüber Quartal I/2008) in %	52
Schaubild 21: Impulsantwortfolgen für die Übertragung eines US-amerikanischen Nachfrageschocks nach Wirtschaftszweigen	53
Schaubild 22: Übertragungspfade der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise	55
Schaubild 24: Entwicklung der Agrarpreise weltweit	58
Schaubild 23: Bisherige Entwicklung und Prognose der Weltagrarpreise	58
Schaubild 25: Entwicklung des weltweiten Fleischkonsums pro Kopf.....	59
Schaubild 26: Wasservorräte werden knapp.....	60
Schaubild 27: Entwicklung der Weltackerfläche pro Kopf.....	61
Schaubild 28: Ernteverluste durch Schädlinge	62
Schaubild 29: EU-Haushaltsplan 2010.....	64
Schaubild 30: Entwicklung des Milcherzeugerpreises in Deutschland (3,7% Fett, 3,4% Eiweiß, ab Hof, ohne MwSt.)	67
Schaubild 31: Auswirkung des Lieferstopps auf die Milchanlieferung in Deutschland	68

Schaubild 32: Das Vertrauen in die Marktwirtschaft schwindet.....	69
Schaubild 33: Milcherzeugung und Verwendung im Jahr 2007 in Deutschland	73
Schaubild 34: Unternehmenskonzentration im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2005 in Deutschland	76
Schaubild 35: Bevölkerungswachstum.....	77
Schaubild 36: Immer mehr Menschen leiden Hunger.....	78
Schaubild 37: Unterstützung für die Landwirte.....	79
Schaubild 38: Weltmarktpreiseffekte verschiedener Biokraftstoffoptionen bis zum Jahr 2020	82
Schaubild 39: Änderung der Kalorienverfügbarkeit bis zum Jahr 2020 infolge der Biokraftstoffförderung (in %)	82
Schaubild 40: Agrardieselbesteuerung in EU-Ländern	88
Schaubild 41: Anteile von Prämiensubventionen 2008 in der EU und den USA	89
Schaubild 42: Umsatz und Mittelaufkommen ausgewählter Absatz- förderinstitutionen.....	91

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: Ein Jahrhundert der Leistungssteigerung im deutschen Agribusiness.....	19
Tabelle 2: Anteile Deutschlands an der mengenmäßigen EU-27-Agrarproduktion in % und Veränderung in Prozentpunkten	20
Tabelle 3: Beschäftigung im AgriFoodBusiness 2008 [1000 Personen].....	23
Tabelle 4: Wichtige volkswirtschaftliche Sektoren in Deutschland im Vergleich (2007).....	24
Tabelle 5: Top 15 des Lebensmitteleinzelhandels 2009 nach Umsätzen	32
Tabelle 6: Erwartete Auswirkungen des Klimawandels auf die Welt- getreideproduktion	85

- Nr. 23 SCHMITZ, P. M. und J. W. HESSE: Das verfassungsrechtliche Aus des Absatzfonds – Ökonomische Bewertung und Entwurf einer Nachfolgelösung, 2009
- Nr. 22 SCHMITZ, P. M.: Bedeutung des AgriFoodBusiness für den Standort Deutschland, 2008
- Nr. 21 HESSE, J. W.; MAAS, S.; SCHMITZ, K. und P. M. SCHMITZ: Das Warengeschäft im genossenschaftlichen Verbund: Fakten, Trends und Chancen, 2007
- Nr. 20 SCHMITZ, P. M.: Die Bedeutung Nachwachsender Rohstoffe am Standort Deutschland, 2008
- Nr. 19 SCHMITZ, P. M. und J. W. HESSE: Analyse und Bewertung des Milchlieferstreiks in Deutschland, 2008
- Nr. 18 FISCHER, C.: The European Beer Market and Strategic Implications for the Main Players, 2002
- Nr. 17 DILLENBURG, M.: Konzepte zur Honorierung ökologischer Leistungen der Landwirtschaft -ein Literaturüberblick im Rahmen des Teilprojektes A4 Sonderforschungsbereich 299 der Justus-Liebig-Universität Gießen, 2002
- Nr. 16 MÜLLER, M. und K. SCHMITZ: Measuring Preferences for Landscape Functions– An Application of the Adaptive Conjoint Analysis, 2002
- Nr. 15 SCHMITZ, P. M.: Wirtschaftliche Auswirkungen einer Kulturlandschaftsprämie, 2002
- Nr. 14 MÜLLER, M. und P. M. SCHMITZ: Bewertung von Landschaftsleistungen in der Verbandsgemeinde Daaden, 2000
- Nr. 13 MÜLLER, M. und P. M. SCHMITZ: Bewertung von Landschaftsleistungen in der Verbandsgemeinde Rennerod, 2000
- Nr. 12 SCHMITZ, K.: Agrarmarketing: Förderung der regionalen Vermarktung in der kritischen Analyse, 2000
- Nr. 11 DILLENBURG, M.; SCHMITZ, K.; SCHMITZ, P. M. und S. WIEGAND: Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Landwirtschaft, 1999
- Nr. 10 KIBLING, M. und P. M. SCHMITZ: Zur Analyse der Kosten und des Nutzens des chemischen Pflanzenschutzes in der deutschen Landwirtschaft aus gesamtwirtschaftlicher Sicht, 1999
- Nr. 9 KIBLING, M.: Analyse, Bewertung und Kommunikation des Einsatzes transgener Pflanzen in der Landwirtschaft, 1999
- Nr. 8 SARX, R.: Optimierung der Logistik in der Ernährungswirtschaft durch Supply-Chain-Management. Analyse des ECR-Elements am Beispiel eines mittelständischen Unternehmens der Brauindustrie, 1999
- Nr. 7 KUHLE, M. und P. M. SCHMITZ: Auswirkungen der Währungsunion auf die internationale Agrarwirtschaft. Die erwarteten Wirkungen auf den Agrarhandel, 1998
- Nr. 6 WRONKA, T. C.: Was ist der Preis für Umwelt? Möglichkeiten und Grenzen des kontingenten Bewertungsansatzes, 1998
- Nr. 5 SCHMITZ, P. M.: Das EU-Agribusiness im Globalisierungs- und Transformationsprozeß, 1998



- Nr. 4 FISCHER, C.: Ansätze zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Importhandel von Lebensmitteln, 1997
- Nr. 3 VON DEM BUSSCHE, P.: Agribusiness 2010: Herausforderungen für die deutsche Landwirtschaft und ihre Partner auf globalen Märkten. Aus der Sicht der Landwirtschaft, 1997
- Nr. 2 STÖHR, R.: Agribusiness 2010: Herausforderungen für die deutsche Landwirtschaft und ihre Partner auf globalen Märkten. Aus der Sicht des Agraraußenhandels, 1997
- Nr. 1 WIEGAND, S.: Bürger in und um Leipzig bewerten ihre Umwelt. Monetäre Bewertung der Kulturlandschaft am Beispiel der Stadt Leipzig und des Kreises Leipziger Land, 1996

Die Forschungsberichte können über das Institut für Agribusiness bezogen werden:

Institut für Agribusiness
Senckenbergstraße 3
35390 Gießen
Tel.: +49 (0)641-99 37070
Fax: +49 (0)641-99 37069
E-Mail: info@agribusiness.de
www.agribusiness.de

Sie suchen einen neuen Mitarbeiter?

The screenshot shows the search criteria selection interface on the AgriJob website. The page title is "Die Online-Stellenbörse für Agrar, Ernährung, Umwelt für Fach- und Führungskräfte". The left sidebar contains navigation links: Home, Das ist AgriJob, Stellenangebote suchen, Stellenangebote aufgeben, Bewerber auswählen (highlighted), Bewerberprofil aufgeben, Preisliste, and Impressum. The main content area is titled "Bewerber auswählen" and "Suche nach Kriterien". It prompts the user to "Bitte definieren Sie Ihre Suche nach den folgenden Kriterien." and lists several criteria with dropdown menus: Wunschbranche (Landwirtschaft, Ernährungswirtschaft, Industrie, Handel), Gewünschter Einsatzbereich (Geschäftsführung, Beschaffung/Verkauf, Marketing, Beratung), Studienfach (Agrarwissenschaften, Haush.-Ernährungsw., Forstwissenschaft, Gartenbau), and Bildungsabschluss (Techniker/Meister, Berufsakademie/Diplom). Logos for VDL, agrarzeitung | online, and syngenta are visible on the right side of the interface.

The screenshot shows a job advertisement on the AgriJob website. The page title is "Die Online-Stellenbörse für Agrar, Ernährung, Umwelt für Fach- und Führungskräfte". The left sidebar contains navigation links: Home, Das ist AgriJob, Stellenangebote suchen (highlighted), Stellenangebote aufgeben, Bewerber auswählen, Bewerberprofil aufgeben, Preisliste, and Impressum. The main content area is titled "Stellenangebot: Verkaufsberater/in". It lists the following details: Branche: Landwirtschaft, Industrie, Handel, Beratung; Funktion: Beratung, Vertrieb/Verkauf, PLZ-Bereich 7, PLZ-Bereich 8, uneingeschränkt mobil; Firmenphilosophie: "Wir sind ein interessantes Team, in dem Sie eigenverantwortlich tätig sein können. Darüber hinaus bieten wir eine leistungsorientierte Vergütung sowie beachtliche Sozial- und Zusatzleistungen."; Aufgabengebiet: "Wir suchen für unser Verkaufsgebiet Süd, für den Bereich südliches Württemberg, zum nächstmöglichen Eintrittstermin eine/n Verkaufsberater/in". The advertisement also includes the text: "Ihr Aufgabengebiet: Nach sorgfältiger Einarbeitung übernehmen Sie die selbständige Bearbeitung des Verkaufsgebietes mit fachlicher und kaufmännischer Kompetenz. Der Aufbau von nachhaltigen Kundenbeziehungen zu Handel, lokalen Beratern, Lohnunternehmen und Landwirten ist ebenso wichtig, wie die". Logos for VDL, agrarzeitung | online, and syngenta are visible on the right side of the interface.

Bei AgriJob haben Sie die Möglichkeit, aus einem Pool von Bewerbern durch Selektion nach verschiedenen Kriterien den geeigneten Kandidaten für Ihre offene Stelle auszuwählen ...

... oder als Stellenangebot auf unseren stark frequentierten Websites auszuschreiben.

Ein Gemeinschaftsangebot von:



Kontakt ■ Dr. Astrid Kubatsch ■ Tel: +49 30 31904-585 ■ E-Mail: info@vdl.de